Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

24. Juli 1974 Jg. 2 Nr. 15 Preis 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-täglich mittwochs, Auflage: 48 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 24.7.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 171453-759 – Die Zeitung wurde am 21.7.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

BUNDESKANZLER SCHMIDT KANN DIE KRISE NICHT WEGREDEN!

Vor den Kollegen fiel Schmidt auf die Schnauze

Obwohl Kanzler Schmidt bei seiner Rede vor 3 000 Kollegen auf der Betriebsversammlung der Mannesmann Röhrenwerke immer wieder Vergleiche vom Fußball bemühte, bekam er nur selten und dann sparsam Beifall, wie auch die bürgerliche Presse feststellen mußte. Denn was er zum besten gab, konnte allenfalls Erstaunen hervorrufen über so viel Dreistigkeit.

Er sagte, daß *auch* in den Jahren 1974 und 1975 die Arbeiter mit einer *weiteren Verbesserungen ihrer Reallöhne rechnen* könnten, obwohl dohch für 1973 schon nach der offiziellen Statistik feststeht, daß die Löhne im Durchschnitt real nicht gestiegen sind und für die Masse der Lohnabhängigen real, das heißt gemessen an der Kaufkraft, gesunken sind.

Dann sagte er, die Bundesregierung werde nicht zulassen, daß die Beschäftigung *zerstört oder auch nur ernsthaft gefährdet wird.* Und wer auch *nur einen Schuß Arbeitslosigkeit empfehle,* dürfe niemals Gelegenheit bekommen, in Bonn Gesetze zu machen. Dabei war es Schmidt selbst, der im Herbst letzten Jahres mehrfach öffentlich erklärt hat, *die Überbeschäftigung müsse abgebaut* werden. Und damit meinte er nicht den Abbau der Überstunden, sondern Entlassungen, wie sein damaliger Staatssekretär Hermsdorf offen erläuterte (vergl. KVZ Nr. 2 vom 12. September 1973). Das bestätigte er auch in dieser Rede jetzt bei Mannesman, wo er sagte, wirkliche Arbeitslosigkeit gebe es derzeit nicht in der Bundesrepublik. *Wir haben etwas Kurzarbeit und einige Arbeitslose,* sagte er. Schmidt will damit offensichtlich sagen, der jetzige Zustand: 600 000 Arbeitslose, fast 200 000 Kurzarbeiter, sei der Normalzustand der Vollbeschäftigung. Recht hat er, wenn er meint, daß dies der Normalzustand ist, den die Kapitalisten brauchen, um den Lohn drücken zu können. Deutlicher kann man nicht begründen, daß dieses kapitalistische System abgeschafft werden muß, in dem Arbeitslosigkeit der Normalzustand der Beschäftigung ist – *Vollbeschäftigung* in den Worten von Schmidt.

Auch die immer zahlreicher werdenden Konkurse gehören zum Normalzustand dieser kapitalistischen Gesellschaft. *Sonst wäre das ganze Gerede von der Marktwirtschaft wirklich nur Gerede,* meinte Schmidt. 1973 waren es schon 20 % mehr als 1972, 1974 ist bisher die Zahl der Konkurse weiter gestiegen, und auch der Anteil an Großpleiten hat sprunghaft zugenommen.

Mit seinem losen Gerede kann Schmidt die Lohnabhängigen über dieses System nicht beruhigen – ja nicht einmal sich selbst. Auf seinen Gipfelgesprächen, bei seiner NATO-Rede, im Gespräch mit Politikern und Großindustriellen hat Schmidt, wie der Spiegel berichtete, derzeit nur ein Thema: die große Weltwirtschaftskrise. Die Bankenzusammenbrüche in England, Israel und USA und zuletzt die Herstatt-Pleite in der Bundesrepublik, die wachsenden Zahlungsbilanzdefizite der meisten Staaten der westlichen Welt, der drohende Zusammenbruch der internationalen Finanzbeziehungen, das alles sind nur die Spitzen des Eisbergs einer drohenden Weltwirtschaftskrise, vor der Helmut Schmidt Angst hat. Die ruinöse Konkurrenz des großen Kapitals, das wachsende Ungleichgewicht zwischen den kapitalistischen Staaten und die Gegenwehr der Völker bringen das imperialistische System, das auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, ins Wanken. Schmidts Furcht ist berechtigt und seine Schönfärberei kann an dieser Tatsache nichts ändern. – bb –

Der Krieg um Zypern

DIE UNABHÄNGIGKEIT UND SOUVERÄNITÄT DES ZYPRIOTISCHEN VOLKES WIRD MIT FÜSSEN GETRETEN!

Das zypriotische Volk hat eine große Tradition des Kampfes gegen fremde Unterdrückung und Kolonialismus. Zuerst war es von dem türkischen Reich beherrscht und unterdrückt, dann von der englischen Kolonialmacht. Erst 1960 hat es seine Unabhängigkeit erkämpft. Diese Unabhängigkeit war nicht vollständig und wurde von fremden Mächten bedroht. Der Kampf für die volle Unabhängigkeit mußte fortgesetzt werden. Großbritannien, die alte Kolonialmacht, behielt 1960 zwei Militärbasen auf Zypern, in denen wenigstens 15 000 englische Soldaten und ihre Angehörigen stationiert sind. Diese beiden Stützpunkte bilden einen festen Bestandteil des strategischen Aufmarschplanes der NATO. Zusammen mit Großbritannien unterhalten die USA in einer dieser Militärbasen die größte und modernste Radaranlage, mit deren Hilfe der gesamte Nahe Osten überwacht werden kann. In den Häfen der beiden englischen Militärbasen ankern immer wieder Schiffe der 6. US-Flotte, durch die die USA das gesamte Mittelmeer zu beherrschen versuchen. Von Anfang an haben die USA versucht, die britischen Militärbasen und die gesamte Insel vollständig in eine NATO-Basis zu verwandeln. Seit April 1974 befinden sich in den britischen Stützpunkten amerikanische Mariner (Le Monde vom 16. Juli, Die Zeit vom 19. Juli).

Auf Grundlage von Verträgen aus dem Jahre 1959 wird die Unabhängigkeit Zyperns garantiert durch die drei NATO-Staaten Großbritannien, Griechenland und Türkei, die allesamt Truppen auf der Insel unterhalten. Da die Insel Zypern von großer Bedeutung für die Beherrschung des gesamten Mittelmeerraumes und des Nahen Ostens ist, ist klar, daß die NATO mit den USA an der Spitze alles daran setzen, um eine vollständige Unabhängigkeit Zyperns zu verhindern und daß sie ständig bestrebt war, die erreichte Unabhängigkeit auszuhöhlen.

Dazu gab es im Prinzip drei Wege: die Teilung der Insel zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei, eine Lösung, die von der Türkei und den USA zu verschiedenen Zeitpunkten angestrebt wurde; den Anschluß der Insel an den NATO-Staat Griechenland oder die Errichtung eines Marionettenregimes, das formell unabhängig, in Wirklichkeit ein Handlanger der USA und der NATO ist.

Auf Grund der Widersprüche zwischen den beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei kam zunächst weder eine Teilung der Insel noch ein Anschluß an Griechenland in Frage, der ursprünglich auch von den gegen den englischen Kolonialismus kämpfenden griechischen Zyprioten in ihrer Mehrheit gewünscht wurde. Deshalb versuchte die NATO mit den USA an der Spitze den dritten Weg einzuschlagen: formelle Unabhängigkeit der Insel und tatsächliche Abhängigkeit in jeder Hinsicht. Dieser Weg wurde durchkreuzt durch das Unabhängigkeitsstreben des zypriotischen Volkes und durch die Politik des gewählten Präsidenten Makarios, die dieses Unabhängigkeitsstreben immer konsequenter zum Ausdruck brachte.

FORTSETZUNG SEITE 2



"Nimm dich in acht, Ertl, der Bauer kommt !" 4000 Bauern demonstrierten.

Der Protest der Bauern ist gerechtfertigt!

Am 18. Juli zogen über 4 000 Bauern mit 150 Traktoren und einigen hundert PKW's und Bussen nach Heide in Holstein, um gegen die EG-Agrarpolitik und ihre immer schlechter werdende Lage zu protestieren. Obwohl die Verbraucher für Lebensmittel immer höhere Preise bezahlen müssen, verschlechtert sich die Lage der Bauern zunehmend.

Die Preise, die sie für ihre Produkte von den Großabnehmern bekommen, die Erzeugerpreise, sinken, und zwar innerhalb eines Jahres um durchschnittlich 9,5 %. Insbesondere sind die Erzeugerpreise für Kartoffeln um 47,2 %, für Obst um 39,5 % und für Schlachtvieh um 6,9 % gesunken. Die Verbraucher merken nichts von sinkenden Erzeugerpreisen, die wachsende Preisdifferenz für Bauern und Verbraucher sacken die großen Lebensmittelkonzerne und kapitalistisch geführten Zentralgenossenschaften ein. Damit nicht genug, steigen die Preise, die die Bauern für Betriebsmittel und Maschinen an die Industriemonopole zahlen müssen. So kommt es, daß zum Beispiel in Dithmarschen, von wo ein großer Teil der demonstrierenden Bauern kam, schon 50 % der Bauern den Hof nur noch als Nebenerwerb betreiben können, nachdem sie 8 Stunden in der Fabrik oder auf dem Bau geschafft haben.

Noch erwarten viel Bauern Hilfe vom Staat, der ja gerade mit seiner Politik die Konzentration in der Landwirtschaft und die Verelendung der Masse der Bauern fördert. Aber die Einsicht unter den Bauern wächst, daß nicht der kapitalistische Staat ihr Bündnispartner sein kann. Sie sehen, daß dessen Politik nicht nur gegen sie, sondern auch gegen die Lohnabhängigen gerichtet ist, die ständig steigende Lebensmittelpreise zahlen müssen, ohne daß die Bauern davon einen Nutzen

FORTSETZUNG SEITE 2

Steuerausplünderung geht weiter

DER STEUERKOMPROMISS VON SPD, FDP UND CDU/CSU IST EIN HINTERHÄLTIGES FRIEDENSANGEBOT AN DAS VOM STAAT AUSGEPLÜNDERTE WERKTÄTIGE VOLK

Die Parteispitzen von SPD/FDP und CDU/CSU einigten sich auf einen "Kompromiß in der Steuerreform". In den Punkten, die die SPD als das "unverzichtbare Herzstück" der Reform bezeichnet hatte, hat sie nachgegeben: dem Abzugsverfahren für Sonderausgaben und Arbeitnehmerfreibetrag. Leicht angeschlagen erklärte Bundeskanzler Schmidt, der Kompromiß sei tragbar und vernünftig, während große Teile der SPD die Meinung vertreten, die CDU/CSU habe die eigentliche Reform verhindert.

Am Freitag letzter Woche wurden die ersten Beispiele für die Wirkung der Steuerbeschlüsse in den Zeitungen veröffentlicht.

Auf den ersten Blick sieht das gut aus. Mindestens 30 DM weniger Steuern im Monat, als Verheirateter mit 2 Kindern sogar bis über 100 DM. Und die neue Kindergeldregelung führt bei niedrigen Einkommen sogar dazu, daß man keine Steuern zahlen muß und sogar noch was rausbekommt.

Auf den Nettolohn bezogen macht das bei Unverheirateten zwischen 3 % und 4,4 % aus, bei Verheirateten ohne Kindern zwischen 1,8 % und 3,5 %, bei den Verheirateten mit Kindern zwischen 5 % und 7,4 %. Sieht man ab von den Kinderreichen, die ohnehin relativ schlechter stehen, so bleibt die Wirkung auf den Nettolohn weit unter der Inflationsrate. Also von daher kein Grund, auf den Lohnkampf zu verzichten. Berücksichtigt man weiter, daß die Lohnsteuereinnahmen 1975 um über 20 % zunehmen, daß im Mai die Lohnsteuereinnahmen schon 25 % höher waren als im vergangenen Jahr, so sieht man, daß die Steuerersparnis im besten Fall soviel ausmacht, wie der Betrag, den die Lohnabhängigen 1974 allein mehr an Lohnsteuern zahlen müssen. Nach den Vorausschätzungen sollen die Lohnsteuern 1974 etwa 15 Milliarden DM mehr als 1973 betragen, also mehr als die 13 Milliarden DM, die angeblich die "Steuerreform" kostet. Das heißt, die Steuerreform hat im besten Fall das Ergebnis, daß 1975 die Lohnsteuer nicht noch einmal um 15 Milliarden zunimmt. Dieser einseitige Waffenstillstand an der Steuerfront wird schon für den Durchschnittsverdiener nach einem Jahr vorbei sein. Für die untersten Lohnempfänger und die wenig verdienenden Kinderreichen wird er ein wenig länger dauern. Dann wird der höhere Eingangssteuersatz von 22 % und die schnellere Progression ihre Wirkung entfalten und den Anteil der Lohnabhängigen am gesamten Steueraufkommen gewaltig und schneller als bisher erhöhen. Die Arbeiterklasse sollte sich daher auf diesen Waffenstillstand, in dem der Kapitalistenstaat schon seine Zeitbombe gelegt hat, nicht einlassen. Denn die Steuerlast für das werktätige Volk wird nicht vermindert, sondern lediglich für kurze Zeit nicht vergrößert. Gegen die Steuerausplünderung durch den Kapitalistenstaat erheben wir die Forderungen: Weg mit allen indirekten Steuern! Einkommen bis 1 500 DM monatlich steuerfrei! Progressive Besteuerung von Einkommen, Erbschaft und Vermögen!

FORTSETZUNG SEITE 2

Beispiele für die Wirkung der Steuergesetzänderungen

Bruttojahreslohn	(Monatslohn)	Steuer (mit Kindergeld) jetzt	künftig	Ersparnis	(monatlich)	Prozent
Unverheirateter						
15 000	(1.250,–)	2 132	1 749	383	(32,–)	18,0
20 000	(1.666,–)	3 602	2 831	771	(64,–)	21,4
25 000	(2.083,–)	5 274	4 410	864	(72,–)	16,4
Verheirateter ohne Kinder (Ehegatte nicht erwerbstätig)						
15 000	(1.250,–)	1 504	1 028	476	(40,–)	31,7
20 000	(1.666,–)	2 370	1 940	430	(36,–)	18,1
25 000	(2 083,–)	3 324	2 930	894	(33,–)	11,9
Verheirateter mit zwei Kindern (Ehegatte nicht erwerbstätig)						
15 000	(1.250,–)	656	–412*	1 068	(89,–)	162,8
20 000	(1.666,–)	1 444	500	944	(79,–)	65,4
25 000	(2.083,–)	2 614	1 398	1 216	(101,–)	46,5

*Wegen der Barauszahlung des Kindergeldes erhält der Steuerzahler diesen Betrag ausgezahlt.

Aus dem Inhalt:

...Der Krieg in Zypern

Das kleine Zypern hat eine große internationale Bedeutung, weil es im Schnittpunkt zahlreicher internationaler Widersprüche steht: Zypern ist Teil der Dritten Welt und sein Unabhängigkeitsstreben steht im Widerspruch zum Imperialismus in jeder Gestalt, dem die Unabhängigkeit der Völker ein Greuel ist. Auf der einen Seite stehen die USA. Auf der anderen Seite lauert die andere imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, die ebenfalls nach der Beherrschung des Mittelmeers und des Nahen Ostens strebt, um die Insel für ihre Pläne zu nutzen. In den letzten Jahren hat die Sowjetunion ihre Mittelmeerflotte ständig ausgedehnt. Heute umfaßt sie gleich viel Schiffe wie die Flotte der USA. Auf Zypern unterhält die Sowjetunion eine Botschaft mit 150 Mitarbeitern, deren zahlenmäßige Stärke sich nicht aus der Größe der Insel, sondern aus ihrer strategischen Bedeutung erklärt. Wie überall in der Welt versucht die Sowjetunion auch in Zypern die starke revisionistische Partei als ein Mittel ihrer imperialistischen Politik zu gebrauchen. Sie ist bestrebt, indem sie die Widersprüche zwischen Griechenland und der Türkei ausnutzt, zu einer "Garantiemacht" der Unabhängigkeit Zyperns zu werden, um so die Insel aus dem Einflußbereich der USA herauszulösen und nach und nach den eigenen Einfluß zu vergrößern.

Zypern steht im Schnittpunkt der widerstreitenden Interessen verschiedener NATO-Mitglieder: so der USA als gegenwärtigem Oberherrn der NATO und imperialistischer Führungsmacht im Mittelmeer und Großbritanniens als früherem Oberherrn und neuem Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, das seinen eigenen Einfluß im Mittelmeer vergrößern will, so Griechenlands und der Türkei, deren traditioneller Gegensatz durch die Auseinandersetzung um die Erdölfelder in der Ägäis sich verschärft hat.

Angesichts dieser widerstreitenden imperialistischen Interessen hat es das kleine zypriotische Volk, das in eine griechische Mehrheit und eine türkische Minderheit gespalten ist, immer sehr schwer gehabt, seine formelle Unabhängigkeit zu verteidigen und zunehmend in eine wirkliche Unabhängigkeit zu verwandeln. Dieses Ziel hat das zyprische Volk und sein gewählter Präsident immer klarer ins Auge gefaßt, vor allem, seitdem sich Griechenland durch die Putschs der Armee in einer mehr oder weniger offene Kolonie des US-Imperialismus verwandelt hatte. Die griechische Mehrheit des zypriotischen Volkes gab die ursprüngliche Absicht der Vereinigung mit Griechenland auf und die Blockfreiheit und die Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt wurde die Richtschnur der Politik des zyprischen Volkes. Statt wie früher die Widersprüche zwischen der griechischen Mehrheit und der türkischen Minderheit auf der Insel zu verschärfen, versuchte Makarios zunehmend diese Widersprüche zu lösen, wobei er in der letzten Zeit offensichtlich Erfolg hatte.

DER PUTSCH DER GRIECHISCHEN OFFIZIERE AUF ZYPERN IST EIN ANSCHLAG DES US-IMPERIALISMUS UND DER NATO AUF DIE UNABHÄNGIGKEIT ZYPERNS UND SEINE POLITIK DER BLOCKFREIHEIT

Der Putsch ist von der Militärjunta in Griechenland unter Mitwisserschaft und bei aktiver Unterstützung des US-Imperialismus durchgeführt worden. Als Auswirkung dieses Putsches streben die USA an, entweder ein Marionettenregime zu errichten oder eine Teilung der Insel vorzunehmen. Beide Pläne hat der Chefunterhändler Sisco als mögliche Alternativen angedeutet. Da die Türkei kein Marionettenregime dulden will, dessen Drähte über die griechische Militärjunta laufen, hat sie nach einigen diplomatischen Manövern zum Mittel der militärischen Intervention gegriffen, das ihr nach den Verträgen von 1959 zusteht. Die militärische Intervention der Türkei als Antwort auf die Aggression durch den von Offizieren der Junta geführten Putsch hat die Auseinandersetzung um Zypern endgültig auf die Stufe einer Weltkrise gehoben, die jederzeit zu einem direkten Zusammenstoß zwischen den beiden nach Weltherrschaft strebenden Supermächten führen kann. Die USA stellen die Eingliederung Zyperns in die NATO auf die Tagesordnung, um ihre Position im Mittelmeer weiter auszubauen. Die Sowjetunion, die in den letzten Monaten in der Auseinandersetzung um den Nahen Osten einige Rückschläge hat hinnehmen müssen, wird dies nicht freiwillig hinnehmen. Heute kann niemand sagen, ob es zu einem offenen Ausbruch der Auseinandersetzung um die Weltherrschaft zwischen den beiden Supermächten kommt oder ob sie sich noch einmal arrangieren. Welche "Lösung" des Konflikts bei einem eventuellen Arrangement herauskommt, kann man ebenfalls nicht im einzelnen voraussagen. Sicher kann man jedoch sagen, daß eine dauerhafte Lösung zugunsten der Völker in Zypern und im ganzen Mittelmeerraum nur durch die Völker selber im Kampf gegen den Imperialismus und gegen die beiden Supermächte gefunden werden kann. Deshalb treten die Kommunisten ein für:

Vollständige Unabhängigkeit für das zypriotische Volk;
Auflösung aller fremden Militärstützpunkte im Mittelmeerraum;
Abzug aller fremden Truppen aus dem Mittelmeerraum und Abzug aller fremden Flotten aus dem Mittelmeer;
Auflösung aller imperialistischen Militärbündnisse;
Austritt Westdeutschlands aus der NATO.

Erklärung des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland.
Mannheim, den 21. Juli 1974

Fortsetzung...

DER PROTEST DER BAUERN IST GERECHTFERTIGT

haben, und daß die Subventionen für die Landwirtschaft nicht bei der Masse der kleinen Bauern ankommen. Ihr berechtigter Zorn gegen den kapitalistischen Staat wird sie an die Seite der Arbeiterklasse führen.

Und noch eins haben sie gezeigt. Sie wollen sich vom Bauernverband nicht mehr herumschubsen lassen. Viele waren unzufrieden, daß der Vorstand des Bauernverbandes nur eine Demonstration machen wollte, deren Ergebnis nur leere Versprechungen der bürgerlichen Politiker sind. Für den September planen sie, alle Zufahrtswege nach Hamburg zu sperren, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Redaktion, nach einem Bericht aus Heide.

POLIZEI IN ZIVIL ERSCHOSS EINEN JUNGARBEITER UND VERLETZTE ZWEI WEITERE OHNE GRUND U. WARNUNG

Mannheim. Vor einer Discothek im Stadtteil Käfertal wurde ein junger Arbeiter von Polizisten erschossen. Zwei andere wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Polizisten haben, ohne Warnschüsse abzugeben, gezielt geschossen.

Wie kam es dazu? Eine "Sonderstreife zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität" vermutete in der Plastiktüte eines Passanten Schlagwaffen und wollte ihn kontrollieren. Dabei wies sich die Polizei nicht aus. Der Passant glaubte jedenfalls, Rocker vor sich zu haben. Die Polizisten waren nämlich in Zivil und noch jung. Auf die Hilferufe eines Anderen kamen aus der Discothek etwa fünf bis sieben junge Leute. Auch diese jungen Leute glaubten, es handle sich um einen Überfall von Rockern. Solche Überfälle waren von Rockern angekündigt worden. Die fünf bis sieben jungen Leute eilten dem Passanten, den sie kannten, zu Hilfe und wollten die vermeintlichen Rocker vertreiben. Auch diesmal wiesen sich die Polizisten nicht ordnungsgemäß aus. Stattdessen zogen sie ihre Pistolen und schossen gezielt. Insgesamt wurden 6 Patronenhülsen gefunden. 4 Kugeln stecken in den jungen Arbeitern, 2 Kugeln in Gebäuden. Es wurden also keine Warnschüsse abgegeben.

Solche Schießereien nehmen immer mehr zu. Regierung und Polizeiführung richten die Polizisten immer mehr darauf aus, brutal gegen Einzelne und gegen das Volk vorzugehen. Von Seiten des Staatsanwaltes heißt es mal wieder: "Die Beamten haben in Notwehr geschossen." Der Fall soll vertuscht werden. Dieses Vorhaben wird von der Presse tatkräftig unterstützt. Die Bild-Zeitung schrieb zum Beispiel: "40 Rocker fielen nachts über zwei Beamte her". Demgegenüber muß eine öffentliche Untersuchung der Vorfälle in Käfertal durchgesetzt werden.

– K., Mannheim –

Gefängnis für B.Klarsfeld

In zwei Urteilen haben westdeutsche Gerichte in jüngster Zeit faschistische Kriegsverbrecher für unschuldig erklärt und freigesprochen.

Vor einem Kieler Gericht wurde der Hauptkommissar i. R. Riedel, ehemals Führer einer Einheit der "geheimen Feldpolizei" in der Sowjetunion, der die Vergasung von 7 russischen Zivilisten in einem Lastwagen zu verantworten hat, freigesprochen. So befand der Richter, daß "die Handlungsweise Riedels nicht mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen verglichen werden" könne (siehe Frankfurter Rundschau vom 18.6.). Laut 'Frankfurter Rundschau' erklärte das Gericht, daß die "Vergasung nicht grausam" gewesen sei, da laut Aussagen eines Gutachters der Tod nach ca. 80 Sekunden bereits eingetreten sei. Weiter stellte laut 'Frankfurter Rundschau' das Gericht fest: "Dem seien Schwindelgefühle, Unwohlsein und leichte Krämpfe vorausgegangen. Das allein reiche jedoch für die Grausamkeiten nicht aus."

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat jetzt ein 1972 ergangenes Urteil gegen den Arzt Kurt Borm bestätigt, in dem dieser von dem Vorwurf der Beihilfe zum Mord freigesprochen wurde. Borm war an der Vergasung von über 6 000 Menschen beteiligt, die er jeweils vor dem Eintritt in die als Duschräume getarnten Gaskammern noch ein letztes Mal untersuchte. Ihm billigte das Gericht zu, im guten Glauben gehandelt zu haben, es handle sich um einen "Akt der Barmherzigkeit".

Diesen Urteilen ist gemeinsam, daß sie die faschistischen Kriegs- und Gewaltverbrechen nicht mehr als Verbrechen, sondern als gesetzestreue Handlungen darstellen. Daß sich diese Fälle gegenwärtig häufen, in denen bürgerliche Gerichte offen die faschistischen Gewaltverbrechen rechtfertigen, zeigt, wie sich die Lage im Klassenkampf in den letzten Jahren verändert hat.

Der Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland zwingt die Bourgeoisie immer mehr, die jahrzehntelang propagierte Linie der Klassenversöhnung zu verlassen und auf der Linie der offenen Unterdrückung aller selbständigen Bestrebungen in der Arbeiterklasse und im Volk einzuschwenken.

In der Begründung des Freispruchs für Riedel heißt es daher: "Die Geheime Feldpolizei habe auch die Aufgabe gehabt, Exekutionen zum Tode verurteilter Partisanen vorzunehmen." (Frankfurter Rundschau) Und weil dies zu den Aufgaben der Geheimen Feldpolizei gehörte, kann es auch nicht ungerecht sein, was Riedel getan hat. Diese Logik des Gerichtes zeigt anschaulich, worum es geht: wer einen Auftrag des bürgerlichen Staates ausführt, ist immer im Recht. **Das gleiche zeigt sich nicht nur an den verschiedenen Polizistenmorden der jüngsten Zeit, wie bei Günther Routhier oder dem Münchner Taxifahrer Günther Jendrian, sondern auch im Urteil des Kölner Landgerichtes gegen Beate Klarsfeld. Sie wurde zu zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil sie 1971 versucht hatte, den ehemaligen Gestapo-Chef von Paris, Kurt Lischka, der für den Tod von 100 000 Menschen verantwortlich ist, nach Frankreich zu entführen. Lischka war dort 1950 in Abwesenheit zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.**

Die liberale bürgerliche Presse in Westdeutschland fand dieses Urteil unglücklich, denn es wirbelte viel Staub im Ausland auf. Einmütig war sie aber der Meinung, daß eine Verurteilung notwendig gewesen sei, da Beate Klarsfeld schließlich auf eigene Faust und nicht im Auftrag des Staates gehandelt habe.

Derselbe Bundesgerichtshof, der jetzt den Freispruch für den Massenmörder Borm bestätigte, bestätigte vor kurzem ein Urteil des Oberlandesgerichtes Hamburg, daß der 1935 von den Faschisten hingerichtete Kommunist und Widerstandskämpfer Fiete Schulz weiterhin als "Mörder" bezeichnet werden dürfte. Denn Fiete Schulz sei 1935 rechtmäßig verurteilt worden und darum könne daran nicht gerüttelt werden.

All diese Urteile beweisen, daß der bürgerliche Staat gegenwärtig versucht, jeden Gedanken an Widerstand gegen den Staat und seine Gewaltmaschinerie zu kriminalisieren und zu unterdrücken.

Weil die Arbeiterklasse und das Volk beginnen, ihre Interessen auch gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat durchzusetzen und zu organisieren, muß dieser Staat immer offener zu einer Politik der Unterdrückung dieser Interessen schreiten. Bei dieser Rechtsentwicklung der herrschenden Klasse fällt den Gerichten die Aufgabe zu, alle Schandtaten und Gewalttaten des Staates für Recht zu erklären. Dabei verletzten diese Gerichte aber keineswegs das bürgerliche Recht. Wenn westdeutsche Gerichte heute faschistische Kriegsverbrecher freisprechen, dann wenden sie das bürgerliche Recht bloß so an, wie es gegenwärtig für die Herrschaft der Bourgeoisie notwendig ist: sie rechtfertigen jede Unterdrückung des Staates und bereiten damit die Rechtfertigung noch terroristischerer Maßnahmen vor.

Das zeigt sich im geplanten Gesetz zum Ausschluß mißliebiger Verteidiger vor Gericht oder in der bayrischen Gesetzesvorlage zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens (vgl. KVZ 14). Immer aber besteht das Wesen dieser Rechtsprechung darin, das Gewaltmonopol des kapitalistischen Staates über die Arbeiterklasse und das Volk zu sichern und zu rechtfertigen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Bourgeoisie unter der Form der offenen faschistischen Diktatur oder unter der der bürgerlichen Republik ihre Klassenherrschaft ausübt. e.r.

Fortsetzung: Steuerausplünderung geht weiter

DER STEUERDJUNGEL SOLL UNDURCHSCHAUBAR BLEIBEN' WORUM GING ES BEI DEM STEUERSTREIT ZWISCHEN SPD/FDP UND CDU/CSU ?

Nach dem alten Steuerrecht wird vom Bruttolohn oder -gehalt der Arbeitnehmerfreibetrag und Ausgaben für Vorsorge wie z. B. die Sozialversicherung abgezogen. Der dann verbleibende Betrag ist das zu versteuernde Einkommen. Verdient einer mehr, so daß er aufgrund der Steuerprogression einen höheren Prozentsatz Steuern zahlen muß, so schlägt nach dieser Regelung auch der Abzug von Arbeitnehmerfreibetrag und Sonderausgaben höher zu Buch. Arbeitnehmerfreibetrag und Sonderausgabenabzug verringern zum gleichen Prozentsatz wie der Steuersatz die verbleibende Steuerschuld. Demgegenüber war in dem Entwurf der SPD zur Steuerreform, der schon vom Bundestag verabschiedet war, aber von der CDU-Mehrheit im Bundesrat blockiert wurde, vorgesehen, Arbeitnehmerfreibetrag und Sonderausgaben mit einheitlich 22 % direkt von der Steuerschuld abzuziehen. Wer also aufgrund der Steuerprogression einen höheren Steuersatz zu entrichten hat, hätte dennoch nur 22 % vom Arbeitnehmerfreibetrag und von seinen Sonderausgaben von der Steuerschuld abziehen können. Für den Arbeitnehmerfreibetrag hätte das z. B. bedeutet, daß nach dem Vorschlag der SPD/FDP alle Lohn- und Gehaltsempfänger 11 DM monatlich von ihrer Steuerschuld abziehen könnten, egal wie hoch sie in der Steuerprogression stehen. Diese Regelung ist nicht durchgekommen. Es bleibt bei dem alten Verfahren. Für den Arbeitnehmerfreibetrag heißt das, daß er monatlich zwischen 8,80 DM für die untersten Löhne und 20 DM für Spitzenverdiener die Steuerschuld vermindert. Man sieht daran, daß der Arbeitnehmerfreibetrag, auch nachdem er nun verdoppelt ist, ohnehin ein Witz ist.

Stärker fallen die Sonderausgaben, die Abzüge für Vorsorgeausgaben ins Gewicht. Für die Masse der Lohnabhängigen, die sich keine zusätzlichen Versicherungen oder Bausparverträge leisten können, bestehen diese in den Abzügen für die Sozialversicherungen (Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung). Sie machen ungefähr 16 % vom Bruttolohn- oder gehalt aus. Nach dem SPD Vorschlag sollten von diesen Aufwendungen einheitlich 22 % von der Steuerschuld abgezogen werden können. Nach der jetzt beschlossenen Regelung werden diese Aufwendungen vom Einkommen abgezogen und vermindern damit das zu versteuernde Einkommen. Das hat zur Folge, daß diese Aufwendungen mit dem Prozentsatz von der Steuer abgezogen werden, der je nach Einkommenshöhe an Steuern gezahlt werden muß. Ein höher Verdienender kann also auch einen größeren Prozentsatz seiner Vorsorgeaufwendungen von der Steuer abziehen. Das gilt jedoch nur bis zu Jahresaufwendungen bis 1 800 DM. Darüberhinausgehende Vorsorgeaufwendungen werden nur mehr zur Hälfte berücksichtigt. Für Verheiratete gelten die doppelten Beträge. Für Kinder erhöht sich der Höchstbetrag um 600 DM pro Kind. Diese Regelung führt zu gänzlich unterschiedlichen effektiven, monatlichen Abzügen von der Steuerschuld: ca. 30 DM bei Wenigverdienern (unter 1 000 DM) und über 100 DM bei Spitzenverdienern (bei Verheirateten entsprechend das Doppelte). Wenn die SPD aber groß posaunte, daß ihr Vorschlag größere Steuergerechtigkeit gebracht hätte, so muß dem widersprochen werden. Denn sie hatte die Höchstgrenzen für abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen so hoch angesetzt, daß Spitzenverdiener, die sich leisten können, große Beträge für Lebensversicherungen anzulegen, Riesensteuervorteile gehabt hätten.

Bei diesem Streit um die Steuerreform ist auch nicht ein wenig Vereinfachung der undurchschaubar komplizierten Steuerverfahren herausgekommen. Der Streit zwischen CDU und SPD ging auch nicht um mehr Gerechtigkeit, wie die SPD behauptete, noch darum, den Angriff auf die Leistung abzuwehren, wie die CDU behauptete. Vielmehr ging es beiden Seiten nur darum, zu demonstrieren, daß es ohne sie keine Steuererleichterung gegeben hätte. Die Masse der Lohnabhängigen muß nach wie vor die Masse des Steueraufkommens aufbringen. Schon nach kurzer Zeit werden die Lohnabhängigen sehen, daß die Steuererleichterungen von kurzer Dauer sind, und daß nach kurzer Pause die Steuerschraube sich nur noch schneller dreht. In der nächsten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung werden wir an Beispielen dies genau vorrechnen.

DIE WICHTIGSTEN PUNKTE DES NEUEN STEUERRECHTS

Der Kompromiß in der immer noch sogenannten Steuerreform sieht unter anderem vor:

Erhöhung des Steuerfreibetrages von bisher 1 680 DM jährlich auf 3 000 DM, das heißt, daß jede Mark über 250 DM Monatseinkommen der Besteuerung unterliegt. Für Verheiratete ist der Freibetrag doppelt so hoch, was aber nur den Familien zugute kommt, in denen die Frau nicht arbeiten geht.

Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages von 240 auf 480 DM, das heißt, für Lohnabhängige sind monatlich weitere 40 DM steuerfrei.

Erhöhung der abzugsfähigen Sonderausgaben für die Vorsorge auf 1 800 DM im Jahr. Aufwendungen darüber hinaus können bis zu einer Gesamthöhe von 3 600 DM zur Hälfte in Anrechnung gebracht werden. Diese Abzüge vermindern ebenfalls das zu besteuernde Einkommen. Für Verheiratete gilt der doppelte Betrag, für jedes Kind kommen weitere 600 DM hinzu.

Bis zu 300 DM (Verheiratete 600 DM) kann man jährlich steuerfrei sparen.

Der Freibetrag für Alleinstehende mit Kindern wurde auf 3 000 DM im Jahr erhöht (dadurch Gleichstellung mit Verheirateten).

Das Kindergeld wird einheitlich für das erste Kind 50 DM, für das zweite Kind 70 DM, für das dritte und jedes weitere Kind 120 DM betragen. Es wird vom Arbeitsamt auf Antrag ausgezahlt.

Diesen Verbesserungen steht gegenüber die Erhöhung des Eingangssteuersatzes von bisher 19 % auf 22 % bis zu Jahreseinkommen von 16 000 DM (Verheiratete 32 000 DM), monatlich 1 333 DM (Verheiratete 2 666).

Für jede Mark, die mehr verdient wird, steigt der Steuersatz auf 30,8 %, und steigt dann weiter bis auf 56 % bei einem Einkommen von 130 000 DM im Jahr (260 000 für Verheiratete). Das heißt, die Steuerprogression steigt für durchschnittliche und mittlere Einkommen sehr schnell, während die Spitzeneinkommen gleich hoch in der Steuer bleiben. Denn zugleich mit der Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 56 % werden die 3 % Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen gestrichen. Die Verschärfung der Steuerprogression im durchschnittlichen und mittleren Einkommensbereich bei gleichzeitiger Schonung der höheren Einkommen wird in kurzer Zeit die Wirkung der höheren Freibeträge für die Masse der Lohnabhängigen aufheben und die Steuerschraube noch schneller aufdrehen.

– bb –

Bundeshaushalt 1975

DIE GELOBTE SPARSAMKEIT IST BETRUG - SOZIALHAUSHALT ÄNDERT AM ELEND NICHTS

Für das Jahr 1975 hat die Regierung Schmidt/Genscher einen Bundeshaushalt vorgelegt, den sie mit dem Argument, er sei sparsam und wirke den Preissteigerungen entgegen, und er enthalte vor allem eine Erhöhung des Sozialhaushaltes, jetzt den Wählern aufschwatzen will. Das offiziell angegebene Volumen des Bundeshaushaltes für 1975 beträgt 147,3 Mrd. DM und liegt damit um 8 % über dem des Jahres 1974. Nun könnte man meinen, immerhin ist es mit der Sparsamkeit ernst gemeint und es ist ja deswegen auch der Minister Eppler aus dem Kabinett zurückgetreten. Aber weit gefehlt, was die Regierung öffentlich verkündet und was sie so unter sich redet, sind zwei gänzlich verschiedene Dinge.

So konnte man in der 'Wirtschaftswoche' lesen: "Mit Versprechungen verhinderte Kanzler Schmidt bei den Etat-Beratungen den Rücktritt von drei weiteren Ministern. Er redete Sozialminister Arendt, Wehrführer Leber und Verkehrsminister Gscheidle ... in vertraulichen Gesprächen ein, daß die Fraktionen im Bundestag noch Änderungen vornehmen könnten ..." (WW vom 12.7.74)

Überhaupt sind Reden und Handeln bei der Regierung gänzlich zweierlei: während sie von der notwendigen Bekämpfung der Preissteigerungen redet, erhöht sie die Postgebühren, und zugleich leiten die Statthalter in den Kommunen eine Welle von Preissteigerungen für Gas-, Strom-, Wasser- und Verkehrsgebühren ein.

Der einzige Grund, warum dieser Haushalt denn auch nicht so rasant steigt wie in den letzten Jahren, ist auch die Steuerreform. Um dieses Windei durchzusetzen, muß die Regierung natürlich Steuerausfälle in Kauf nehmen und damit für ein Jahr ihren Haushalt, der im großen und ganzen über Steuern finanziert wird, in Grenzen halten.

Immerhin, wenigstens diese Steuerausfälle nimmt die Regierung in Kauf, könnte man denken. Aber auch dies ist ein Irrtum. Denn nicht nur wird die Regierung den kurzfristigen Steuerausfall über die Erhöhung der Preise der staatlichen und halbstaatlichen Betriebe wettzumachen versuchen, sondern sie wird einfach mehr Schulden machen.

So konnte man im 'Handelsblatt' lesen: "Die für 1975 geplante Nettokreditaufnahme in Höhe von 14,6 Mrd. DM hält auch Hans Apel für hoch. Gleichwohl habe Bundesbankpräsident Karl Klasen, der an den Kabinettsberatungen über den Etat teilnahm, keine Kritik an dieser Pumplust geübt." (HB vom 8.7.74)

Während also der Staat dieses Jahr noch für 7,6 Mrd. DM Schulden machte, sollen es nächstes Jahr 14,6 sein und das ist beinahe das doppelte. Daß diese Schulden eines Tages wieder mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen, ist klar und da dies dann auch wieder nur aus den Steuern geschehen kann, zahlt auch dafür der Lohnabhängige die Zeche.

Man sieht also, daß dieses Blendwerk den Lohnabhängigen nichts nützt, mag die SPD/FDP-Regierung noch so viel Geschrei darum machen.

Immerhin, so sagen die Propagandisten der Regierung, gerade der Haushalt des Arbeits- und Sozialministeriums, der für die Werktätigen da ist, ist noch am meisten gewachsen, und er überträfe jetzt sogar den Verteidigungshaushalt.

Abgesehen davon, daß dies überhaupt nichts aussagt, weil die Bourgeoisie ihren Unterdrückungs- und Eroberungsapparat nicht nur über den Verteidigungshaushalt, sondern auch über das Innenministerium (z. B. Bundesgrenzschutz) und das Forschungsministerium finanziert, ändert diese Demagogie herzlich wenig an der elenden Lage derer, die von diesem Sozialhaushalt betroffen sind.

Weit über 90 % dieses Sozialhaushaltes bestehen in Zuschüssen für die Rentenversicherungen für Arbeiter und Angestellte sowie für die Knappschaftliche Rentenversicherung der im Bergbau Tätigen, und in Beiträgen für die Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge. Die gut 10 Millionen der überwiegend von Renten lebenden Menschen in Westdeutschland bezogen z. B. 1970 einen durchschnittlichen Rentennettobetrag von knapp 312,– DM. Auch verschiedene Rentenerhöhungen in diesen Jahren, zuletzt am 1.7.74 um 11,2 %, haben bei den enormen Preissteigerungen der letzten Jahre an dieser elenden Lage der Rentner nur wenig zu ändern vermocht. Was dies heißt, wird klar, wenn man sich vor Augen hält, daß jeder Bundestagsabgeordnete nach 16 Jahren bereits einen Anspruch von rund 2 000 DM auf Altersversorgung hat, die er bereits ab dem 55. Lebensjahr erhalten kann und die, im Gegensatz zu der Regelung für die Rentner, auf keine anderen Bezüge anrechenbar ist. Noch schlimmer ist dabei jene wachsende Zahl von Invalidenrentnern dran, die frühzeitig vom kapitalistischen Produktionsprozeß kaputtgemacht, nicht mehr arbeiten können. Sie erhalten wesentlich niedrigere Renten und ihre Zahl wächst bei der gegenwärtigen Verschärfung der Ausbeutung ständig an. Gegenwärtig scheidet mehr als die Hälfte aller Arbeiter noch vor dem Erreichen des Rentenalters aus dem Produktionsprozeß aus und erhält eine Invalidenrente, für die kaum mehr gilt, daß sie zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sei. Renten von unter 300 DM vor allem bei Frauen sind hier keine Seltenheit.

Keine Kosmetik an diesem Haushalt wird also der Arbeiterklasse und dem Volk weismachen können, daß er ihre Lage bessern würde, denn das, was die Arbeiterklasse dringend braucht, eine Herabsetzung des Rentenalters, das heute ja nicht einmal mehr jeder zweite Arbeiter erreicht und eine Erhöhung der Renten auf mindestens 75 % des Facharbeiterlohnes, findet sich hier natürlich nicht.

Allerdings ist dies auch nicht verwunderlich, denn es ist nicht die Aufgabe der Regierung, die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes zu bessern, sondern eher die, die Arbeiterklasse zu betrügen. Im 'Handelsblatt' vom 15.7. stand: "Die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik können nach Ansicht von Bundeskanzler Helmut Schmidt in den Jahren 1974 und 1975 mit einer weiteren Verbesserung ihrer Reallöhne rechnen." Was allerdings die Arbeiterklasse von solchem Zynismus angesichts der Preissteigerungen hält, stand im selben Bericht. Denn Schmidt, der vor 3 000 Arbeitern der Mannesmann Röhrenwerke redete, wurde "nur selten und dann nur von sparsamen Beifall unterbrochen".

Dies ist auch kein Wunder, denn mit allem, was im Interesse der Arbeiterklasse ist, hat diese Regierung nichts im Sinn.

e.r.

AB 14. LEBENSJAHR GEARBEITET – 137 DM RENTE

Westberlin. Als wir am Kranoldplatz in Westberlin Unterschriften gegen den Beschluß des Senats, die Altbaumieten um 8 % zu erhöhen, und für die Einberufung einer öffentlichen Versammlung in Lichterfelde sammelten, berichteten mir zwei Rentnerinnen von ihrer miserablen sozialen Lage.

Die erste, eine 79-jährige Rentnerin, hatte seit ihrem 14. Lebensjahr gearbeitet und besaß schließlich 13 Invaliden- und 7 Angestelltenkarten aus der Hitlerzeit. Doch all dies, wofür sie mühsam schuften mußte, nutzte ihr nichts: durch ein Gesetz unter Adenauer aus dem Jahre 1952 wurde die Anrechnung aufgehoben, so daß sie heute nicht mehr als 137,50 DM Rente bekommt. Sie meint, daß es zwecklos ist, sich einzeln an die Regierung zu wenden, sie findet es dagegen richtig, eine öffentliche Auseinandersetzung über die Lage der Rentner zu führen.

Die zweite Rentnerin wohnt in einem Altenwohnheim des Kirchenkreises Steglitz. Doch bei der evangelischen Kirche ist sie nicht so gut aufgehoben, wie viele meinen würden: vor zwei Jahren betrug die Miete für ein Zimmer 90 DM, heute sind es schon 147 DM und demnächst soll sie erneut steigen. Woher soll sie das Geld für diese Wucherpreise herbekommen, wenn sie 79 DM von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBI) und 169 DM von der Bundesanstalt für Angestelltenversicherung (BfA) bekommt?

LEBENSNIVEAU IST GESUNKEN

Wie es um die "Verbesserung" 1974 bestellt ist, erlebte ich in der letzten Stunde vor den Schulferien. Nachdem ich die Zeugnisse verteilt hatte, fragte ich meine Schüler: "Wer fährt denn weg?" Von 30 Schülern fuhren 3 mit ihren Eltern in den Urlaub – 1973 waren es noch 10 von 30 –, der Rest bleibt zu Hause. Die Eltern arbeiten bei VW, Post oder Bahn. Die Frage, warum sie nicht verreisen würden, beantworteten die Schüler (6. Klasse Hauptschule) nahezu einhellig: "Meine Eltern haben dieses Jahr kein Geld für den Urlaub."

Braunschweig, B.S., Lehrerin

Die Krise der Reformbewegung

DIE ARBEITERKLASSE MUSS SELBSTÄNDIG PARTEI ERGREIFEN

Seit 1966/67 hat sich eine breite Bewegung in der Arbeiterklasse und im Volk für Reformen und Demokratie entwickelt. Diese Bewegung ist die Antwort der Massen auf die Unsicherheit der Existenz und die politische Abhängigkeit, die die kapitalistische Gesellschaft für die Arbeiterklasse, aber auch für die anderen Teile des Volkes mit sich bringt. In der Wirtschaftskrise von 1966/67 hatte sich zum ersten Mal wieder gezeigt, daß sich an dieser Tatsache auch in der Bundesrepublik nichts geändert hat.

Der SPD ist es gelungen, gemeinsam mit der FDP, diese Bewegung großen Teils für sich auszuschlachten. Mit ihrer Hilfe ist sie an die Regierung gekommen. In den Neuwahlen von 1972 konnte sie den Drang nach Reformen und das Verlangen nach Demokratie noch einmal auf ihre Mühlen lenken. Die Parolen der SPD waren "umfassende Reformen" und "mehr Demokratie". Wenn auch Teile der SPD-Mitgliedschaft diese Parolen sicher ernst genommen haben und sie ehrlich meinten, für die SPD-Führung waren sie von vornherein nichts anderes als ein Wahlschlager.

Inzwischen zeigt sich immer klarer: Herausgekommen ist wenig, an der Unsicherheit der Existenz der Arbeiterklasse hat sich nichts geändert, die politische Abhängigkeit und Unterdrückung hat nicht nachgelassen. Die Regierung Schmidt-Genscher, die die Regierung Brandt-Scheel abgelöst hat, bringt klar zum Ausdruck, was vorher nie so eindeutig gesagt wurde: Mit Reformen ist nichts drin. Die Massen sollen froh sein, wenn's so bleibt wie es ist.

"Wir werden in dieser Legislaturperiode große Reformwerke – die hohe öffentliche Mittel kosten – nicht mehr machen können. Das letzte, was viel Geld kostet, ist die Steuerreform. Sie allerdings hat einen kräftigen sozialen Touch. Das ist unübersehbar, deswegen muß er auch erhalten bleiben." (Finanzminister Apel in einem Spiegel-Gespräch, 15.7.74). "Sozialer Touch", d. h. ein leichter sozialer Anstrich für die bürgerliche Regierungspolitik, das ist von den sozialdemokratischen "Reformvorhaben" übriggeblieben.

DIE DEMOKRATISCHE REFORMBEWEGUNG HAT SICH ZUNÄCHST UNABHÄNGIG VON DEN BÜRGERLICHEN PARTEIEN ENTWICKELT UND IST VON DER SOZIALDEMOKRATIE EINGEFANGEN WORDEN

Die bürgerlichen Parteien reagierten auf die Wirtschaftskrise von 1966/67 mit der Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Die wichtigste Tat dieser Großen Koalition war die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die die Unterdrückungsaufgaben des bürgerlichen Staates juristisch absicherte und der Verfassung der BRD den letzten Schliff gab. Im Kampf gegen die Notstandsgesetze entwickelte sich eine demokratische Massenbewegung, die ihren Höhepunkt fand in einer großen Demonstration in Bonn anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze.

Einzelne Teile dieser "außerparlamentarischen Opposition" waren in ihren Formen revolutionär, dem Inhalt nach war die Bewegung jedoch im wesentlichen reformerisch. Dies galt insbesondere für den Teil der Bewegung, der durch die Gewerkschaften politisch vertreten wurde, das galt aber auch für große Teile der Studentenbewegung.

So führte diese Bewegung 1969 zunächst nur zu einem Austausch der bürgerlichen Regierung. Die SPD wurde zur führenden bürgerlichen Partei. Willy Brandt wurde Kanzler, Heinemann wurde Präsident. Nach den Wahlen von 1969 wurde mit dem Amnestiegesetz eine politische Abschlagzahlung an diese Bewegung gemacht. Diese Amnestie war mit der Auflage verbunden, sich in Zukunft an den gesetzlichen und parlamentarischen Rahmen zu halten.

Insgesamt kann man sagen, daß in dieser Zeit alle bürgerlichen Parteien viel von Reformen und Demokratie redeten, daß aber die wenigen Reformen, die durchgeführt wurden, keineswegs den Bedürfnissen und Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes entsprachen. Das Betriebsverfassungsgesetz z. B. hielt alle Einschränkungen der Rechte des Betriebsrates und der Belegschaften aufrecht. Ähnlich verhielt es sich mit den anderen Gesetzen. Während an der Oberfläche viel von Reformen gesprochen wurde, ohne daß wirkliche Reformen durchgeführt worden wären, verschärften die bürgerlichen Parteien gemeinsam die Verfolgung der Teile der demokratischen Bewegung, die in ihren politischen Zielen und Forderungen über die großen bürgerlichen Parteien hinausgingen. In diesem Zusammenhang sprach der damalige Innenminister der SPD/FDP-Regierung, Genscher, von einer "Allparteien-Regierung der Inneren Sicherheit". Aufrüstung der Polizei, Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bürgerkriegsarmee gegen die Arbeiterklasse und das Volk, die Verfolgung von Demokraten und Kommunisten im öffentlichen Dienst, das waren die Taten dieser Allparteien-Regierung der Inneren Sicherheit. All dies lief unter der Bezeichnung "wehrhafte Demokratie". In diesen Fragen einig, waren sich die bürgerlichen Parteien in anderen Fragen nicht einig: vor allem konnte sich die CDU/CSU nicht damit abfinden, nicht mehr der größte Fresser an der staatlichen Futterkrippe zu sein und außer den Ministerposten auch zahlreiche Beamtenstellen usw. an die Regierungskoalition verloren zu haben.

Als Ansatzpunkt für einen Sturz der Regierung schien die Ostpolitik der Bundesregierung am besten geeignet. Mittel für den Sturz waren Mandatskäufe und Bestechung, wie sich auf der anderen Seite SPD und FDP ebenfalls mit Hilfe von Bestechung an der Regierung zu halten versuchten. Gegen den Sturz der Regierung durch die CDU/CSU entwickelte sich eine breite Bewegung, die unter Führung von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären, DKP-Betriebsräten und linksbürgerlichen Intellektuellen stand. In den Neuwahlen von 1972, nach der Auflösung des Parlaments, spülte diese Bewegung, deren allgemeine Ziele Sozialreform, Demokratie und Frieden waren, die Sozialdemokratie mit einem unerwartet großen Stimmenvorsprung aufs neue in die Position der führenden bürgerlichen Partei.

In diesem Wahlerfolg der SPD/FDP-Koalition zeigte sich einerseits die zahlenmässige Stärke der reformerischen und demokratischen Bewegung und andererseits die fortbestehende Bindung dieser Bewegung an das bürgerliche Parlament und an die Sozialdemokratie.

Schon zu dieser Zeit konnte man leicht voraussagen, daß die Linksentwicklung im Volk unter sozialdemokratischer Führung nach den Bundestagswahlen keine weitere Perspektive mehr haben konnte. Es war vorauszusehen, daß die entscheidenden Gremien und Figuren der Sozialdemokratie weiter nach rechts gehen würden und daß auf der anderen Seite die reformerische und demokratische Bewegung durch diese Entwicklung in eine Krise geraten würde. Aus dieser Krise kann es nur zwei Auswege geben: **bewußte** Unterwerfung unter die Politik der Kapitalistenklasse, die die SPD/FDP-Regierung betreibt oder **bewußte** Absage an die bürgerliche Politik der Sozialdemokratie und Entwicklung einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse, um den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse fortzusetzen und das Volk in diesem Kampf zu führen.

Für die Arbeiterklasse und für die fortschrittlichen Teile des Volkes, die die reformerische und demokratische Bewegung der letzten Jahre getragen haben, stellt sich diese Alternative ebenso klar, wie für die Organisationen, die in diese Bewegung in den letzten Jahren in dieser oder jener Weise eingegriffen haben. Diese Alternative wird mit dem Austausch der Regierung Brandt-Scheel durch die Regierung Schmidt-Genscher offen auf die Tagesordnung gestellt.

Der "Vorwärts", SPD-Parteiblatt, charakterisiert die Linie der neuen Regierung folgendermaßen: *"Bis Pfingsten nächsten Jahres, so Schmidts Erkenntnis, müssen die notwendigen Korrekturen der Regierungsarbeit erfolgt sein. Dass diese Korrekturen nach rechts vorgenommen werden, versteht sich angesichts der veränderten Stimmungslage in der Bundesrepublik von selbst."* (23.5.74) Mit der "veränderten Stimmungslage" ist der Katzenjammer der SPD-Führung nach den Landtagswahlen in Hamburg gemeint.

Die Wochenzeitung "Die Zeit" stellt fest: *"Das Regierungsprogramm, das der Hamburger präsentiert, bietet in seiner Beschränkung auf das Notwendigste und Machbare den Ideologen der Opposition kaum Angriffspunkte. Es ist im Grunde genommen das Programm für eine große Koalition."* (17.5.74)

Was von der großbürgerlichen Wochenzeitung einfach nur festgestellt wird, formuliert die "Welt der Arbeit", Zeitschrift der DGB-Führung, als Aufforderung zum Stillhalten an die Gewerkschaftsmitglieder.

"Nach einem fliegenden Start muß Helmut Schmidt versuchen, die große Trendwende zu erzwingen. Wenn ihm das nicht gelingt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als seine Kanzlerschaft auf neue Mehrheiten zu gründen. Als Krisenmanager bleibt er auch dann weiter gefragt." Das heißt offensichtlich als Krisenmanager einer großen Koalition oder einer Allparteien-Regierung. (Welt der Arbeit, 17.5.1974)



Gegen die Notstandsgesetze kamen 1968 über 40 000 nach Bonn.

DIE KLEINBÜRGERLICHEN IDEOLOGEN SCHLAGEN SICH AUF DIE SEITE DER KAPITALISTENKLASSE

Der Wonnemond der kleinbürgerlichen Ideologen der reformerischen und demokratischen Bewegung ist vorbei. Spätestens mit dem Rücktritt von Brandt liegt es auf der Hand, daß man nicht auf der einen Seite von Reformen und Demokratie schwärmen kann und auf der anderen Seite zur Unterstützung der SPD und der Regierung aufrufen kann. Falsche Vorstellungen können sich solange halten, solange sie durch die Entwicklung der Verhältnisse nicht selbst

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE



Die Arbeiterklasse kann ihre Kraft nur siegreich entfalten, wenn sie sich als politische Partei organisiert der Kapitalistenklasse entgegenstellt.

widerlegt sind. Die Illusion, auf der einen Seite für Veränderungen kämpfen zu wollen und auf der anderen Seite sich mit der Sozialdemokratie und der von ihr geführten Regierung nicht anlegen zu wollen, hat sich inzwischen als völlig haltlos herausgestellt; nicht, weil die Kommunisten das schon immer so gesagt haben, sondern weil die Krise des Kapitalismus und die Taten der Regierung diese Illusion nicht länger zulassen.

Wie reagieren nun die kleinbürgerlichen Ideologen, vor allem die Führer der Jungsozialisten auf diese Tatsache? Sie kuschen. Als ihnen unlängst vom Parteivorstand das Maul verboten wurde, stellten sie sich einfach dumm und bezeichneten den Beschluß des Parteivorstandes als Selbstverständlichkeit (vgl. KVZ Nr. 14). Die "Welt der Arbeit" hatte ihnen bereits schwere Zeiten vorausgesagt und die Führer der Jusos verhalten sich eben so, wie sich Opportunisten in schweren Zeiten verhalten: sie tauchen weg.

"*Die Parteilinken sehen schwierige Zeiten anbrechen. Denn anders als für Brandt ist die 'große Gemeinschaft der Sozialdemokraten' für Helmut Schmidt kein heiliger Hain, an den man nicht auch einmal mit der Axt herangehen darf. Wo der alte Kanzler unter dem Eindruck seiner Weimarer Erfahrungen immer die Gefahr der Parteispaltung vor Augen hatte, sieht der neue Kanzler exemplarische Strafaktionen und gezielte Parteiausschlüsse als ein durchaus sinnvolles Mittel an, um den Mitgliederbestand von politischem Wildwuchs zu befreien.*" (Welt der Arbeit, 17.5.)

Bei der ersten Überprüfung, wie ernst die Jusos es eigentlich mit ihrer vielgepriesenen "Doppenstrategie" meinen, stellt sich sofort heraus, daß auch jungen sozialdemokratischen Führern die Karriere wichtiger ist als selbst die bescheidensten politischen Grundsätze. Mit der raschen Rechtsentwicklung der Bourgeoisie, durch die alle möglichen Blütenträume vom friedlichen Hinüberwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus und der Herrschaft der Kapitalistenklasse in eine immer demokratischere Demokratie rasch zerstört werden, kommen eine ganze Reihe Leute zur "Besinnung": wo sich die Reaktion immer offener zeigt, sagen sie: man muß leisetreten und auf bessere Zeiten warten. Bessere Zeiten in diesem Sinne werden jedoch nicht mehr kommen: die guten Zeiten der Schwätzer und der dunstigen kleinbürgerlichen Ideologen sind vorbei. Mit der Zeit des Kanzlers Brandt ist auch die Zeit der kleinen Brandts zu Ende. Darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Jungsozialisten und ähnliche Gruppierungen gegenwärtig an den Hochschulen oft Wahlerfolge einheimsen. Dies liegt daran, daß Teile der fortschrittlichen Studenten angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes umso verbissener einen Mittelweg suchen zwischen der Reaktion und dem hartnäckigen Einsatz für die proletarische Revolution.

DIE ARBEITERKLASSE MUSS SELBSTÄNDIG PARTEI ERGREIFEN

Der Hauptträger der reformerischen und demokratischen Bewegung der letzten Jahre ist zweifellos die Arbeiterklasse und speziell die Gewerkschaftsbewegung. Gleichzeitig ist sie als politische Kraft nur aufgetreten unter sozialdemokratischer Führung und diese Führung verhinderte gerade, daß die Arbeiterklasse als **selbständige** politische Kraft hätte auftreten können. Die Arbeiter reagierten auf die Versuche, die Regierung Brandt zu stürzen, mit Streiks und der Wahlerfolg der SPD von 1972 hat seine Grundlage in einer breiten Mobilisierung der Arbeiterklasse für die Stimmabgabe zugunsten der SPD. Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse der Hauptträger dieser Bewegung ist, wird leicht übersehen, weil die auffälligsten politischen Aktionen der letzten Jahre nicht durch die Arbeiterklasse getragen wurden und weil die sichtbare Bewegung der Arbeiter sich fast ausschließlich in wirtschaftlichen Kämpfen niederschlug, wie in den Septemberstreiks von 1969, den verschiedenen Tarifkämpfen in der Metall- und Chemieindustrie, im Tarifkampf im öffentlichen Dienst und in den zahlreichen Streikkämpfen des letzten Jahres.

Politisch hat sich diese Bewegung zunächst durch die Wahl und Wiederwahl der Regierung Brandt-Scheel ausgedrückt. Als ihr politischer Sprecher treten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf, die Mitbestimmung und mehr Qualität des Lebens fordern. Wenn auch viele Arbeiter die SPD 1972 nur noch als das kleinere Übel gewählt haben, so haben sie sie doch gewählt, und wenn auch die Gewerkschaftsführer mit ihren politischen Plänen und Vorschlägen die Masse der Arbeiter keineswegs vom Stuhl reissen und nicht viele Arbeiter von diesen Plänen ernsthaft etwas erwarten, so haben sich demgegenüber doch erst wenige Ansätze eine selbständige Politik der Arbeiterklasse herausgebildet. Die Kräfte sind noch gering, die eine selbständige Politik der Arbeiterklasse gegenüber den Sozialdemokraten und der DKP, die sich in allen wesentlichen politischen Fragen wie Mitbestimmung usw. der Sozialdemokratie anschließt, vertreten.

Das Scheitern des Bundeskanzlers Brandt ist durch seinen Rücktritt öffentlich besiegelt worden. Es hat seine Ursache darin, daß die Verhältnisse sich nicht in Richtung Ruhe und Frieden, sondern in Richtung Krise und Klassenkampf entwickeln. Das Scheitern der Regierung Brandt stellt breite Teile der Arbeiterklasse jetzt vor die Frage: Was tun? Was soll jetzt geschehen? Die Illusion einer Arbeiterregierung, bestehend aus bürgerlichen Politikern in einer bürgerlichen Republik, die viele Arbeiter mit Willy Brandt verbunden haben, kann nicht länger aufrechterhalten werden. Gleichzeitig verschlechtert sich die Lage der Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Senkung des Reallohns, Preiserhöhungen und wachsende Steuerlast, durch die wachsende Arbeitshetze, für diejenigen, die Arbeit haben. Diese Situation, die durch die Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und durch die Zerstörung politischer Illusionen gekennzeichnet ist, zwingt die Arbeiter, sich politisch neu zu orientieren.

Keine der großen bürgerlichen Parteien kann aber eine neue Orientierung geben, nachdem sich auch die Sozialdemokratie an der Regierung entlarvt hat als bürgerliche Partei und jeder nachprüfen kann, was diese Partei der Arbeiterklasse gebracht hat.

Kann die DKP diese Orientierung geben? Sie versucht es, aber da sie in Westdeutschland keine wirkliche Alternative gegenüber der Sozialdemokratie darstellt uhd viele Arbeiter das anhand der praktischen Erfahrung mit DKP-Betriebsräten usw. direkt überprüfen können und da sie sich außerdem offen als Anhänger der bürgerlichen Machthaber in der Sowjetunion und in der DDR anpreist, hat sie damit nicht viel Erfolg.

Eine Orientierung können nur die Kommunisten geben, sofern sie auf einer klaren programmatischen Grundlage arbeiten und eine richtige Massenlinie entwickeln. Sie können eine Orientierung geben, denn die "theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden Bewegung" (Kommunistisches Manifest).

Wo es in einer Gesellschaft auf der einen Seite eine immer kleiner werdende Zahl von großen Kapitalbesitzern und Blutsaugern gibt und auf der anderen Seite eine wachsende Zahl von Proletariern, die für diese Blutsauger arbeiten muß, wo es in einer Gesellschaft auf der einen Seite das Recht gibt, auszubeuten und auf der anderen Seite nur das Recht, sich ausbeuten zu lassen, da braucht man kein Prophet zu sein, um Krisen und Zusammenstöße der beiden feindlichen Klassen vorauszusehen. Die Kommunisten gehen von der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes aus. Da diese Unversöhnlichkeit eine Tatsache ist und da die Kommunisten in diesem Klassengegensatz fest auf der Seite der Arbeiter stehen, können sie sich in der Arbeiterklasse verankern. Die Kommunisten sind zahlenmäßig noch sehr schwach. Außerdem sind sie politisch zersplittert und gespalten. Einige Organisationen nennen sich kommunistisch, sind es aber nicht. Das ist keine gute Bedingung, um die politischen Aufgaben gut zu erfüllen, die sich den Kommunisten gegenwärtig stellen. Die Kommunisten sind hervorgegangen aus den revolutionären Teilen der demokratischen Bewegung der letzten Jahre. Sie haben meist noch wenig politische Erfahrung und diese Erfahrung tut in der gegenwärtigen komplizierten Lage bitter Not. Obwohl die Kommunisten sich noch nicht in einer einheitlichen politischen Organisation zusammengeschlossen haben, sondern untereinander noch höchst zerstritten sind und obwohl sie erst geringe Erfahrung haben, sind sie die einzigen, die der Arbeiterklasse einen klaren Weg aufzeigen können: aus den Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Politik die Konsequenzen ziehen; sich ausschließlich von den eigenen Klasseninteressen im Kampf gegen die Kapitalistenklasse leiten lassen; vom bürgerlichen Staat und von den bürgerlichen Parteien keine Hilfe erwarten, sondern sich gegen den bürgerlichen Staat und die bürgerlichen Parteien selbständig organisieren auf der Grundlage der Erkenntnis, daß die Ausgebeuteten ihre Interessen selber vertreten müssen.

Ziel dieses Zusammenschlusses kann nur sein: Beseitigung des Kapitalismus und Aufbau des Sozialismus, denn die Ursache der Ausbeutung und Unterdrückung liegt nicht in dieser oder jener Regierung, sondern in der kapitalistischen Gesellschaft selber, in der die Arbeiterklasse nur dazu lebt, für die Kapitalistenklasse Profit zu produzieren. Um aber den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen, braucht die Arbeiterklasse die politische Macht und diese Macht muß anders aussehen als der gegenwärtige Staat, der für die Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung gut geeignet ist, für den Aufbau des Sozialismus aber ganz ungeeignet. Den Sozialismus kann die Arbeiterklasse nicht aufbauen mit einem riesigen Beamtenheer im Nacken, einer Richterschar, die ihr auf der Nase herumtanzt und einer Armee, die in der Handder Kapitalistenklasse ist. Den Sozialismus aufbauen kann die Arbeiterklasse auch nicht mit Parlamenten, in denen Leute sitzen, auf vier Jahre gewählt, die nichts tun, als Gesetze zu beschließen, mit deren Durchführung sie nichts zu tun haben. Den Sozialismus aufbauen kann die Arbeiterklasse nur mit einem Staat, wie der Pariser Kommune, mit einer Räterepublik.

Mit diesen Zielen vor Augen, Sozialismus und Rätedemokratie, muß die Arbeiterklasse in den gegenwärtigen Kämpfen Partei ergreifen und selbständig gegen die einzelnen Kapitalisten, die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat auftreten.

DIE SOZIALDEMOKRATIE FÜRCHTET DIE SELBSTÄNDIGKEIT DER ARBEITERKLASSE

Die Führer der Sozialdemokratie wissen sehr gut, daß ihr Einfluß in der Arbeiterklasse im Sinken begriffen ist. Das teilen ihnen die sozialdemokratischen Betriebsräte und sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre mit, die die Unzufriedenheit der Arbeiter zu spüren bekommen. Wie Brandt gegen Ende seiner Regierungszeit und schon vorher, wenn es in den Betrieben brannte, geht auch Schmidt jetzt öfters auf Betriebsversammlungen und versucht dort, seine Politik an den Mann zu bringen. So war er vor einiger Zeit bei AEG in Westberlin und letzte Woche bei einer Betriebsversammlung der Mannesmann-Röhrenwerke in Düsseldorf. Kehrreim seiner Ausführung war, daß in der Bundesrepublik Deutschland alles ganz ausgezeichnet sei. Wirkliche Arbeitslosigkeit gebe es nicht: "Wir haben etwas Kurzarbeit und einige Arbeitslose." Bei der Betriebsversammlung kam er mit solchen Sprüchen nicht an und er bekam fast nie, und wenn überhaupt, nur wenig Beifall. Grundsätzlich führte er aus: Sowohl Unternehmer als auch Gewerkschaften müßten wissen, daß sie aufeinander angewiesen seien. Auf Dauer funktioniere das demokratische System nur mit starken Gewerkschaften, die sich auf das Vertrauen der Arbeitnehmer stützen könnten. Eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung sei jedoch nicht ohne starke Unternehmer möglich.

Dazu sagen wir:

Die Gewerkschaften sind die Arbeiter. Die Arbeiter sind keineswegs auf die Kapitalisten angewiesen. Umgekehrt ist es aber so, daß die Kapitalisten die Arbeiter brauchen: am liebsten solche Arbeiter, die sich mit der Herrschaft der Kapitalistenklasse abfinden. Die Arbeiter bei der Stange halten, – dazu will Schmidt die Gewerkschaften nutzen. Damit ist auf einer Betriebsversammlung aber schon kein Blumenstrauß mehr zu gewinnen. Da klatschten nur noch die Kapitalisten selber und ein paar SPD-Mitglieder, denen dabei aber auch nicht wohl ist, wenn ihre Kollegen dabei sind.

Warum geht Schmidt auf Betriebsversammlungen und hält dort Reden? Die SPD muß versuchen, ihren Einfluß unter den Arbeitern zu halten und diesen Einfluß für die Kapitalisten fruchtbar zu machen. Die Arbeiter sollen eine Verschlechterung der Lage kampflos hinnehmen und gleichzeitig noch sagen, die Regierung sei ihre Regierung. Das versucht auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung zu verbreiten. In der "Quelle" vom Juni lassen sie schreiben:

"*Die Gewerkschaften haben also gute Gründe, um der neuen Bundesregierung zu vertrauen und ihre Politik zu unterstützen.*" Und warum? Weil Schmidt bereits einen Tag nach der Regierungserklärung ein Gespräch mit der Spitze des DGB geführt habe!

Als ob es für die Arbeiter ein Grund für Vertrauen in die Bundesregierung wäre, daß Schmidt und Vetter einander treffen. Das tun sie schon seit Jahr und Tag bei jeder SPD-Vorstandssitzung. Das hat den Arbeitern noch nie was gebracht.

Richtig ist: Die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaftsvorständen halten zusammen wie die Kletten, um jede selbständige politische Regung in den Gewerkschaften und unter den Arbeitern zu unterdrücken.

DIE KOMMUNISTEN STÜTZEN SICH AUF DIE ERFAHRUNGEN DER ARBEITERKLASSE

Bisher ist es den Kommunisten nicht gelungen, in der politischen Bewegung der letzten Jahre die führende Kraft zu werden.

Im wesentlichen liegt das daran, daß die politischen Illusionen, die es in dieser Bewegung gab, noch nicht durch die Verhältnisse selber wirksam genug erschüttert waren. Diese Bewegung strebte zwar große Veränderungen an, aber im Großen und Ganzen erhoffte sie diese Veränderungen vom bürgerlichen Parlament und von einer sozialdemokratischen Regierung. Nur ein kleiner Teil der Bewegung versuchte, aktiv Politik zu machen und seine politischen Forderungen durch politische Aktionen durchzusetzen, zuerst nur die Studenten und ein Teil der Jugend. Heute ist dies schon anders, wie vor allem die zahlreichen Kämpfe gegen die Gebietsreform und gegen bestimmte Verschlechterungen der allgemeinen Lebensumstände in den Städten und Wohngebieten zeigen.

Zum Teil lag es daran, daß die Kommunisten unfähig waren, dieser Bewegung richtige Vorschläge zu machen. Jetzt ist die Lage so, daß die sozialdemokratische Reformpolitik sich immer mehr als großer Schwindel herausstellt, daß die SPD-Führung, wie der "Vorwärts" offen verkündet, sichtbar nach rechts geht, daß die Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft aber nicht besser, sondern schlechter geworden sind. Gleichzeitig wird jeder einzelne Kampf schwieriger und härter. Die politische Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat nimmt zu. Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn ein kleiner Teil der politischen Bewegung der letzten Jahre und vor allem die kleinbürgerlichen Ideologen, den Schwanz einziehen und "vernünftig" werden. Dies gilt besonders für Teile der Jungsozialisten, entsprechende Tendenzen zeigen sich aber auch bei Leuten, die sich selbst als Revolutionäre betrachteten.

Entscheidend ist, daß die Wirklichkeit selbst zunehmend die Anschauungen der Kommunisten belegt und daß die Arbeiterklasse, durch diese Wirklichkeit gezwungen, ihr Vertrauen in die Verherrlicher dieser Wirklichkeit und in die Versöhnler verliert.

In dieser Situation sind die Bedingungen gut für die Verankerung der Anschauungen der Kommunisten in der Arbeiterklasse und für die Ausrichtung der Arbeiterklasse auf ein selbständiges politisches Auftreten. Die Kommunisten nutzen diese Situation, indem sie eine gründliche Überzeugungsarbeit leisten, umfassende soziale und politische Enthüllungen organisieren und richtige Vorschläge für die aktuellen Kämpfe der Arbeiterklasse machen.

J.S.

Arbeit mit heissem Zinn

KEINE SICHERHEITSVORRICHTUNGEN

Das Beispiel der Firma Telefunken in Celle zeigt, wie wenig es im Kapitalismus um die Gesundheit der Arbeiter geht.

In einer Abteilung dieser Firma werden die Widerstände für die Fernseher verzinnt. Das bedeutet, daß die Drahtenden der kleinen Widerstände von Hand in ein Zinnbecken getaucht werden, was einige Kollegen im Akkord machen. In diesem Becken befindet sich flüssiges Zinn, das zwischen 300 und 550 Grad erhitzt ist. Wenn man nun die Widerstände eintaucht, kommt man mit den Fingerspitzen bis zu 1 cm an das heiße Zinn. Es ist klar, daß man sich dabei sehr leicht verbrennen kann, da man auch schnell arbeiten muß und darum nicht so genau abschätzen kann, wie nah man an das heiße Zinn kommt. Es ist sogar so, daß der Finger unter Garantie verschmort ist, wenn man einmal richtig mit ihm hineinkommt. Wenn es nach Sicherheit gehen würde, dann müßte man die Widerstände mit einer Pinzette oder Zange in das heiße Zinn tauchen. Doch das soll deshalb nicht gemacht werden, weil es länger dauern würde und das mindert natürlich den Profit der Kapitalisten.

Auch die Außenumrandung ist so heiß, daß eine Stange von hartem Zinn sofort schmilzt und flüssig wird, wenn man sie an die Außenumrandung hält. Es wäre für die Kapitalisten ein leichtes, die Becken gegen Hitze zu isolieren. Aber das ist ihnen anscheinend auch schon zuviel.

Eine Kollegin hatte sich beim Betriebsrat erkundigt, warum an diesen Zinnbecken nichts für die Sicherheit der Arbeiter getan werde. Der für die Sicherheit verantwortliche Betriebsrat versprach, auch etwas dagegen zu unternehmen und in den entsprechenden Abteilungen vorzusprechen. Doch nach einer Woche war noch immer alles beim alten. Daraufhin ging die Kollegin wieder zum Betriebsrat und fragte, warum nichts geschehen sei. Der Betriebsrat erzählte, er sei in der entsprechenden Abteilung gewesen, doch die Frauen, die am Zinnbecken arbeiten, hätten gesagt, daß die Sache gar nicht so schlimm sei. Außerdem, so meinte er, müsse der Finger schon lange ins Zinnbecken gehalten werden, bis er ab sei. Nicht genug mit diesem Zynismus. Wir haben erfahren, daß der erwähnte Betriebsrat gar nicht in der Abteilung vorgesprochen hatte, die Frauen also auch nicht gefragt hatte, demnach die Kollegin voll angelogen hat. Weiterhin meinte der Betriebsrat, daß die Frauen die Widerstände auch gar nicht mit der Pinzette eintauchen würden, da das länger dauern würde. Das jedoch liegt an der Arbeitshetze, die uns zwingt, Sicherheitsvorkehrungen nicht zu beachten. Deshalb müssen wir fordern: Verbot aller Akkordarbeit, insbesondere an gefährlichen Arbeitsplätzen. Dies jedoch bei vollem Lohnausgleich. Weiterhin müssen wir in den Gewerkschaften und in den Betrieben konsequente Vertreter unserer Interessen wählen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß von uns gewählte Leute vertrösten, abwiegeln, leere Versprechungen machen und lügen; denn auf diese Weise gehen sie für die Interessen der Kapitalisten durchs Feuer.

STREIK GEGEN SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN

Hameln. Vor drei Wochen stellten ca. 10 Kollegen in der Gießerei des Motorenwerkes Stephan für zwei Stunden die Arbeit ein.

In der ohnehin schon heißen und staubigen Luft kam es damals zu gefährlichen Qualm- und Gasentwicklungen. Die Kollegen bekamen starke Atemschwierigkeiten. Schon seit längerem war der Absaugtunnel nicht in Ordnung.

Selbst wenn der Absaugtunnel funktioniert, reicht er nicht aus, die auftretenden Gase und Dämpfe zu beseitigen. Aus diesem Grund forderten die Kollegen eine zusätzliche Vorrichtung zum Absaugen der Gase beim Gießen.

Bald nach der Arbeitsniederlegung erschienen der Betriebsrat und die Geschäftsleitung in der Gießerei. Wortradikal "drohte" Betriebsratsvorsitzender Bruns der Geschäftsleitung mit der Stillegung der Gießerei durch das Gesundheitsamt. Diese Drohung des Betriebsrates war geradezu lächerlich, hatte er sich doch vorher nie um diese ihm wohl bekannten Zustände in der Gießerei gekümmert!

Die Arbeitsniederlegung der Kollegen in der Gießerei war ein Erfolg, die Geschäftsleitung mußte der Forderung einer zusätzlichen Absaugvorrichtung zustimmen. Bis jetzt ist sie aber noch nicht angebracht worden. Weiterhin geht die Produktion und der private Profit des Kapitalisten Stephan vor unsere Sicherheit und Gesundheit. Es zeigt sich daran, daß den Kollegen zur Reinigung und Pflege der Maschinen keine Zeit gegeben wird, das zeigt sich daran, daß defekte Maschinen nur notdürftig repariert werden usw. usw.

Die Luft stinkt nicht nur in der Gießerei, sondern im gesamten Betrieb.

Die äußerst schlechte Belüftung des Betriebes führt bei uns allen zu Ermüdungserscheinungen. Mit verminderter Aufmerksamkeit sind wir der Arbeitshetze ausgesetzt. Nur hier sind die Gründe der vielen Krankheiten und der Arbeitsunfälle zu suchen – Frührentner sind ihre Ergebnisse!

Während die durchschnittliche Krankheitsquote bei 6 % liegt, beträgt sie bei Stephan 9 %. Nur der Kapitalist Stephan ist verantwortlich für diese Zustände. Er löst sie auf seine Art: Kranke Kollegen fliegen raus!

Jetzt ist es an der Zeit anzufangen, diese Verhältnisse breit im Betrieb zu besprechen und dagegen aufzutreten – wie es die Kollegen in der Gießerei tun.

Betriebszelle Stephan

– wie es die Kollegen in der Gießerei tun.

Betriebszelle Stephan



Die Arbeitsbedingungen im neuen Mannheimer OP-Trakt sind katastrophal

Die Arbeitsbedingungen im neuen Mannheimer OP-Trakt sind katastrophal

Bahnunglück vor Gericht

DIE BUNDESBAHNLEITUNG MUSS AUF DIE ANKLAGEBANK

Essen. Wegen fahrlässiger Tötung stand der Schrankenwärter Heinrich Scheuern vor dem Essener Landgericht. Viele seiner Kollegen waren gekommen, um den Prozeß zu verfolgen. Nicht nur ihnen war sehr bald klar: Hier hätte nicht der Bahnwärter, sondern seine Vorgesetzten bei der Deutschen Bundesbahn auf die Anklagebank gehört.

Das war passiert: Am 14.September 1973 gegen 21.05 Uhr wurden dem Schrankenwärter – das ergab sich aus den Aussagen seiner Kollegen – an seinem Übergang in Altenessen Rahmstraße kurz hintereinander zwei Züge gemeldet. Einen trug er ordnungsgemäß in sein Buch ein und schloß rechtzeitig die Schranke. Doch an die zweite Meldung konnte und kann sich Heinrich Scheuern nicht erinnern. So öffnete er die Schranke zu früh, ein Personenwagen wurde vom Zug erfaßt, zwei Frauen und vier Kinder wurden getötet.

Doch was auf den ersten Blick wie menschliches Versagen eines einzelnen aussah, war in Wirklichkeit ein Versagen der ganzen Institution Bundesbahn. Schon in der Vergangenheit hatten sich an diesem Bahnübergang Unfälle ereignet, von denen einer – vor knapp zwei Jahren – zwei Todesopfer forderte. Bereits seit 1966 hatten die Schrankenwärter deshalb einen "Zugmelder" für diesen Übergang verlangt, mit dem jeder nahende Zug durch eine Sirene im Wärterhäuschen angekündigt werden sollte. Nach dem letzten Unfall – 1972 – war diese Forderung erneut und verstärkt gestellt worden – drei Wochen vor dem neuen Unfall wurde sie von der Bundesbahn abgelehnt. Begründung: Die Anlage sei zu teuer. Nach Auskunft von Heinrich Scheuern hätte sie etwa 20 000 DM gekostet. Das war der Bundesbahn die Sicherheit von Menschen nicht wert. Heinrich Scheuern dazu: "Millionen werden für die Herstellung immer schnellerer Züge ausgegeben, für Sicherheit gibt es nichts. Für uns gelten die Verordnungen von 1880 – und das bei den modernen Zügen!"

Über 100 Züge passieren während einer Acht-Stunden-Schicht den Übergang – das macht im Schnitt alle vier Minuten ein Zug. Der Schrankenwärter muß das Telefon bedienen, die Zeiten im Buch vermerken, die Schranken öffnen und schließen, Heinrich Scheuern: "Wir haben nicht einmal Zeit, ein Butterbrot zwischendurch zu essen!"

Aber nicht nur das Hetztempo macht die Arbeit der Schrankenwärter kaum erträglich: Sie werden auch mangelhaft in ihre Tätigkeit eingeführt. Für Notfälle gibt es außer der allgemeinen Öffnungs- und den vier Schrankentasten noch einen zusätzlichen Knopf. Doch wie der funktionierte, konnte bei der Verhandlung nicht geklärt werden: Der Sachverständige – stets bemüht, das Versagen von der Bundesbahn auf den einzelnen abzuwälzen – behauptete, im Notfall müsse allein die Nottaste gedrückt werden. Doch Heinrich Scheuern und seine anwesenden Kollegen wußten es anders: Bei der Einführung hatte man ihnen gesagt, außer dem Notknopf müßten auch noch die Tasten für alle vier Schranken gedrückt werden. Ausprobieren durften die Wärter den Knopf nie – das war besonderen Prüfern vorbehalten. So gut informiert die Bundesbahn ihre Bediensteten über so eine wichtige Einrichtung. Heinrich Scheuern drückte alle Knöpfe, als er den Zug plötzlich herankommen sah. Doch sie versagten. Das war kein Einzelfall. Sein Verteidiger nannte eine ganze Liste von Vorfällen an diesem Übergang, über die im Personalrat gesprochen worden war: Knöpfe versagten, Schranken schlossen oder öffneten sich nicht richtig, Stromausfall, schlechte Funkverbindung. Doch die Bundesbahn tat nichts.

Die Schuld aber blieb wieder einmal auf dem einzelnen hängen: Heinrich Scheuern erhielt sechs Monate Freiheitsstrafe, die zwei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Doch was die Schrankenwärter jahrelang erfolglos gefordert hatten, nämlich den Einbau von Sicherheitsanlagen, erzwang sich die Altenessener Bevölkerung: Nach dem Unfall besetzte sie 30 Stunden lang den Bahnübergang. Inzwischen wurde der geforderte Vormelder eingebaut und ein Signal, das die Züge anhält, wenn die Schranken nicht geschlossen sind. Insgesamt acht Menschen mußten sterben und dreißig Stunden lang mußte der Übergang besetzt werden – dann erst entschloß sich die Bundesbahn, auch für die Sicherheit mal etwas zu tun.

E.B., Stadtteilzelle Katernberg der Kommunistischen Gruppe Essen Sympathisanten des KBW

Gasexplosion: Unternehmerkommission findet keinen Grund

Gasexplosion: Unternehmerkommission findet keinen Grund

Dortmund. Am Mittwoch war auf der Kokerei Gneisenau eine Gasexplosion, die 2 Tote und 14 Verletzte forderte. In der Belegschaft geht das Gerücht herum, daß im Maschinenraum, wo die Explosion stattfand, geschweißt wurde, ohne daß das Gas abgestellt wurde. Von der Betriebsleitung wurde eine Kommission eingerichtet, die die Gründe des Unfalls klären soll. Bisher hat die Kommission nichts rausgekriegt. Das ist auch nicht verwunderlich, denn wie soll ein Mitglied der Geschäftsleitung feststellen, daß die Geschäftsleitung schuld ist an einem Unfall. Deswegen müssen solche Kommissionen nicht von der Geschäftsleitung gebildet werden, sondern vom Betriebsrat und von der Belegschaft, die ein berechtigtes Interesse daran haben, solche Unfälle aufzudecken, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und nächstens solche Unfälle zu verhindern.

Bergbauzelle Dortmund

Neuer Operations-Trakt

IMMER NEUE MISSTÄNDE KOMMEN ANS LICHT – KOLLEGEN SIND EMPÖRT

Mannheim. In den Städtischen Krankenanstalten Mannheim wurde ein neuer OP-Trakt gebaut. "Neu, schöner, besser – das modernste, was es je gab", so tönen die bürgerlichen Zeitungen im Umkreis, wie auch der Mannheimer Morgen am 22.3.1974: "Mit dem neuen OP-Trakt sind viele Probleme der Krankenversorgung auf eine neuzeitliche Weise gelöst und zugleich dringend benötigte Arbeitsräume für Lehre und Forschung neu gewonnen worden."

Mittlerweile ist das vielgelobte OP-Zentrum in Betrieb. Die Kollegen, die jetzt dort arbeiten, können ein Lied singen von den Mißständen, der Verplanung, den unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Und jeden Tag wird dieses Lied um eine Strophe länger, denn jeden Tag kommen neue Mißstände ans Licht.

Beispiel 1: Röntgenabteilung

Da gibt es keinen Anmeldeschalter, wo die Pflegekräfte die Patienten zum Röntgen anmelden können. Die Kollegen müssen direkt in den Röntgenraum hinein. Wenn sie Glück haben, wird gerade nicht geröngt, haben sie Pech, sind sie halt gezwungen, sich den schädlichen Röntgenstrahlen auszusetzen.

Beispiel 2: Bettenzentrale

In dieser Bettenzentrale werden alle Betten der Chirurgie gereinigt und desinfiziert und anschließend wieder auf die Stationen zurückgebracht. Daß es dort nicht gerade sauber ist, ist völlig normal. Es ist aber nicht normal, wenn die Kollegen, die dort arbeiten, keinen Pausenraum haben, sondern ihr Butterbrot inmitten der dreckigen Betten essen müssen. Die Kollegen, denen nicht schon von Anfang an der Appetit vergangen ist, werden spätestens dann auf das Frühstück verzichten, wenn sie zum ersten Mal krank geworden sind.

Beispiel 3: Blutbank

In der Blutbank werden Blutkreuzungen gemacht, um zu prüfen, ob sich das Spenderblut mit dem Empfängerblut verträgt, außerdem werden die Blutgruppen kontrolliert. Die Blutbank im neuen OP-Trakt wurde vor 3 Jahren geplant, man ging damals aus von ca. 30 Blutkreuzungen pro Tag. Demnach wurden 2 Arbeitsplätze eingeplant. Mittlerweile werden aber nicht nur 30 Blutkreuzungen gemacht, sondern durchschnittlich 120. Es arbeiten dann also bis zu 6 Kollegen auf 16 qm. Daß es dabei bei großem Arbeitsanfall auch mal zu Verwechslungen kommen kann, ist unter solch engen Bedingungen fast unvermeidlich. Den Schaden tragen dann die Patienten, da solche Verwechslungen zum Tod führen können, aber auch die Kollegen im Labor, die dafür verantwortlich gemacht werden.

Beispiel 4: Wachstation

Dort hat es einen Umkleideraum von 4 qm, in dem 14 Spinde stehen. Es bleiben dann noch 1,5 qm Platz zum Umziehen für 14 Personen! Die beiden Wachräume der Wachstation liegen jeder an einem anderen Ende vom Flur. Dazwischen liegen die Patientenzimmer einer Normalstation. Wenn es also mal schnell gehen muß, und das kommt ja auf einer Wachstation mit schwerkranken Patienten nicht gerade selten vor, muß man, um z. B. das Beamtmungsgerät zu holen, den ganzen Flur runter rennen in den anderen Wachraum.

Beispiel 5: Innenhof

Da der OP-Trakt mit 4 Etagen nicht in die Höhe, sondern in die Breite gebaut wurde, haben fast alle Kollegen unter künstlichem Licht zu arbeiten. Nach 5 Stunden tränen und brennen einem meist die Augen und die Kollegen bekommen Kopfschmerzen. Um wenigstens den "Halbgöttern in Weiß" das künstliche Licht zu ersparen, wurde ein Innenhof angelegt. Dort hinaus gehen die Fenster der Büros und Dienstzimmer der Ärzte. Dieser Innenhof wurde gleichzeitig als Parkplatz gedacht. Vor einer Woche jedoch wurde dieser Parkplatz gesperrt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Klimaanlage in den Innenhof mündet und dann natürlich alle giftigen Abgase der Autos durch die Klimaanlage direkt in das OP-Zentrum geleitet werden. Jetzt sollen dort die Krankengymnastinnen mit den Patienten turnen – auf Betonboden.

Natürlich wurde nicht alles so eng und beschränkt gebaut wie die Umkleide- und Pausenräume der Kollegen. Andere Räume plante und baute die Stadt sehr viel großzügiger, wie z. B. die Arbeitsräume des Chefanästesisten Prof.Lutz, die verschiedenen Dienstzimmer der Ärzte. Und das preist die bürgerliche Presse dann als "dringend benötigte Arbeitsräume für Lehre und Forschung".

Den OP-Trakt haben nur solche Leute geplant, die nie darin arbeiten müssen. Die Kollegen, die tagtäglich darin arbeiten, die jetzt unter dem künstlichen Licht leiden müssen, wurden nie gefragt. Und wenn sie trotzdem Vorschläge machten, wurde einfach darüber hinweggegangen.

Die Stadt versucht, diesen OP-Trakt als Fortschritt zu verkaufen. Das wird sie sicher auch im Frühjahr 1975 bei den Kommunalwahlen machen. Doch die Kollegen der Städtischen Krankenanstalten werden dies verhindern. Sie werden aufklären über die Mißstände, über die unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Bei den Kommunalwahlen wird die Bevölkerung das OP-Zentrum nicht als Fortschritt, als Pluspunkt für die bürgerlichen Parteien werten, sondern sie wird das OP-Zentrum einreihen in die Prestigebauten der Stadt, die von unseren Steuergeldern gebaut werden, aber der Bevölkerung keinen Deut nützen.

uk

Post - Eilzustellung

Neu-Isenburg. Die Arbeitsbedingungen der Eilboten im neuen Betriebsamt sind äußerst schlecht. Jeden Morgen muß der Haupteilbote ca. 80 Eilbriefe ausfahren. Dazu kommen noch ca. 10 bis 15 Telegramme. Dafür hat er insgesamt drei Stunden Zeit.

Wenn er also alle Eilbriefe und Telegramme wegfahren will, ist er gezwungen, äußerst schnell zu fahren. Dabei wird das Unfallrisiko ungeheuer erhöht. Wird er beim zu schnellen Fahren erwischt, muß er das Bußgeld aus eigener Tasche bezahlen; genau wie er sich auch für jeden Unfall verantworten muß, d. h. wenn er Schuld hat, muß er den am Postkraftfahrzeug entstandenen Schaden selbst bezahlen. Wenn er aber alle Vorschriften einhält, bleibt ein Teil der Post liegen. Der Haupteilbote vom Nachmittag hat dann zu seiner Arbeit noch zusätzlich die Briefe vom Morgen. Dabei muß er seine Arbeit unter den selben Bedingungen machen wie sein Kollege (nachmittags muß er sogar noch die Schnellpakete zustellen). Dazu kommt noch, daß man kaum geregelte Mahlzeiten einnehmen kann und keinen regelmäßigen Schlaf hat, wegen des ständigen Wechseldienstes (der frühste beginnt um 4.05 Uhr, der späteste endet um 22.45).

Aber das allein genügt nicht: man wird auch noch von vorn bis hinten bespitzelt. Der Vertreter des Betriebsleiters, Kolb, rennt den ganzen Tag herum und kontrolliert, ob man seine Arbeit korrekt macht, den Dienstplan auf die Minute genau einhält und besitzt obendrein noch die Frechheit zu behaupten, wir hätten nichts zu tun. Ja, er ist sogar mächtig genug, sich über den vom Personalrat genehmigten Dienstplan hinwegzusetzen und die Kollegen (meistens die, die noch angelernt werden) für solche Arbeiten einzuteilen, wo gerade Leute fehlen, z. B. im Briefabgang, wo die ausgehende Post gestempelt wird. Abends, wenn die Kästen geleert und die Abholfahrten gemacht werden, fällt hier unheimlich viel Arbeit an. Die Frauen, die hier arbeiten, müssen ungeheuer hetzen, damit sie rechtzeitig Feierabend haben um 21 Uhr. Manchmal müssen sie auch länger machen, wenn noch mehr Post da ist, ohne Überstunden bezahlt zu bekommen. Beschwert man sich darüber, zu dieser Arbeit eingeteilt zu werden, bekommt man zu hören: "Wenn ich Aufsicht habe, bestimme ich!" Man darf sich auch nicht weigern, diese Arbeit zu übernehmen, denn Arbeitsverweigerung ist ein Entlassungsgrund. Beschweren kann man sich hinterher, beim Personalrat, wenn er mal da ist.

Und dann kommen noch unsere Politiker daher und wollen drastische Rationalisierungsmaßnahmen einleiten und unsere Rechte, die im öffentlichen Dienst sowieso schon eingeschränkt sind, noch mehr einschränken (Genscher-Thesen: z. B. völlige Abschaffung des Streikrechts). Es wird Zeit, daß solchen Amtsleitern das Handwerk gelegt wird und den Politikern, die "unsere Interessen" vertreten, gleich mit.

Gb

„Ich will mich umschulen lassen"

ERFAHRUNGEN EINES ANGELERNTEN OFFSETDRUCKERS

Ich bin angelernter Kleinoffsetdrucker, d.h. Hilfsarbeiter. Hilfsarbeiter sein heißt: weniger verdienen, einen unsicheren Arbeitsplatz haben. Deshalb habe ich beim Arbeitsamt einen Antrag auf Umschulung zum Offsetdrucker gestellt.

Nachdem ich über eine Stunde gewartet habe, wird mir eröffnet, man könne mir nur einen Termin sagen. Dieser war eineinhalb Monate später. Offensichtlich herrscht auch beim Arbeitsamt Personalmangel. Die Kollegin, die mir den Termin gab, war in Ordnung; sie gab trotz weniger Zeit noch einige Informationen und Ratschläge, die mich wieder etwas aufrichteten. Denn für mich waren die 6 Wochen ein Schlag ins Gesicht und ich hatte vorher erst nach langem Zögern diesen Schritt getan.

DER BERATUNGSTERMIN

Der Kollege, der nur einige Fragen nach meiner Berufserfahrung und nach den Wünschen fragte, zählte erst mal die Bedingungen für eine Umschulung auf:

1. Drei Jahre Berufstätigkeit.
2. Einwilligung zu einem Eignungstest.
3. Eignungstest.
4. Einen Umschulungsvertrag bei einer Firma.
5. Bewilligung von der Industrie- und Handelskammer.
6. Antrag auf Unterstützung der Umschulung beim Arbeitsamt stellen.

Daß diese ganze Latte von Bedingungen einen nicht gerade optimistisch stimmt, dürfte jedem klar sein. Die Angst vor der Umschulung wird nicht beseitigt, sie wird noch größer. Nachdem 15 Minuten Beratung erfolgt sind, werde ich verabschiedet, und es wird versprochen, daß ein Termin für den Eignungstest schnellstens besorgt wird. Nun darf ich warten. Ein Monat, zwei Monate. Ich rufe an und frage nach. Drei Monate, dreieinhalb Monate, dann endlich kommt der Bescheid. In 6 Wochen ist der Test. 5 Monate sind nun vergangen nach meinem ersten Besuch. Zweimal habe ich mir einen halben Tag frei genommen, mehrere Telefongespräche geführt. Nun, nach 5 Monaten, mache ich endlich den Eignungstest.

scheid. In 6 Wochen ist der Test. 5 Monate sind nun vergangen nach meinem ersten Besuch. Zweimal habe ich mir einen halben Tag frei genommen, mehrere Telefongespräche geführt. Nun, nach 5 Monaten, mache ich endlich den Eignungstest.

DER TEST

Es beginnt morgens früh um 8 Uhr. Mit mir sind noch acht andere gekommen. Vier Schulentlassene, zwei, die ihre Lehre abgebrochen haben, und zwei ältere Kollegen. In dem Raum mit Schulbänken herrscht knisternde Stille. Drei Tester kommen. Jeder bekommt Papier, Bleistift, einen Filzstift und einen Kugelschreiber. Als erstes schreiben wir einen Lebenslauf, der mit dem Berufswunsch und einer Begründung dafür enden soll. Ein Kollege und ich sind als erste fertig. Die Schulentlassenen sind sehr unsicher; der älteste Kollege, etwa 40 bis 45 Jahre alt, fängt an und schwitzt. Es ist zwar nicht warm, aber er hat seine guten Gründe, zu schwitzen; er hat Angst. Überhaupt, Angst ist das, was uns während dieser Stunden alle gleich macht. Angst, ob wir durchkommen. Als nächstes gehen wir Bogen durch, auf denen Wörter stehen, die wir nach Fehlern anstreichen. Dann zählen wir reihenweise Zahlen zusammen. Natürlich immer nach der Stoppuhr. Und diese Stoppuhr vergrößert den Druck, der Druck macht noch mehr Angst. Jetzt gehen wir Buchstabenreihen durch und kreuzen immer die nicht dazugehörenden an. Unser Wortschatz wird geprüft, unser Sehvermögen. Dann die Empfindungen von Körpern usw. Wir bekommen Prüfungsfragen zur Mechanik vorgelegt. Nochmals Rechnen, und so kommt ein Bogen nach dem anderen. Zuletzt bekommen wir einen Bogen mit ganz sonderbaren Fragen vorgelegt. So zum Beispiel: Bist du wutanfällig, freundlich, öfter mal traurig? Grübelst du nach? usw. All solche unheimlich persönliche Fragen sind dann der Punkt auf dem i. Der Witz an der Sache ist: Es sind viele Fangfragen drin, um einen reinzulegen. So tauchen bei den über 20 Fragen mindestens dreimal die selben Fragen, nur in anderer Form, auf. Zum Beispiel:

1. Bist du manchmal wütend? – Hast du oft eine Wut im Bauch? – Regt es dich auf, wenn du etwas tun mußt, was dir nicht gefällt?
2. Bist du sehr gesellschaftlich? Findest du Kontakt auf Partys? Kannst du auf der Straße jemanden einfach

1. Bist du manchmal wütend? – Hast du oft eine Wut im Bauch? – Regt es dich auf, wenn du etwas tun mußt, was dir nicht gefällt?
2. Bist du sehr gesellschaftlich? Findest du Kontakt auf Partys? Kannst du auf der Straße jemanden einfach

nach der Uhrzeit fragen?

Dann war endlich Schluß. Nun mußten wir noch warten. Derjenige, der zuerst drankam, eineinhalb Stunden, die anderen bis zu drei Stunden. Ich war dazwischen. Nun wurde mit einem das Testergebnis "besprochen", d.h. es wurde einem gesagt, ob man geeignet ist oder nicht.

WAS IST NUN VON SOLCH EINEM TEST ZU HALTEN?

Meiner Ansicht nach nicht viel. Erstens: Fähigkeiten kann man wohl kaum auf diese Art in 6 Stunden feststellen. Allein die Angst, die man als Testperson hat, beeinflußt und verzerrt total das Bild. Zweitens: Das Entscheidende, um Fähigkeiten festzustellen, ist die Praxis. Wie kann ich aber für Chemie Interesse und Fähigkeiten entwickeln, wenn ich damit nie in Berührung kam? Drittens: Der Test prüft nicht Fähigkeiten für einen besonderen Beruf, sondern bietet jederzeit die Möglichkeit, einem Fähigkeiten zuzutesten. Wenn viele Schlosser gesucht werden, haben halt viele Fähigkeiten zum Schlosser usw. Von solchen Tests ist also wirklich nichts zu erhoffen, außer, daß sie als Aussortier- und Zuteilmittel benutzt werden können. Außerdem vergrößern sie noch zusätzlich bei den Betroffenen das Gefühl der Machtlosigkeit, denn von Psychologie und solch einem Zeug haben wir keine Ahnung. Ich persönlich bestand zwar den Test, kann damit nur leider überhaupt nichts anfangen. Bei über 20 Firmen habe ich mich als Umschüler beworben; alle haben abgelehnt. Das Arbeitsamt hat seine Pflicht getan – geholfen wurde mir bis jetzt nicht. Den Schluß, den man daraus ziehen muß, ist: Das Arbeitsamt muß in unsere Hände. Das ist die einzige Möglichkeit, die Bürokratie dort abzuschaffen, Personalstellen richtig zu besetzen, Kollegen dort zu beschäftigen, die einem wirklich weiterhelfen. Weiter auch zum Beispiel, umDruck auszuüben, daß die Kapitalisten Umschüler übernehmen. Das Programm des KBW gibt die Antwort auf mein Problem.

– R.K. –

die einem wirklich weiterhelfen. Weiter auch zum Beispiel, umDruck auszuüben, daß die Kapitalisten Umschüler übernehmen. Das Programm des KBW gibt die Antwort auf mein Problem.

– R.K. –

Schwangere erlitt Unfall

ARBEITSTEMPO BEI DETEWE ENORM HOCHGESCHRAUBT

Bei den Deutschen Telephon Werken in Westberlin wurde das Arbeitstempo enorm hochgeschraubt, seit 3 Monaten wird kurzgearbeitet und im Herbst sollen Massenentlassungen anlaufen.

In einem Werk der AEG wird seit dem 1. Juli kurzgearbeitet, in den anderen Werken stehen große Umverlagerungen und Rationalisierungen für den Herbst bevor; bei Osram sollen in den nächsten Monaten über 100 Arbeiter entlassen werden und bei SEL etwa 600 Arbeiter und dazu noch mehrere Abteilungsschließungen.

Bei DeTeWe wird seit 3 Monaten kurz gearbeitet, 3 oder 4 Tage in der Woche, was im Durchschnitt 150 bis 200 DM Lohneinbuße heißt.

Zu 75 % arbeitet DeTeWe für die Post. Die Post hat die Aufträge für dieses ganze Jahr drastisch gekürzt, der Markt für Nachrichtengüter ist übervoll und außerdem noch längst aufgeteilt unter den Riesen im Elektrogeschäft Siemens und ITT.

Für die DeTeWe-Kapitalisten sieht die Lage so aus: entweder kaputt gehen und von einem der beiden Elektroriesen gefressen werden oder sich gleich einem der beiden unterordnen.

Egal welcher Weg eingeschlagen wird, auf dem Rücken der Arbeiter wird er ausgetragen. Die DeTeWe-Kapitalisten haben sich für den zweiten Weg entschieden. Die Folge davon: Siemens Aufträge kommen ins Haus, mehrere Abteilungen arbeiten schon mit diesen Aufträgen, über den Sommer sollen alle Abteilungen langsam auf diese Aufträge kommen.

Wer die Siemenskalkulationen kennt, weiß, was das heißt: zum Pissen, Zigaretten rauchen, gibts keine Zeit mehr und wenn du den ganzen Tag rangeklotzt hast, kommst du nicht mal auf die 100 % im Akkord. Keine Seltenheit ist es also, daß Kollegen über dieser Arbeit zusammengebrochen sind und vielfach mit 3 DM netto in der Stunde abends nach Hause gehen, an Arbeitsplätzen, wo vor einem halben Jahr noch 6 bis 7 DM im Akkord verdient wurde. Quasi als Urlaubszulage wurde dann noch kurz vor Beginn der Ferienzeit die jährliche "Erfolgsbeteiligung" drastisch gekürzt, in der Regel um über 300 DM.

So sieht die Lage aus und die Kollegen wissen, daß es ein schweres Gefecht wird. Die Abteilungen, die schon nach Siemenskalkulationen arbeiten, haben dies schon erfahren müssen, als einzelne eine Forderung nach abgesichertem Mindestlohn stellten. Die Geschäftsleitung reagierte darauf schnell. "Die Belegschaft verdient heute zuviel, um auf dem Markt überhaupt konkurrenzfähig zu sein. Wenn das Lohngefüge bei DeTeWe nicht gesenkt wird, bringt DeTeWe nicht genügend Gewinn ein, aber DeTeWe muß genausoviel Gewinn machen, wie die anderen Firmen, sonst müssen wir die ganze Firma schließen. Deshalb muß der Lohn gesenkt werden." Wie weit die Kapitalisten dabei vorgehen, zeigt folgender Bericht:

Eine Kollegin aus dem Rahmenbau, die im vierten Monat schwanger ist, sollte noch gezwungen werden, Akkord zu arbeiten. Auf den Protest der Kollegin und ihrer Weigerung hin, bekam sie schwere Apparate zum Löten als Arbeit. Diese Apparate mußte sie selber auf ihren Arbeitsplatz schaffen. Es passierte ein Unfall, ein Apparat fiel ihr auf den Bauch, sie mußte sofort ins Krankenhaus eingeliefert werden und das Kind mußte wegen innerer Quetschungen rausoperiert werden. Darauf wurde sie weiter krankgeschrieben, da sie schwach war. Nach dem Ende der Krankschreibung beantragte die Kollegin Tarifurlaub, darauf wurde ihr dann wegen "zu häufiger Fehlzeiten" gekündigt.

S.R., DeTeWe-Zelle/T.W.

Wildwestklos bei Leitz

Wetzlar. Im Altbau bei Leitz und im Hausertorwerk herrschen auf den Toiletten abenteuerliche Zustände.

Wildwestklos bei Leitz

Wetzlar. Im Altbau bei Leitz und im Hausertorwerk herrschen auf den Toiletten abenteuerliche Zustände.

Von den Decken hängen dicke Nikotinfäden, Waschbecken sind keine vorhanden, Türen nicht abschließbar usw. Dafür kann man sich seine Toiletten zum Teil noch selbst zusammenbauen – vorausgesetzt, man findet die fehlende Klobrille.

Wer meint, in diesen Klos sehe es schweinemäßig aus, kann sich trösten: in den dazugehörigen Abteilungen ist es auch nicht viel besser. Da dürfen sich 70 Mann ein Waschbecken teilen, Seife und Handtücher von zu Hause mitbringen usw. Die Weltfirma Leitz hat zudem noch ein besonderes Problem: die Kakerlaken. Kein Frühstücksbrot ist vor ihnen sicher, es sei denn, man hängt es an einem Bindfaden auf. Füllt man z. B. am Feierabend eine Schüssel mit Öl und setzt in die Mitte ein Stückchen Fleisch, dann sieht man am nächsten Morgen vor lauter Kakerlaken kein Öl mehr.

Diese Mißstände sind bald so alt wie die Firma selbst. Trotzdem wollen sich die Arbeiter nicht damit zufriedengeben und fordern menschenwürdige sanitäre Einrichtungen. Daraufhin hat der Betriebsrat eine "Begehung" gemacht und die Hälfte der Männerklos für "gut" befunden. (Die Frauentoiletten wurden erst gar nicht untersucht, weil eine Betriebsrätin nicht anwesend war.) Nach diesem Ergebnis hätte zumindest die andere Hälfte "schlecht" sein und ausgebessert werden müssen. Bis heute ist aber überhaupt keine Toilette ausgebessert worden.

Dafür hat die Firma jetzt die Initiative ergriffen. Um Geld zu sparen, werden alle Abteilungen nur noch einmal die Woche gereinigt. Im Werk Taubenstein wurden die Desinfektionsreinigungen in den Duschräumen ganz gestrichen. Wer bisher schon auf naß kalten Toilettenbecken sitzen mußte, kommt in Zukunft also noch in den Genuß verunreinigter Umkleideräume. Wie man sieht, sorgt die Firma Leitz dafür, daß die Arbeiter neben der Lohntüte auch Hämorrhiden und Fußpilz nach Hause tragen.

M.R.

Deutsche Schiffe unter billiger Flagge

DIE REEDER UNTERLAUFEN DIE TARIF– UND SOZIALBESTIMMUNGEN

Die "christliche Seefahrt" der Bundesrepublik fährt ihren Reedern jedes Jahr Millionengewinne ein. Während aber die Gesamt-Tonnage der BRD-Flotte steigt, werden bundesdeutsche Seeleute arbeitslos. Gelernte Matrosen und Bootsleute, die eine Facharbeiterausbildung für ihren Beruf vorweisen können, suchen an Land eine Beschäftigung als ungelernte Arbeiter; Schulabgänger der Seefahrtschule in Lübeck finden kein Schiff, auf dem sie als nautischer Offizier arbeiten können, und altgediente Kapitäne, deren Schiff "ausgeflaggt" wurde, dürfen mit 50 wieder als 3. Offizier fahren.

Verglichen mit den Arbeits- und Lebensbedingungen bei anderen kapitalistischen Reedereien ist die Situation in der **offiziellen** bundesdeutschen Handelsflotte durch weitgehende soziale Zugeständnisse der Reeder gekennzeichnet, die ihnen in den vergangenen Jahren in gewerkschaftlichem Kampf abgerungen worden sind: 3 Monate Jahresurlaub als Ausgleich für die während der übrigen 9 Monate nicht arbeitsfreien Wochenenden; strenge Vorschriften über die Sicherheit an Bord (kaum ein Arbeitsplatz ist so unfallträchtig wie der auf einem im Seegang rollenden Schiff); Vorschriften über die Mindestbesatzung auch bei vollautomatisierten Schiffen, über den Ausbildungsgang der nautischen Offiziere usw.

Diese Vorschriften gelten jedoch nur für Schiffe, die die Flagge der BRD führen. Von der **tatsächlichen** Flotte der BRD sind diese Schiffe aber nur ein Teil, und dieser Teil wird von Jahr zu Jahr geringer. Immer mehr Schiffe westdeutscher Reeder werden "ausgeflaggt", d. h., sie werden in ausländischen Häfen registriert, führen nicht mehr die deutsche Flagge und unterliegen damit nicht mehr den deutschen Bestimmungen.

Die **Besatzungen** dieser Schiffe sind den deutschen Reedern schutzlos ausgeliefert: Es gibt keine Betriebs- bzw. Personalvertretungen; die mit der ÖTV abgeschlossenen Heuer-Verträge haben keine Gültigkeit; die Sicherheit an Bord richtet sich nach den – immer sehr viel schlechteren – Vorschriften des registrierenden Auslands.

Weil deutsche Seeleute lieber an Land eine ungelernte Arbeit annehmen, für die es wenigstens Tarifverträge gibt, als ihre Haut ohne Recht und Gesetz an den ins Ausland geflohenen deutschen Reeder zu verkaufen, beuten die deutschen Reederei-Kapitalisten immer mehr ausländische Kollegen aus, die in ihrer Heimat keine Arbeit finden und die deshalb nehmen müssen, was der deutsche Kapitalist ihnen bietet.

Welches Ausmaß die Suche nach besseren Ausbeutungsmöglichkeiten in der Schiffahrt schon angenommen hat, kann ermessen, wer einmal einige Stunden den Seeverkehr im Hamburger Hafen oder an den Schleusen des Nord-Ostsee-Kanals beobachtet hat: Kümos (Küstenmotorschiffe, geeignet für den Verkehr in Küstengewässern wie Nord- und Ostsee), an deren Reling schwarze Seeleute stehen, und deren Heimathafen Famagusta auf Zypern ist, tragen unübersehbar deutsche Namen wie "Brise II" oder "Jürgen". Ein Ausflugsdampfer, der zwischen Kappeln an der Schlei und Sonderburg in Dänemark täglich zollfrei die Schnapsflaschen für die Sommerurlauber öffnet und nie den Atlantik überqueren wird, hat den Heimathafen Panama. Am ersten Tanker, der bei Howaldt/Kiel für den von der SPD/FDP-Regierung groß angekündigten staatlichen Erdölkonzern Gelsenberg AG vom Stapel gelaufen ist, steht als Heimathafen Monrovia in Liberia.

Während die SPD öffentlich das Ausflaggen durch die Reeder bedauert und Gesetze ankündigt, die das Ausflaggen von Neubauten für einige Jahre verbieten sollen, zeigt sich mit dem Gelsenberg-Neubau, wie ernst sie es wirklich damit meint. Doch auch ein solches Gesetz ändert nichts an der Lage der westdeutschen Seeleute: Ausgeflaggt werden sowieso bevorzugt ältere Schiffe, bei denen die Reeder für die Erhaltung der Arbeitsplatzsicherheit mehr Geld ausgeben müßten.

OETKERS BANANENSCHIFFE BEZAHLT DIE BUNDESWEHR

Ein Verfahren, trotz deutscher Flagge am Heck in den Genuß riesiger Profite zu gelangen, hat die – jetzt zu Oetker gehörende – Hamburg-Süd-Reederei angewandt. Ihre schneeweißen Bananen-Kühlschiffe der "Cap San"-Serie, die zu den schnellsten Handelsschiffen der Welt gehören, sind nahezu vollständig von den Steuern des arbeitenden Volkes finanziert; denn sie sind als Hilfskreuzer entworfen und deshalb vom "Verteidigungsministerium" subventioniert worden. Obwohl sie bereits schneller laufen als fast alle Handelsschiffe, sind in ihnen noch zusätzliche Maschinen installiert, die den Schiffen "im Einsatzfall" noch größere Geschwindigkeiten geben sollen. Auch Geschütztürme können in kürzester Zeit eingebaut werden: Die Fundamente mit allen Bohrungen und Gewinden sind bereits vorhanden. Wegen ihrer möglichen militärischen Verwendung gehören diese Schiffe zu den wenigen, von denen man mit Sicherheit sagen kann, daß sie nicht in den kommenden Jahren ausgeflaggt oder verkauft und wieder gechartert werden.

Abfindungen werden vom Arbeitslosengeld abgezogen

Mit Abfindungen wurden bei Opel und VW mehrere tausend Arbeiter dazu gebracht, von sich aus zu kündigen. Die jeweiligen Betriebsräte unterstützten diese Massenentlassungen und lobten die Maßnahmen der Geschäftsleitungen über den grünen Klee. Die Abfindung wird vom Arbeitsamt als Lohn- und Gehaltsersatz auf Zeit bezeichnet. In dieser Zeit, die der Kündigungsfrist entspricht, wird kein Arbeitslosengeld gezahlt, für Arbeiter über 4 Wochen nicht, bei Angestellten und älteren Kollegen, mit längeren Kündigungsfristen, erheblich länger. Die Kollegen müssen in dieser Zeit auch die Arbeitgeberbeiträge zur Renten- und Krankenkasse selbst bezahlen. Das wurde den Kollegen von den Geschäftsleitungen und den Betriebsräten nicht gesagt.

Opel: Betriebsversammlung

BETRIEBSRAT SPIELT DAS SPIEL DER GESCHÄFTSLEITUNG

Am 11. und 12.Juli fanden bei Opel Bochum Belegschaftsversammlungen statt. Sie standen ganz im Zeichen der Maßnahmen der Geschäftsleitung zum Abbau der Belegschaft.

Betriebsratsvorsitzender Perschke pries es nun als großen Erfolg, daß denjenigen, die freiwillig ihr Arbeitsverhältnis lösten, eine Abfindungsprämie gezahlt werden solle. Er sprach von einem Gesundschrumpfen der Belegschaft, wodurch Massenentlassungen vermieden werden könnten. Die Auswirkungen, die dieser Personalabbau auf die verbleibenden Kollegen hat, die nun noch mehr gehetzt werden, ließ er unerwähnt.

Er versuchte bewußt, die Rolle des Betriebsrates zu verschleiern, der nicht einmal seine gesetzlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft hatte, um die nach wie vor laufenden Kündigungen zu verhindern. Stattdessen griff er Flugblätter an, die vor dem Betrieb verteilt wurden. Darin habe etwas gestanden, daß jeden Monat 49 Kollegen entlassen würden. Diese Zahlen seien falsch, die höchste Zahl der monatlich entlassenen Kollegen betrage 49.

Demgegenüber wurde von Kollegen das Verhalten von Geschäftsleitung und Betriebsrat beim Personalabbau scharf angegriffen. Die Tatsache, daß so viele Kollegen das Abfindungsangebot angenommen hätten, wäre nur ein bezeichnendes Bild für das Arbeitsklima bei Opel. Nicht ohne Grund hätte hingegen keiner der Herren der Geschäftsleitung das Abfindungsangebot angenommen. Ihnen war es wohl noch nicht hoch genug. Bei den bisherigen Kündigungen habe die Geschäftsleitung bewußt versucht, die Ursachen für die Kündigungen zu verschleiern. Obwohl jedermann wüßte, daß die Kündigungen betriebsbedingt seien, versucht die Geschäftsleitung sie als personalbedingt hinzustellen. So wurden fast alle Kündigungen mit Fehlzeiten und Krankheit begründet. Der Betriebsrat habe das Spiel der Geschäftsleitung mitgemacht. Weil sich Kritik geregt habe, wolle man einen fortschrittlichen Betriebsrat aus der Personalkommission abwählen.

Die Kollegen ließen durch Beifalls- und Mißfallenskundgebungen klar erkennen, was sie von den einzelnen Rednern hielten. Das dürfte auch Perschke klar gezeigt haben, wieweit sein Ansehen bei den Kollegen gesunken ist.

T.R.

Kampf der Frauen um gleichen Lohn

ZUSCHRIFT EINER FRANKFURTER KOLLEGIN AUS DER DRUCKINDUSTRIE

Warum und wieso streiken unsere Frauen? Was haben sie bisher erreicht, was ist uns bekannt. z. B.: 1973: 80 Frankfurter Rundschau-Arbeiterinnen forderten gleichen Lohn. Erreicht haben sie die Einstufung aus der Lohngruppe III in die Lohngruppe V. Frankfurter Societätsdruckerei (Springerpresse): 35 Arbeiterinnen der Lohngruppe III wurden in die Lohngruppe IV eingestuft. Schlagzeilen machte der 3-Tage-Streik der 2 800 ausländischen Arbeiterinnen im Werk Pierburg bei Neuss (Metallbranche). Unter großen Schwierigkeiten forderten sie 1 DM mehr Lohn. Erreicht haben sie eine bessere Einstufung, aus der Lohngruppe II in die Lohngruppe III.

Daß die einen friedlich fordern konnten, aber die anderen wild streiken mußten, liegt mit an der gewerkschaftlichen Aufklärungspolitik, die die Probleme der Frauen (Einstufung in Lohngruppen) mehr verschleiert als bewußt macht.

Wir Frauen werden immer unzufriedener über die unzumutbare, langjährig bestehende Diskriminierung der Unterbezahlung. Es ist einfach unerträglich, daß es noch zwischen 30 und mehr verschiedene Gehalts- und Lohngruppen (einschließlich der Altersstaffelung sowie der Ortsklassen A und B für die Steuer) gibt. In dieses hierarchisches Lohnsystem werden Arbeiter und Angestellte kastenmäßig einsortiert und aufgespalten.

Hauptbenachteiligungen, von denen die Frauen am schärfsten betroffen werden:

1. Zu niedrige Tariflohneingruppierung

Da die Frauen in die untersten Lohngruppen eingestuft werden, verlieren sie (wie auch männliche Kollegen) jedes Jahr bei den prozentualen Lohnerhöhungen, die sich an der Lohngruppe IV (Facharbeiter) gleich 100 % orientieren. Am Beispiel des neuen Lohntarifvertrages der Druck- und Papierindustrie von 1974: Lohngruppe I erhielt 1974 ab 21 Jahre 6,05 DM = 71,5 %; II: 6,47 DM = 76,5 %; III: 6,89 DM = 81,5 %; IV: 7,19 = 85 %; V: 7,49 DM = 88,5 % und Facharbeiter, VI: 8,46 DM = 100 %. Aber vielen unserer Kollegen ist die Aufspaltung über die prozentuale Lohnerhöhung nicht bewußt. In Schwierigkeiten kann derjenige kommen, der die geforderte Qualifikation für den Arbeitsplatz aus Alters- oder Krankheitsgründen nicht mehr erbringt. Das kann eine Neubewertung und ein Abrutschen in niedrigere Lohngruppen zur Folge haben.

2. Ständiges Ausklammern der Frauen bei innerbetrieblichen Leistungszulagen

Höhere Leistungszulagen für einen Arbeiter führen außerdem zur direkten oder indirekten Leistungszulage der anderen. Die Arbeiter können sich daher also nur gegenseitig die Punkte abjagen oder sie insgesamt senken. Durch die Aufspaltung in Lohngruppen, prozentuale Lohnerhöhungen und Leistungszulagen ist die Kampfmoral der Arbeiter deshalb stark geschwächt. Dies ist ein Grund, weswegen jedes Jahr unsere gewählte Tarifkommission einen Kompromißhandel bei Lohntariferhöhungen von 8 bis 12 % eingeht, anstatt auf den zu Recht geforderten 15 % und mehr hartnäckig zu bestehen. Unsere Forderung muß sein: Streichung der unteren Lohngruppen. Begründung: In den meisten Fällen wird personenbezogen eingestuft und nicht der direkte Arbeitsplatz. Dieser hat sich in den letzten 20 Jahren vollständig verändert. Durch die stark zunehmende Vermehrung der Produktion und vielfache Automatisierung der dadurch entstandenen manuellen Tätigkeiten hat sich das ganze Arbeitsfeld kräftemäßig viel gleichmäßiger und auf alle verantwortungsvoller nicht mehr wie vorher auf einige einzelne bezogen, verlagert. An alten Zeiten hängender Zeitgenosse, laß dir sagen: in Artikel 3 des Grundgesetzes vom 23.4.1949 heißt es: Männer und Frauen sind gleichberechtigt, niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt werden. Außerdem gibts im Betriebsverfassungsgesetz ein Benachteiligungsverbot. – Und hier noch eine weitere Begründung: Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist ein Ergebnis von betrieblicher Zusammenarbeit von Arbeiterinnen und Arbeitern. In jedem Betrieb, in dem Arbeit unter die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen aufgeteilt ist, stellt das Produktionsergebnis eine kollektive Leistung dar. Erst durch die Zusammenarbeit schaffen wir die Voraussetzung zum Funktionieren der Produktion.

Ein weiterer Punkt: Kritik an den Tätigkeitsmerkmalen.

Kolleginnen und Kollegen, laßt euch nicht abschrecken von dem Tätigkeitsmerkmal der Lohngruppe IV "körperlich schwere Arbeiten". Hier hat ein schlauer gerissener Kopf, der in der Praxis steht, für Frauen einen trügerischen Schein, eine kaum überwindbare Tabusperre nach oben hin geschaffen. Die Formulierung bewirkt in jedem Fall, und das gleiche gilt für alle Industriebereiche, daß die Frauen überall dort, wo sie ihrer Meinung nach keine körperlich schwere Arbeit tun, in die Lohngruppe III eingestuft werden müssen. Lohngruppe III betrifft Arbeiten, die eine fachliche Einarbeitung und besondere Geschicklichkeit erfordern. Laßt die Lohngruppe IV links liegen, seht euch gleich die übernächste Lohngruppe an, pocht auf diese! Fordert überall verstärkt in euren Betrieben und auf Gewerkschaftsversammlungen:

1. Abschaffung der unteren Lohngruppen, der Altersstaffelung sowie der Ortsklasse A und B.
2. Veränderung der Tätigkeitsmerkmale.
3. Statt der prozentualen Lohnerhöhung lineare Lohnerhöhung.

eine Kollegin aus der Druckindustrie

und Facharbeiter, VI: 8,46 DM = 100 %. Aber vielen unserer Kollegen ist die Aufspaltung über die prozentuale Lohnerhöhung nicht bewußt. In Schwierigkeiten kann derjenige kommen, der die geforderte Qualifikation
mäßig viel gleichmäßiger und auf alle verantwortungsvoller nicht mehr wie vorher auf einige einzelne bezogen, verlagert. An alten Zeiten hängender Zeitgenosse, laß dir sagen: in Artikel 3 des Grundgesetzes vom
2. Veränderung der Tätigkeitsmerkmale.
3. Statt der prozentualen Lohnerhöhung lineare Lohnerhöhung.
eine Kollegin aus der Druckindustrie

40-Stunden-Woche in den Kindertagesstätten

Die Öffnungszeiten der städtischen Kindertagesstätten in Frankfurt sollen verkürzt werden, damit die 40-Stunden-Woche ohne Schaffung von neuen Planstellen eingeführt werden kann. So jedenfalls will es der Schuldezernent Rhein.

Es ist klar, daß die Verkürzung der Öffnungszeiten zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung geht. Die Werktätigen können nicht einfach ihre Arbeitszeit verkürzen; sie sind darauf angewiesen, daß die Tagesstätten um 7.30 Uhr öffnen und um 17 Uhr schließen. Wenn der SPD-Magistrat später öffnen und früher schließen will, zeigt er, daß er sich um die Interessen der Werktätigen überhaupt nicht kümmert. Das Schulamt hat noch andere Vorschläge:

- Verkürzung der Vorbereitungszeit des Personals auf eine Stunde
- Wegfall der Dienstbesprechungen

Hiermit soll den Kollegen – insbesondere den von den Leiterinnen abhängigen – auch die letzte Möglichkeit der Mitsprache genommen werden.

Die Arbeitszeitverkürzung ist nur durch eine sowieso längst fällige Erhöhung der Planstellen, also weiteres Personal, auszugleichen. Denn bisher waren die Zustände schon so miserabel, daß in den meisten Kindertagesstätten mehr als 20 Kinder von einer Erzieherin 'aufbewahrt' werden mußten, für Krankheitsfälle und Urlaub ist überhaupt nicht vorgesorgt. Bereits im Oktober hat der Personalrat des Stadtschulamtes einen entsprechenden Antrag gestellt. Bisher liegt jedoch keine Antwort des Schuldezernenten vor.

Ohne neue Planstellen aber bedeutet die Einführung der 40-Stunden-Woche eine Rationalisierung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, auf Kosten der Erzieher und vor allem auf Kosten der Kinder.

Darum fordert die ÖTV-Mitgliederversammlung des Stadtschulamtes mehr Planstellen!

GUV, Frankfurt
Grundeinheit
Kindertagesstätten

Freiburg. An einem Institut der Universität Freiburg, an dem medizinische Untersuchungen gemacht werden, wollten die Kollegen einen Vorschlag aufstellen für die Regelung der 40-Stundenwoche. Die routinemäßige Samstags-Laborarbeit soll endlich abgeschafft werden.

Es gibt Untersuchungsämter mit denselben Untersuchungen, die aber schon lange nicht mehr Samstags voll routinemäßig arbeiten, sondern nur noch die wichtigsten Fälle erledigen. Kollegen aus dem Institut schrieben der KVZ: "Leider fehlen uns dazu noch genauere Informationen, über die dort geregelten Arbeitsabläufe, beziehen können wir uns dabei auf das Untersuchungsamt in Saarbrücken und Bielefeld." Sie fordern jeden auf, der die Möglichkeit hat, an Informationen heranzukommen, ihnen bei folgenden Fragen zu helfen:

- Welche Untersuchungen werden dort auf jeden Fall samstags gemacht?
- Wie sieht der Arbeitsablauf übers Wochenende aus, Freitag und Montag inbegriffen?
- Wie wurde es möglich, samstags nicht mehr routinemäßig zu arbeiten?
- Wie wurde die Entschädigung für den Bereitschaftsdienst geregelt?

Zuschriften bitte an die Redaktion der KVZ.

BEZAHLTER DEUTSCHUNTERRICHT FÜR ALLE AUSLÄNDISCHEN ARBEITER!
Hamburg. Auf der letzten Betriebsversammlung des Heinrich Bauer Verlages in Hamburg wurde eine Resolu-
irre führen und die Abstimmung wurde gemacht. Die große Mehrheit, ca. 200 Kollegen, war dafür, 6 Kolle-

BEZAHLTER DEUTSCHUNTERRICHT FÜR ALLE AUSLÄNDISCHEN ARBEITER!

Hamburg. Auf der letzten Betriebsversammlung des Heinrich Bauer Verlages in Hamburg wurde eine Resolution mit der Forderung nach "4 Stunden bezahltem Deutschunterricht während der Arbeitszeit für alle ausländischen Arbeiter" verabschiedet.

Der anwesende 2.Ortsvereinsvorsitzende der IG Drupa Günter Metzinger versuchte, die Abstimmung zu verhindern und die Kollegen zu verunsichern mit Argumenten wie, daß eine Betriebsversammlung nicht der richtige Ort für solche Forderungen wäre, daß so eine Forderung auf einer Betriebsversammlung nicht abgestimmt werden könne und wenn, dann müsse sie ganz anders formuliert werden.

Doch die Kollegen ließen sich nicht irre führen und die Abstimmung wurde gemacht. Die große Mehrheit, ca. 200 Kollegen, war dafür, 6 Kollegen waren dagegen und 20 enthielten sich. Damit wurde der Betriebsrat beauftragt, sich verantwortlich für die Durchsetzung der Resolution einzusetzen.

Aber das heißt nicht, daß die Sache jetzt für uns erledigt ist. Damit der Betriebsrat sich für diese Forderung wirklich einsetzt, müssen wir ihn in allen Schritten, die er einleitet, kontrollieren und Rechenschaft von ihm fordern. Nur wenn die Diskussion über diese Forderung in den Abteilungen weitergeht und immer mehr Kollegen sich dahinter stellen, können wir wirklich etwas erreichen.

H., Hamburg

NIEDERSÄCHSISCHES BILDUNGSURLAUBS-GESETZ:

Der übliche SPD-Reformschwindel

"Arbeitnehmer, die in Niedersachsen tätig sind, haben einen Anspruch auf Bildungsurlaub", heißt es in § 2 (1) des "niedersächsischen Gesetzes über den Bildungsurlaub für Arbeitnehmer", das am 10. Mai verabschiedet wurde, am 1. Januar 1975 in Kraft tritt und uns gerade während des Wahlkampfes als geradezu sensationelles Meisterstück der SPD angepriesen wurde. Bildungsurlaub – schön, und wie viel?

"Der Anspruch des Arbeitnehmers umfaßt 10 Arbeitstage ..." (§ 2 (2))

Nicht übel, also habe ich das Recht auf 2 Wochen Bildungsurlaub im Jahr, denkt einer ... – aber wo ist der Haken an der Sache? Dieses Gesetz wäre natürlich kein Gesetz des bürgerlichen Staates, kein SPD-Gesetz, wenn es nicht in den folgenden Paragraphen von Haken und Einschränkungen, von wenn's und aber's wimmelte.

Also habe ich nun Anspruch auf 10 Tage im Jahr oder nicht?

"... solange der Arbeitgeber seine Pflicht zur Gewährung von Bildungsurlaub . . nicht erfüllt hat" (4 2(2))

Aha! und wann ist diese Pflicht erfüllt? "Die Zahl der Arbeitstage, die ein Arbeitgeber im Kalenderjahr für Zwecke des Bildungsurlaubs zu gewähren hat, errechnet sich aus der Zahl seiner ... Arbeitnehmer malgenommen mit eineinhalb Arbeitstagen für jeden dieser Arbeitnehmer." (§ 2/1)

Moment mal, also bekomme ich nur 1 1/2 Tage im Jahr oder alle 7 Jahre 10 Tage, das klingt natürlich schon ganz anders. Aber diesen kümmerlichen Rest kann mir nun wenigstens keiner mehr streitig machen?

"... der Arbeitgeber (kann) einen Antrag auf Gewährung von Bildungsurlaub ... ablehnen, wenn zwingende betriebliche oder dienstliche Belange entgegenstehen" (7/2).

Das mußte ja kommen. Diese "zwingenden betrieblichen Gründe" kennen wir. Für den Kapitalisten gibt es gegen jede Minute, in der ein Arbeiter nicht für ihn schuftet, haufenweise "zwingende betriebliche Gründe". Die kriegen wir ja zu hören, selbst wenn wir mal ein paar unbezahlte Tage frei haben wollen. Da kann man sich die großartigen 1 1/2 Tage gleich aus dem Kopf schlagen. Gibt es denn keinen Druck auf die Kapitalisten?

"Soweit der nach § 2/1 zu gewährende Bildungsurlaub nicht ausgeschöpft ist, hat der Arbeitgeber eine Ausgleichsabgabe zu zahlen." (§ 11/1)

So, und die muß wirklich jeder zahlen?

"Beträgt die Lohnsumme, die im Kalenderjahr an die Arbeitnehmer ... zu zahlen ist, weniger als 250 000 DM, so entfällt ... die Verpflichtung zur Zahlung der Ausgleichsabgabe." (§ 11/1)

Aha, die kleinen Kapitalisten (mit weniger als ca. 15 Arbeitern) brauchen also nicht zu zahlen. Und wieviel zahlen die anderen?

"Die Ausgleichsabgabe beträgt 6 v. t. (0,6 % !) der Lohnsumme." (§ 11/2)

Das macht z. B. für einen 20-Mannbetrieb mit Millionen-Umsatz vielleicht 2 000 DM im Jahr – eine wahrhaft gigantische Summe und jedenfalls weniger als der Profit, der dem Kapitalisten bei gewährtem Bildungsurlaub (im Beispiel: 30 Tage) durch die Nase geht. Er wird schon wissen, wie er sich entscheidet. Können die Arbeiter dann wenigstens bestimmen, daß was Nützliches mit der Abgabe gemacht wird? Wer bekommt das Geld?

"... eine vom Landesministerium zu bestimmende oder dafür einzurichtende Stelle." (§ 12/2)

Also der Staat, da braucht man sich keine Hoffnungen zu machen. Und wer bestimmt überhaupt, was Bildungsurlaub ist und was nicht?

"Die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen spricht eine vom Landesministerium bestimmte oder dafür einzurichtende Stelle aus." (§ 9/1)

Also auch der Staat, und was erkennt er an?

"Eine Veranstaltung kann nur anerkannt werden, wenn ... die Ziele der Veranstalter und der Inhalt der Bildungsveranstaltung mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der vorläufigen niedersächsischen Verfassung im Einklang stehen." (§ 10/1)

Auch das mußte ja kommen. Der "mündige Bürger" darf sich bilden, aber bitte nur so, wie es dem Staatsapparat gefällt. Das ganze Gesetz hätte man also viel kürzer formulieren können, nämlich so:

Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch darauf, sich einzubilden, er könne 10 Tage Bildungsurlaub im Jahr bekommen. Er kriegt aber höchstens alle 7 Jahre 10 Tage, und das auch nur, wenn es seinem "Arbeitgeber" paßt. Wenn es dem nicht paßt, zahlt der entweder gar nichts oder so wenig, daß es ihn nicht kratzt. Was Bildung ist und was mit dem Geld aus den Abgaben passiert, bestimmt der Staat und geht den "Arbeitnehmer" nichts an. Dieses Gesetz tritt am 1.1.1975 in Kraft.

Und so was will uns die SPD als großen sozialen Fortschritt verkaufen!

Angesichts der sich ständig steigernden Arbeitshetze und der schlechten Arbeitsbedingungen brauchen die Arbeiter und die übrigen Lohnabhängigen mehr Zeit für die Erholung. Das will die SPD für sich ausnutzen. Die Arbeiterklasse wird sich von solchen Manövern nicht hinters Licht führen lassen; sie muß für den 7-Stundentag bei Einhaltung der 5-Tagewoche und für 8 Wochen Jahresurlaub eintreten, wie es im Programm des KBW steht. Und was das Recht auf Bildung angeht, so muß die Arbeiterklasse zum einen dafür kämpfen, daß alle eine verbindliche, einheitliche Schulausbildung bis zum 18.Lebensjahr erhalten, eine Ausbildung, mit der man wirklich etwas anfangen kann, und andererseits muß sie entschieden dafür eintreten, daß das Volk und nicht der kapitalistische Staatsapparat über Inhalt und Zweck der Ausbildung befindet. Jedenfalls hat die Arbeiterklasse Interesse an einer Ausbildung, die gerade nicht die Lügen über die angeblich freiheitlich-demokratische "Grundordnung" des Kapitalismus verbreitet, sondern die es ihr ermöglicht, über diese Ausbeuterordnung hinaus zum Sozialismus zu kommen.

P.S., Göttingen

GEW-MITGLIEDER VERURTEILEN MAINZER BESCHLÜSSE

Köln. Die Beschlüsse des Mainzer Bundeskongresses lösen bei den Mitgliedern Empörung aus. Dies zeigte sich ganz deutlich auf einer GEW-Mitgliederversammlung in Köln, wo das undemokratische Wahlverfahren bei der Delegiertenwahl für den Bundeskongress scharf kritisiert wurde. Es wurde eine Resolution verabschiedet, die die vom Bundeskongress beschlossenen Schiedskommissionen verurteilt. Mittels dieser Kommissionen sollen Kommunisten und andere fortschrittliche Mitglieder reibungslos aus der GEW ausgeschlossen werden. Zwar hat der Kölner GEW-Vorstand (in dem die DKP eine wichtige Rolle spielt) immer wieder versucht, abzuwiegeln, indem er uns auf die nächste Vertreterversammlung verwies, doch mit dieser Taktik konnte er sich nicht durchsetzen. Die Tatsache, daß diese Resolution fast einstimmig verabschiedet wurde, weist darauf hin, daß die Mitglieder es sich nicht länger gefallen lassen, daß ihr Einfluß innerhalb der Gewerkschaft immer mehr beschnitten wird.

GUV-Zelle Köln

DPG: 300 DM URLAUBSGELD!

Auf der Ortsjugendversammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Urlaubszeit steht wieder vor der Tür. Wir haben immer noch nichts vom Urlaubsgeld gehört! Wir sind in der Tarifrunde für 300 DM Urlaubsgeld eingetreten. Wir haben dafür gestreikt. Die ca. 50 DM Erhöhung der Ausbildungsvergütung hat uns immer noch nicht in die Lage versetzt, von den Eltern unabhängig zu leben! Sie reichen nicht aus, sie sind zu wenig. Das Urlaubsgeld ist in den Verhandlungen während der Tarifrunde unter den Tisch gefallen! Aber wir brauchen es. Deshalb fordern wir euch auf, sofort mit dem BPM in Verhandlungen zu treten und die 300 DM Urlaubsgeld durchzusetzen!

Wiesbaden, den 30.5.1974

Weg mit den Gewerkschaftsausschlüssen!

Osnabrück. Am 9. Juli bekundete der IG-Metall-Ortsjugendausschuß Osnabrück die Solidarität mit dem vom Ausschluß aus der IG Metall bedrohten Jugendvertreter Hellmich. Nach langen Debatten über die Funktion der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die am Ort laufenden Ausschlußverfahren hat der Ortsjugendausschuß sich in einer Resolution gegen den IG-Metall-Beiratsbeschluß ausgesprochen.

Die Ortsverwaltung der IG Metall Osnabrück hat gegen den Jugendvertreter Hellmich ein Ausschlußverfahren eingeleitet, um einen aktiven und fortschrittlichen Kollegen mit unlauteren Methoden, die die Satzung diesen Herren einräumt, zu entfernen (siehe KVZ Nr. 14: Jugendversammlung bei Klöckner). Die Kollegen des Ortsjugendausschusses wenden sich mit folgender Resolution gegen das Ausschlußverfahren:

"Der Ortsjugendausschuß der IG Metall Verwaltungsstelle Osnabrück wendet sich gegen das Ausschlußverfahren, das von der Ortsverwaltung gegen den Kollegen Hellmich eingeleitet wurde. Seit 1970 ist Kollege Hellmich Jugendvertreter bei Klöckner in Osnabrück und beteiligt sich aktiv an der Arbeit der IG-Metall-Jugend in Osnabrück. In seiner gewerkschaftlichen Arbeit hat sich Kollege Hellmich stets an Gewerkschaftsbeschlüsse gehalten und die Interessen der Jugendlichen vertreten. Wir solidarisieren uns mit dem Kollegen Hellmich und sehen in dem Ausschlußverfahren eine Behinderung unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

Ortsjugendausschuß der IG Metall Verwaltungsstelle Osnabrück

– F.D., Osnabrück –

Hamburg. Die IG Chemie Verwaltungsstelle Hamburg hat auf ihrer Sitzung am 8.7.74 beschlossen, gegen zwei Kollegen der Texaco Gewerkschaftsausschlußverfahren beim Hauptvorstand zu beantragen.

Die beiden Kollegen, einer ist in der Vertrauenskörperleitung (Trampert) und der andere ist Betriebsrat (Kynast), haben anläßlich der Wahl zum Aufsichtsrat bei der Deutschen Texaco zum Wahlboykott aufgerufen.

In der Hauptverwaltung und im Werk Wilhelmsburg haben sich daraufhin nur 40 bis 50 % der Kollegen an der Wahl beteiligt, das sind ca. 25 % weniger als das letzte Mal.

Von den 60 Arbeitern des Werks in Wilhelmsburg haben sich nur 8 überhaupt an der Wahl beteiligt.

J.O., Hamburg

Den Demoralisierungsversuchen entgegentreten!

DIE REGIERUNG UND ALLE BÜRGERLICHEN POLITIKER VERSUCHEN DIE BESCHÄFTIGTEN IM ÖFFENTL. DIENST ZU DEMORALISIEREN – DIE KOMMUNISTEN UND ALLE KLASSENBEWUSSTEN ARBEITER MÜSSEN DEM ENTGEGENTRETEN!

In Streikaktionen hat die Masse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Beamtenjacke abgeworfen und seit diesem Februar reißt unter den bürgerlichen Politikern die Diskussion nicht ab, wie man sie da wieder hineinzwängen kann. Denn im Kapitalismus werden zur Erledigung der öffentlichen Dienste hirnlose Knechte gebraucht, die auf eigene Meinung verzichten und gegenüber den Massen durchhalten, was von oben angeordnet wird. An solchen Leuten gibt es gegenwärtig einen Mangel, denn die Erfahrungen der Arbeiterbewegung haben unter den Millionen Beschäftigten der öffentlichen Dienste Fuß gefaßt, wofür die machtvolle Streikbewegung im Februar dieses Jahres beredtes Zeugnis ablegt. Bekanntlich war es während dieser Aktionen nicht gelungen, einen Keil zu treiben zwischen die Streikenden im öffentlichen Dienst und die Volksmassen, obschon es an Bemühungen nicht gemangelt hat. Es ist dieses neuerwachte Selbstbewußtsein, das sich auf die Erfahrungen der Arbeiterbewegung gründet, das den bürgerlichen Politikern Kopfschmerzen bereitet. Gegenwärtig vollführen sie eine ausholende Bewegung, um dieses Selbstbewußtsein zu unterminieren. Zu diesem Zweck werden seit Monaten über die Presse Meinungen verbreitet, die allesamt darauf hinauslaufen, es ginge den Beschäftigten der öffentlichen Dienste sowieso viel zu gut im Vergleich mit den Arbeitern. Sie würden zu viel verdienen und zu wenig schaffen. Aus der großen Pleite, die bürgerliche Politiker und Regierung erlitten haben, als sie angesichts der Streikbewegung versuchten, die Volksmassen gegen diese Aktionen aufzubringen, aber ins Leere griffen, lernen sie schnell. Rechtzeitig den Boden vorbereiten für die nächsten Auseinandersetzungen, heißt die Devise. Die öffentlichen Dienste rechtzeitig in den Griff bekommen, alle oder den großen Teil verbeamten, seines Streikrechtes berauben, das ist die Aufgabe der Regierung, denn in den kommenden Klassenkämpfen braucht die bürgerliche Klasse gut funktionierende, von Kadavergehorsam und Kriecherei gekennzeichnete Apparate.

Ganz folgerichtig gehen die Sprecher der bürgerlichen Klasse, die Parteipolitiker und Spitzen des Staates, auf das Streikrecht zu. Denn der Streik ist für die Arbeiter, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, der Quell und Beginn aller Selbständigkeit. Sie, die sonst davon abhängen, daß sich einer findet, der sie kauft, oder das elende Schicksal des Arbeitslosen erdulden müssen, schließen sich zusammen und vertreten ihre Interessen, weigern sich, diese Gesellschaft zu ernähren und die nötigen Dienste zu verrichten zu diktierten Bedingungen, streiken und erinnern damit die bürgerliche Klasse an deren Nichtsnutzigkeit und Überflüssigkeit. Denn nichts geht mehr, wenn die Arbeiter nicht wollen.

Auf den ersten Blick meint man, hier gibt es keine Besonderheit bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Gegen Streiks, gleich wo sie stattfinden, hetzt die bürgerliche Klasse immer, hat schon immer dagegen gehetzt und wird trachten, das Streikrecht abzuschaffen, bis sie selber gestürzt ist. Wenn wir aber herausfinden wollen, welche Zwecke die bürgerliche Klasse mit dem gegenwärtigen Pressefeldzug gegen die Beschäftigten der öffentlichen Dienste verfolgt und wie man dem entgegentreten muß, dann genügt uns diese allgemeine Kenntnis nicht.

Denn der ganze Behördendschungel mitsamt dem herkömmlichen Berufsbeamtentum wird im Volk und insbesondere von den Arbeitern nicht geschätzt. In manchen Gegenden wird das Wort "Beamter" regelrecht als Schimpfwort benutzt, und einen kriecherischen und speichelleckerischen Menschen bezeichnet der Volksmund da und dort gerne als "Beamtenschwein". Woher kommt es, daß die Massen eine solche Einstellung gegenüber dem Staatsapparat entwickeln und wie versuchen die bürgerlichen Politiker damit Politik zu machen? Die bürgerliche Klasse lebt von der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten, von der Ausbeutung der ungeheuren Mehrheit durch eine kleine Minderheit. Um diesen Zustand zu erhalten, hat sie sich den Staatsapparat aufgebaut und vervollkommnet ihn täglich. Vermittels eines ungeheuren Dschungels von Apparaten vollstreckt sie die Verwaltung der Gesellschaft. Einen jeden, der mit diesen Apparaten zu tun hat, überfällt sofort ein Gefühl von Entmündigung, Schikane oder offener Unterdrückung.

Das geht an mit Dingen wie dem Lohnsteuerjahresausgleich, der ein Instrument ist, die Art und Weise der Steuererhebung zu verdunkeln, und im weiteren darauf abzielt, in einem Menschen, der gut im Stande ist, ganze Schiffe zu bauen oder Lastwagen, das Gefühl zu erwecken, er sei ein hilfloser Idiot. So wenigstens fühlen sich viele und fassen es lieber gleich sein. Das geht weiter, wenn man das Pech hat, der öffentlichen Gesundheitsversorgung zur Last zu fallen, auch hier eher nach den Grundsätzen der Tierheilkunde verfahren, wo es keinen Anlaß gibt, der Kuh zu erklären, was ihr fehlt und wie man sie heilen will. Schließlich, wenn man Anlaß sieht, Kritik zu erheben und sich den herrschenden Zuständen entgegenzustellen, dann hat man, bevor man es sich versieht, ein oder zwei Hundertschaften Polizei vor der Nase stehen. Die Erfahrungen, welche die Massen mit den verschiedenen Teilen der Staatsapparate machen, haben gemeinsam, daß sie schlecht sind.

Man sieht, gute Gründe gibt es, daß die Apparate des bürgerlichen Staates unter den Massen unbeliebt sind. Die bürgerlichen Politiker nutzen dies nun aus, diesen Unmut zu lenken auf die Menschen, die ihren Lebensunterhalt verdienen, indem sie sich an den Arbeitgeber Staat verkaufen. Das ist ein schlauer Trick, und wenn man dem nicht entgegentritt, dann gewinnen die Politiker der bürgerlichen Klasse an zwei Fronten Boden gegenüber der Arbeiterklasse.

Erstens gelingt es ihnen dann, den Charakter der Staatstätigkeit zu verhüllen. Wenn es den bürgerlichen Meinungsmachern gelingt, die Empörung der Massen über die Staatstätigkeit zu konzentrieren auf die Masse der Beschäftigten, die jenen Gesetzen ja ebenso unterworfen ist und sie durchführen muß, dann wird abgelenkt von den Gesetzen und Regeln selber, wird abgelenkt von der Reigerung, die sie erläßt, und wird abgelenkt von der Kapitalistenklasse, in deren Interesse diese Gesetze und Regelungen erlassen werden. Es erscheint dann die Lebensweise einer Klasse, die sich durch Ausbeutung nährt und deswegen die Massen unterdrücken muß, als Schikane einzelner Beamter, der sozusagen alle ausgeliefert sind, und die vor allem das Geld aller kostet. Am Ende vom Lied befindet sich der Arbeiter plötzlich Seite an Seite mit den Managern der Wirtschaft und der Redaktion des Handelsblattes in einer Front gegen die Beschäftigten bei Post, Bahn und anderen öffentlichen Diensten, die kämpfen müssen, wenn sie nicht mit einem Hungerlohn nach Hause gehen wollen. In dieser Front wird man dann auch noch verschiedene Ministerialbeamte vorfinden, die ihrerseits an die 6 000 Mark im Monat einstecken, aber in die Welt hinausposaunen, daß im öffentlichen Dienst mehr und schneller gearbeitet werden muß. Das ist das Ergebnis, auf welches die gegenwärtige Hetze gegen die Streiktätigkeit im öffentlichen Dienste abzielt, und ein solcher Gedanke läßt alle Kapitalistenhirne vor Wonne zucken.

Der zweite Vorteil, der der bürgerlichen Klasse erwächst, ist noch einfacher. Nämlich, wenn es gelingt, im öffentlichen Dienst das Lohnniveau drastisch zu senken, dann wird sich das auf das gesamte Lohnniveau auswirken. Man muß sich vorstellen, daß der öffentliche Dienst insgesamt 3,4 Millionen Beschäftigte hat. Wird es dort erreicht, daß sich die Arbeitskraft zu einem Schleuderpreis verkaufen muß, dann schlägt das unweigerlich über den Arbeitsmarkt auf die Industriebranchen durch. Es sinkt der Durchschnittspreis, der für die Arbeitskraft gezahlt werden muß, und auch das ist ein Gedanke, der für die Kapitalisten ausgesprochen angenehm ist.

So erklärt sich gut der große Aufwand, der in der bürgerlichen Presse sowie in Rundfunk und Fernsehen in dieser Sache getrieben wird. Kaum eine Zeitung kann man aufschlagen, ohne daß einem entgegenlacht: "Steigerung von Strom/Gas/Wasser-Preis wegen Lohnkostenexplosion im öffentlichen Dienst'", "Lohnkostenexplosion erzwingt Erhöhung der Postgebühren" oder "Im öffentlichen Dienst gibt es Rationalisierungsmöglichkeiten". "Der Dschungel der Ämter muß gelichtet werden". Wir haben gezeigt, welche Zwecke mit dieser Agitation verfolgt werden, jetzt müssen wir überlegen, wie man dem entgegentreten kann.

Als erstes muß man dazu sagen, daß sich die Beschäftigten in den öffentlichen Diensten klar und eindeutig auf die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes stellen müssen. Tun sie das nicht, sondern verstecken sie sich vor der Kritik der Massen an diesen Einrichtungen hinter der Autorität des Berufsbeamtentums, dann ist Feierabend, und es wird sehr schwer, die bürgerliche Meinungsmache abzuwehren. Praktisch heißt das, daß die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten scharfe und radikale Kritiker sein müssen an den Zuständen innerhalb der öffentlichen Dienste. Sie müssen die unwürdigen Zustände aufzeigen, müssen zeigen, daß von Gleichbehandlung und Gerechtigkeit sowieso keine Spur zu finden ist, müssen enthüllen, wie die höheren Beamten im Zusammenspiel mit den Geldsäcken aus Industrie und Handel ihre Schäfchen ins Trockene bringen. Sie müssen ihre Kenntnis des staatlichen Apparates dazu nutzen, um in der Öffentlichkeit und gegenüber der Arbeiterklasse Beweis zu führen, wer das Regiment hat in den öffentlichen Diensten, und zu welchen Zwecken dieses Regiment genutzt wird. Nur wenn alle Anstrengung unternommen wird, den gerechten Zorn der Massen über die Staatstätigkeit auf die Lenker dieser Tätigkeit zu richten, nur dann kann es gelingen, die Solidarität der Arbeiterklasse mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu festigen.

Selbstverständlich treibt eine solche Tätigkeit dazu, sich zu überlegen, ob die Arbeiterklasse es wirklich erdulden muß, daß die öffentlichen Angelegenheiten geregelt und die ganze Gesellschaft gesteuert werden muß nach den Interessen der Ausbeuter. Enthüllungen über den Gang und Charakter der Tätigkeit des bürgerlichen Staates rufen unbestreitbar den Gedanken an die Beseitigung dieser Sorte Gemeinwesen hervor. Vor diesem Gedanken werden noch sehr viele Menschen zuerst einmal zurückschrecken.

Am Beispiel der Versuche von Kluncker, dem ersten Vorsitzenden der ÖTV, kann man aber ziemlich gut beweisen, daß es anders, auf einer grunsätzlichen Kompromißlinie, nicht geht. Denn wie verhält sich Kluncker gegenüber den offen bürgerlichen Angriffen? Er fällt um, bevor er überhaupt gestanden hat. Dem Handelsblatt gibt er ein Interview, in dem man lesen kann, daß er nicht daran denkt, sich einer Schlichtungsordnung ernsthaft zu widersetzen. Genauso läßt der DGB eine Äußerung an die Presse los, worin die Rede ist, man müsse den Dschungel lichten, sprich also: rationalisieren. Damit wird öffentlich folgenden durch und durch bürgerlichen Ansichten nachgegeben:

1. Streiks im öffentlichen Dienst sind sowieso schlecht und müssen, wenn irgend möglich, verhindert werden.
2. Tatsächlich wird im öffentlichen Dienst zu wenig gearbeitet und es muß rationalisiert werden.

Es liegt auf der Hand, daß den Beschäftigten im öffentlichen Dienst derart direkt eine Flanke aufgerissen wird. Vom gewerkschaftlichen Interesse her weiß man nicht, ob man das als töricht oder hinterhältig bezeichnen muß. Hervorgerufen wird eine solche Argumentation aber dadurch, daß man sich politisch weigert, die Schuld an der Unbeliebtheit der Staatsdienste zu erklären aus ihrem volksfeindlichen Charakter. Es bleibt einem dann gegenüber diesen Angriffen nichts als Zurückweichen. Dahin kommt es, wenn Arbeiterführer, also Menschen, die Arbeitermassen im Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat führen, völlig den Gedanken an eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse aufgeben und sogar erbittert bekämpfen. Wohin wird diese Kompromißsucht die Beschäftigten im öffentlichen Dienst führen? Geradewegs in die völlige Unterwerfung und Abhängigkeit. Es wird sie dahin führen, daß sie jede Bewegungsfreiheit verlieren, denn ihre eigene Leitung in der ÖTV bescheinigt ihnen, daß ihre Ziele ungerecht sind und übertrieben. Wer soll da noch Solidarität üben, wer kann da noch Solidarität üben!

Wenn solche Führung die Oberhand behält, dann gibt es keine guten Aussichten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Es wird dahin kommen, daß das ganze Selbstbewußtsein, welches sie sich durch selbständigen Kampf geschaffen haben, Zug um Zug wieder abgebaut wird. Es wird dahin kommen, daß der ganze höhere Beamtenklüngel, der gegenwärtig Furcht hat vor den Massen im öffentlichen Dienst, wieder aufmuckt und das Steuer in die Hand nimmt. Es werden die Pläne von Genscher, der die Zwangsverbeamtung von drei Vierteln der Beschäftigten vorgesehen hatte, wieder auf den Tisch geholt werden, wovon sie der Februarstreik gefegt hatte.

Zusammengefaßt die Lage: Im öffentlichen Dienst haben die Arbeiterklasse und ihre Interessen Fuß gefaßt, die Beamtenmentalität wurde gebrochen und die Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß gegen den Käufer der Arbeitskraft nur die solidarische Kampfaktion hilft, hat sich durchgesetzt. Dies versuchen die offenen Vertreter der bürgerlichen Klasse durch ein groß angelegtes Spaltungsmanöver rückgängig zu machen, weil es ihre Machtbasis gefährdet, wenn sie nicht auf eine Millionenschar von willfährigen Knechten zurückgreifen kann. Ohne klare politische Führung kann dieser Angriff nicht zurückgeschlagen werden, und es ist die Aufgabe dieser politischen Führung, die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Enthüllungen über das arbeiterfeindliche Funktionieren der Dienste im Interesse der Kapitalisten anzuregen. Die gegenwärtige Führung der Gewerkschaften gibt gegenüber dem bürgerlichen Meinungsdruck nach und muß nachgeben, weil sie dem Gedanken an grundlegende Umwälzungen feindselig gegenübersteht. So wird der Arbeiterbewegung eine Flanke aufgerissen gegenüber allen bürgerlichen Ansichten und wird der Spaltung nicht entgegengetreten, sondern Vorschub geleistet. Diese offene Flanke zu schließen, kann nur gelingen, wenn sich die Kommunisten ihrer Aufgabe, die Arbeiter politisch zu führen und sie auf die Zusammenhänge in der ganzen Gesellschaft hinzuweisen, gut bewältigen. Die relativ zahlreichen Kommunisten und alle fortschrittlichen Kollegen im öffentlichen Dienst sind aufgefordert, ihre Enthüllungstätigkeit nicht zu beschränken auf das Elend, welches die Beschäftigten im öffentlichen Dienst selber erleiden, sondern großes Gewicht zu legen auf das Elend, welches die Erledigung der öffentlichen Dienste im Interesse der Ausbeuterklassen über die Arbeiterklasse und die Volksmassen bringt. Die bürgerliche Klasse plant ihre Politik in großen Zügen und Zusammenhängen. Demgegenüber ist es keineswegs möglich, sich auf Seiten der Arbeiterklasse von Lohnkampf zu Lohnkampf hinzuhangeln und darauf zu vertrauen, daß die Dinge sich von selber zugunsten der Arbeiterklasse entwickeln. Zweifellos ist auch im öffentlichen Dienst der Kampf um den Preis der Arbeitskraft die Grundlage der Solidarität und darf keineswegs vernachlässigt werden. Es ist aber sicher, daß der Lohnkampf im öffentlichen Dienst im Sumpf bürgerlicher Meinungsmache stecken bleiben kann, wenn nicht die politischen Aufgaben angegangen und gelöst werden.

– M.F. –



Demonstration, Stuttgart 1973. Die Demoralisierungsversuche treffen auf eine wachsende Bewegung gegen staatliche Unterdrückung im öffentlichen Dienst.

Bundeskanzler Schmidt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung

Ich glaube, daß der Fehler mit der vertraglichen Vereinbarung (40-Stunden-Woche) gemacht worden ist, die man heute nur schwer zurücknehmen kann. Der Fehler liegt also in einem früheren Zeitabschnitt.

Frage:
Wie ist zu verhindern, daß erstens der öffentliche Dienst wieder Lohnvorreiter wird, daß es zweitens zum Streik in diesem Bereich kommt? (...) Kann man nicht wenigstens Vorsichtsmaßregeln einbauen, etwa eine Schlichtungsordnung und dergleichen?

Schmidt:
Ja, dafür bin ich sehr. Und dies ist nicht der einzige Gedanke, den man prüfen muß, wenn danach gefragt wird: Wie bringt man es dahin, daß der öffentliche Dienst nicht Lohnvorreiter ist, wird oder bleibt.

Stuttgart: 42 Stunden nicht für Beamte

Der Stuttgarter Finanzminister Gleichauf bekräftigte am Dienstag den Standpunkt der CDU-Landesregierung, daß eine Arbeitszeitverkürzung für die Beamten um zwei Stunden in der Woche (40-Stunden-Woche vom 1. Oktober) zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage kommen könne. (nach: Die Welt vom 18. Juli)

Kluncker: Nicht gegen Schlichtungsordnung
Lehnt Mitgliederdruck ab

Westberlin. Am 28. Juni führte die ÖTV-Betriebsgruppe des Bezirksamtes Kreuzberg eine Veranstaltung durch, zu der der ÖTV-Vorsitzende Kluncker eingeladen worden war, um zu den Fragen der Kollegen Stellung beziehen

Zum Urlaubsgeld, einer der vorrangigsten Forderungen der Kollegen, meinte er pathetisch: "Wir sind im Wort!" Aber dann folgte nichts konkretes. Noch 1974 würde es sein, im Augenblick dürften aber die Eingruppierungsverhandlungen nicht gestört werden, die öffentliche Meinung sei gegen die Gewerkschaft (Die ÖTV-Führung will erst im September in Verhandlungen treten, wie ein ÖTV-Funktionär in Wiesloch bei Heidelberg erklärte).

Zur Frage einer Schlichtungsvereinbarung im öffentlichen Dienst (die der Bundeskanzler Schmidt so eifrig befürwortet, um Streiks wie in diesem Frühjahr zu verhindern) meinte Kluncker: "Ich bin nicht grundsätzlich dagegen". Es gäbe "gewisse Schwierigkeiten" bei der Besetzung der "unabhängigen Schlichterposition".

Für die Lohnrunde 1975 will Kluncker die Entscheidung erst so spät wie möglich treffen. Damit soll der Druck von innen – durch einen zu hohen Erwartungshorizont (der Mitglieder) – vermieden werden, den Kluncker ebenso ablehnt wie den Druck von außen. (nach: Handelsblatt vom 10. Juli)

EMPFEHLUNG DER SPD:

Weniger essen und trinken

Am 10. Juli machte die SPD eine Wahlveranstaltung im Frankfurter Wahlkreis 33 (Gallus, Griesheim u. a.). Thema: Gesundheitspolitik der SPD. Das war gerade für diesen Wahlkreis interessant: Gallus und Griesheim sind nämlich ärztliches Notstandsgebiet, und die SPD sitzt hier im Magistrat.

Ärztliches Notstandsgebiet heißt z.B. für den Gallus: Bei 32 000 Einwohnern gibt es sieben praktische Ärzte, das sind 4 500 Einwohner pro Arzt. Es gibt kaum Fachärzte, kein Krankenhaus in der Nähe, keine Alten- und Pflegeheime.

Den Menschen, die unter diesen Bedingungen leben, wollte die SPD nun ihre Wahlstimmen abschwatzen. Als Referent hatte der Kandidat Rudi Rohlmann seinen Parteifreund Hövels, Dekan am Fachbereich Humanmedizin an der Universität Frankfurt, mitgebracht. Das Referat Hövels war eine einzige Unverschämtheit. Es begann damit, daß Herr Hövels gegen den schlechten Gesundheitszustand des Volkes zwei Dinge empfahl: 1. Die Leute sollten weniger essen, weniger trinken, sich mehr bewegen, 2. die Leute sollten doch gefälligst die Vorsorgemaßnahmen in Anspruch nehmen. Danach erging er sich in allgemeinen "Denkansätzen" und "Möglichkeiten". Wenn es um konkrete Maßnahmen ging, machte er klar, daß doch nichts geändert werden sollte. Nach einigen Spekulationen über Polikliniken sagte er zum Beispiel sofort, daß Polikliniken natürlich für die allgemeine Versorgung zu teuer seien. Oder nach einigen bedauernden Sätzen zu der geringen Ärztezahl in bestimmten Gebieten sagte er, daß die Ärzte auch weiterhin frei wählen dürfen müßten, wo sie sich niederlassen.

Wir stellten in einem Beitrag klar, daß die Arbeitsbedingungen und die schlechten Wohn- und Lebensverhältnisse die Ursachen der Krankheiten sind, und nicht das viele gute Essen. Wir schilderten die miese Situation im Stadtteil und zeigten, daß die Versorgung deshalb so schlecht ist, weil in den Kassen nicht die Versicherten selbst bestimmen, sondern die Kapitalisten sie zusammen mit ihnen genehmen Bürokraten fest in der Hand haben. Zu der Unterversorgung bestimmter Gebiete mit Ärzten sagten wir, die Ärzte sollten als Angestellte der von den Versicherten selbst verwalteten Kasse dorthin geschickt werden, wo sie gebraucht werden.

Nach diesem Beitrag wurde die Diskussion rege. Es kam in verschiedenen Beiträgen heraus, wie die Kassen die Interessen der Versicherten mit Füßen treten.

Auf all diese Argumente machten die SPD-ler eine schlechte Figur. Bei konkreten Problemen fühlten sich der Kandidat und sein Referent nicht zuständig. Das Ergebnis der Veranstaltung war, daß einige Anwesende sich gegen die SPD stellten, und es in den eigenen Reihen der SPD nachdenkliche Gesichter gab.

– H.S., Stadtteilzelle Gallus –

Erklärung mehrerer Gewerkschafter

GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER ERKLÄREN SICH SOLIDARISCH MIT FAHRPREISGEGNERN

Der Kampf großer Teile der Frankfurter Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhung in dieser Stadt hat dort auch in den Gewerkschaften zu Auseinandersetzungen geführt. Verschiedene Gewerkschaftler und Gewerkschaftsgremien, wie der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher, verurteilten, daß die Gewerkschaft nicht aktiv den Widerstand gegen diese Fahrpreiserhöhung organisieren half.

In Leserbriefen zweier ÖTV-Kollegen an die 'Frankfurter Rundschau' wurde die Untätigkeit der ÖTV verurteilt und vor allem auch, daß sich die ÖTV-Führung selbst an der Kriminalisierung jener, die diesen Kampf aktiv führten, beteiligte. Aber die Frankfurter Bezirksverwaltung der ÖTV dachte nicht daran, aus dieser berechtigten Kritik etwas zu lernen. Unter der Überschrift "Doch aktiv gewesen" erschien in der 'Frankfurter Rundschau' ein Artikel, in dem der Vorstand seine Hinhaltetaktik und Abwiegeleien als "Protest" anpries. Vollends zynisch wird dies, wenn der ÖTV-Vorstand, der diesen Kampf der Frankfurter Bevölkerung gegen die Fahrpreiserhöhung nicht unterstützte, erklärt, daß "bei der Masse der Bevölkerung ein diverser Unterschied zwischen dem Äußern des Unmuts einerseits und dem persönlichen Engagement andererseits" bestehe, und daß deswegen auch nicht viel dabei herausgekommen sei. Die im folgenden abgedruckte Erklärung mehrerer Gewerkschaftsmitglieder dokumentiert diese gegenwärtige Auseinandersetzung.

Während der Auseinandersetzungen gegen die Fahrpreiserhöhung in Frankfurt haben Sprecher der Parteien, der Unternehmer und auch mehrere Gewerkschaftsfunktionäre versucht, die auf der Zeil gegen die Fahrpreiserhöhung demonstrierenden Menschen als Schmarotzer, Chaoten, parasitäre Minderheiten, Kriminelle usw. zu diffamieren.

Hiermit sollte in der Öffentlichkeit das Bild erzeugt werden, als ginge es überhaupt nicht um die Fahrpreiserhöhung, sondern nur um Krawall und Putz, den ein paar Verrückte vom Zaun brechen.

Gerade dies war nicht der Fall! Daran ändert auch nichts, daß einige Gewerkschaftsführer in unserem Namen, im Namen der Mitglieder, in diese Hetze kräftig miteinstimmten. Gerade die Führer des DGB und der verschiedenen Einzelgewerkschaften tragen an den Ereignissen mit Schuld. Was hat denn der DGB gemacht? Es hat papierene Proteste und eine lasche Kundgebung gegeben. Wäre die Arbeitnehmerschaft in den Streik getreten, so wäre dies ein wirksames Mittel gewesen, um die Fahrpreiserhöhung zu verhindern.

Wo die Chaoten wirklich zu finden sind, das beweisen die brutalen Knüppelorgien, der Einsatz von CN–Giftgas und nicht zuletzt der von einem Wasserwerfer angefahrene und schwerverletzte Schüler. Das zeigen die vielen Festnahmen von Flugblattverteilern, die Demonstrationsverbote, die massenhaften Anzeigen. Selbst nach den Ereignissen wird noch versucht, den berechtigten Protest und Widerstand durch Verfolgungsmaßnahmen zu unterdrücken. So an den Schulen gegenüber Schülern und Lehrern, so im öffentlichen Dienst und in den Betrieben.

Jetzt fehlt nur noch, daß Gewerkschaftsausschlüsse wegen der Teilnahme an den Aktionen angestrebt werden!

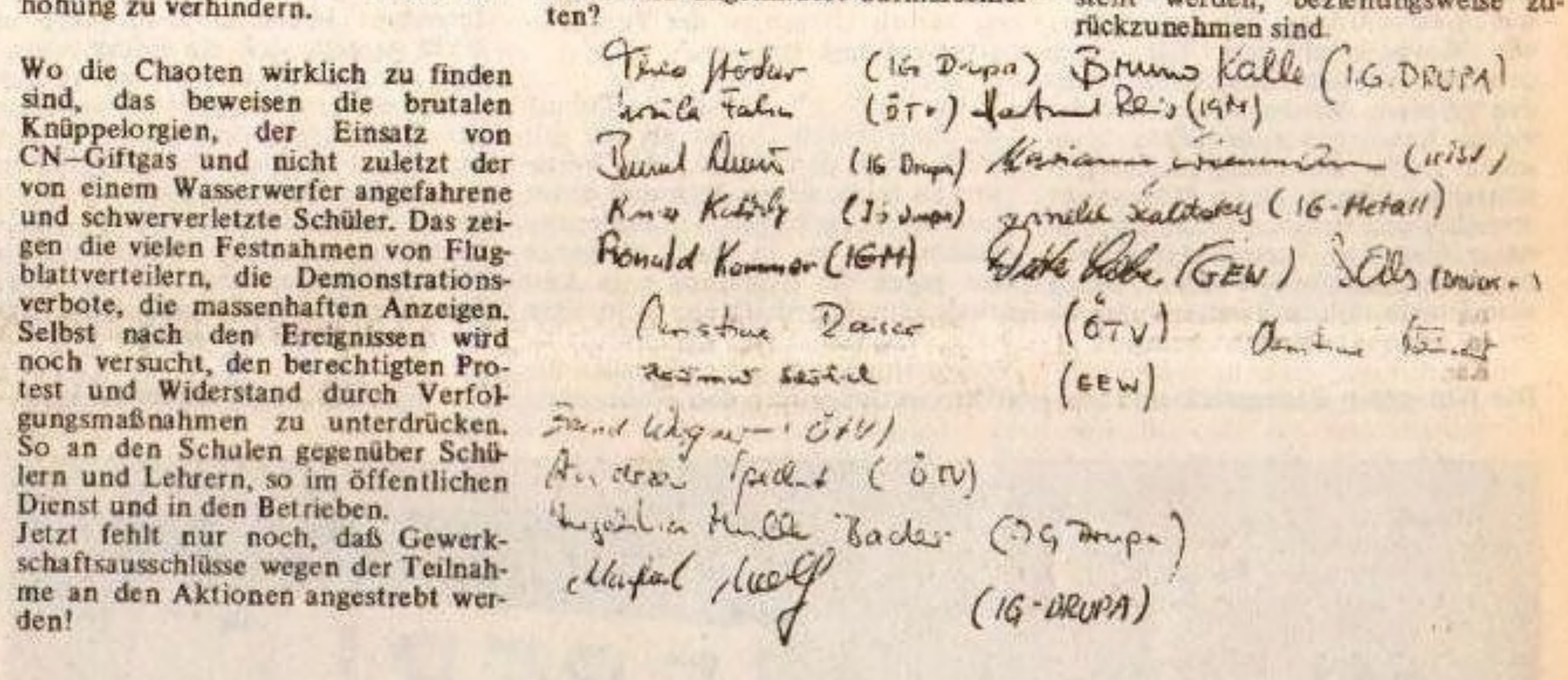
Wir stellen hiermit ausdrücklich fest, daß der Protest und Widerstand berechtigt war. Daß er von Teilen der Arbeitnehmerschaft genauso getragen wurde, wie von den zahlreichen Schülern und Studenten. Das ist gut und nicht schlecht. Als in Hannover 1969 die Hanomag-Arbeiter gegen die Fahrpreiserhöhung auf die Straße gingen und dabei sogar Weichen mit Zement gefüllt haben, hätte niemand gewagt, die Kollegen in ähnlicher Weise zu diffamieren!

Überhaupt muß man sagen, daß sich der DGB-Apparat durch politische Untätigkeit auszeichnet. Wo war die DGB-Führung, als am 16.Juni in Frankfurt die Faschisten unter dem Schutze der Polizei aufmarschieren konnten? Wo wurden die Kollegen in den Betrieben mobilisiert, um dieser Unverschämtheit der Neonazis zu begegnen. Wo waren die Aktivitäten? Daß man die Nazis nicht mit lauen Protesten bekämpfen kann, das dürfte den Herren an der Spitze des DGB doch wohl noch in guter Erinnerung sein. Wo waren die vielen Mitglieder der SPD, als die Faschisten erlaubt und ungehindert aufmarschierten?

Die Demonstration der Antifaschisten wurde verboten. Antifaschisten, die trotzdem versuchten, die NPD-Kundgebung zu verhindern, werden schon auf dem Wege zum Opernplatz festgenommen und in Vorbeugehaft genommen. Trotzdem konnte der Protest nicht verhindert werden. Wieder gab es Knüppel und wurde das Giftgas CN eingesetzt. Nicht wegen geworfener Steine, wie es in der 'Frankfurter Rundschau' vom 18.6.74 steht, sondern nach Polizeidurchsagen "wegen der Sprechchöre, die die Veranstaltung der NPD stören".

Die Unterzeichner dieser Erklärung distanzieren sich als Gewerkschaftsmitglieder von den Äußerungen einiger DGB-Funktionäre, namentlich z. B. W.Reiss, A.Claus und H.Wolf.

Sie erklären sich solidarisch mit den Fahrpreisgegnern und fordern, daß alle weiteren Ermittlungsverfahren, Entlassungen sowie jegliche Verfolgungsmaßnahmen gegen Kollegen, Schüler und Studenten sofort eingestellt werden, beziehungsweise zurückzunehmen sind.



Zur Lage der Bauern

LESERBRIEF:

Mir ist an der KVZ aufgefallen, daß viel zu wenig über die Lage der arbeitenden Landbevölkerung berichtet wird. Durch meinen engen Kontakt zu nachbarlichen Bauernfamilien konnte ich, als Studentin, nicht nur viel lernen, was Landarbeit und Viehhaltung betrifft, ich habe auch vieles über die Situation der Bauern erfahren, was die Menschen in der Stadt oft gar nicht bedenken, wenn sie Fleisch, Brot und Lebensmittel für teures Geld einkaufen. Mein Nachbar ist einer der Bauern, die selbst keine Landarbeiter einstellen können, wo die ganze Familie anpacken muß und wo den ganzen Tag hart gearbeitet wird.

Nie hört man Klagen darüber bei den Leuten, irgendwie schafft man die Arbeit trotzdem immer. Um so größere Wut hat sich bei mir darüber angestaut, daß sich trotz aller Mühen die Lage der Bauern dermaßen verschlechtert. "Heute schreibt doch einer in der Zeitung, den Bauern ginge es noch ganz gut, – die würden noch gut dabei wegkommen" schimpfte z. B. die Frau, "Wie ich das gelesen habe, ist mir bald die Hutschnur gerissen".

Und der Bauer erklärte mir: "49,– DM bekomme ich noch für das Ferkel, die letzten Monate waren es noch 70 bis 80 DM. Und ich muß froh sein, wenn ich das Viehzeug überhaupt loswerde!"

Wir haben uns über die "Schweineschwemme" unterhalten, von der seit neuestem in der Zeitung steht. Die "Schweineschwemme" gibt es schon länger. Schon länger bekommt der Erzeuger fast 32 % weniger für das Schwein als Ende letzten Jahres. Aber erst heute gehen die Preise für Schweinefleisch ein klein wenig zurück. Bislang sind sie stark angestiegen!

"Während ein Kilo Schwein von der Schnauze bis zum Ringelschwanz mit zwei Zentner Lebendgewicht 15 % weniger wert war (Monate Januar bis Mai) als zur gleichen Zeit des Vorjahres, kosteten die besten Stücke von Schweinchen Dick im gleichen Zeitraum sogar 6,8 % mehr. Pro Nase verzehrte der Bundesbürger daher zuletzt ein Kilo pro Jahr weniger." – schreibt die Frankfurter Rundschau. Der Bauer sagt richtig: "Eigentlich müßten doch die Preise fallen, die Schlachthöfe sind voll. Aber der Verbraucher hat noch nichts gemerkt von dem Überangebot ...: und warum? ... weil der Zwischenhandel groß daran verdienen kann. Das geht doch nicht mit rechten Dingen zu! Wenn das freie Marktwirtschaft ist, dann brauchen wir keine!"

Als ich ihn einmal nach den großartigen Krediten fragte, mit denen die SPD laut Wahlbroschüre die Landwirtschaft fördert, gab es eine große Belustigung: "Wenn ich mir Maschinen anschaffen will, dann nur, wenn ich es mir vom Mund abspare. Die Kredite, die gehen an die großen Güter, an die Versuchsgüter z. B. Da haben wir garnichts von!"

Auch bei der Unterhaltung der Bauern untereinander merkt man, wie die Unzufriedenheit wächst. Einmal sagte ein alter Bauer: "Da müssen erst die Roten her, damit es besser läuft!" Aber von der DDR wollte er auch nichts wissen.

Wir waren uns einig, daß hier wie in der DDR die Bauern ausgequetscht und ihre Arbeit ausgenutzt wird, damit Andere daran verdienen, nur daß es "drüben" etwas anders aussieht. Dann erinnerte er sich spontan an die letzte Krise, wo er zusammen mit 400 000 Bauern in Bonn gegen die niedrigen Erzeugerpreise demonstriert hat. Ich meine, er hat damit schon angesprochen, daß die Bauern auf dem richtigen Weg sind, wenn sie nicht länger nur mit den Fäusten fuchteln, sondern anfangen, sich zusammenzuschließen und vor allem selbständige politische Initiativen zu ergreifen. Denn dieser Weg führt geradewegs in einen Kampf gegen den bürgerlichen Staat, der die kapitalistische Krise auch auf die Bauern abwälzt, damit die Reichen daran verdienen, und das Ganze nach dem Motto "Landwirtschaft dient allen" (SPD-Wahlblättchen).

– J.B., Calden bei Kassel –

LANDTAGSKANDIDATIN DES KBW WIRD GEKÜNDIGT

Die Firma Merck in Darmstadt hat Sylvia Landgraf, Landtagskandidatin des KBW in Darmstadt, den Vertrag, der die Ableistung des Praktikums als Kindergärtnerin in den Kindertagesstätten der Firma regelt, aufgekündigt. Sechs Tage nach Herausgabe der Extranummer der Kommunistischen Volkszeitung der Ortsaufbaugruppe zu den Landtagswahlen schickte sie ihr einen Brief mit der Kündigung ins Haus: Sylvia Landgraf bräuchte am 1. August – von da an sollte sie in den Merck'schen Kindertagesstätten arbeiten – erst gar nicht zu kommen. Das Geld für den Monat August würde die Firma allerdings auszahlen. Eine Begründung wurde nicht genannt; dafür wurde umgehend eine andere Kindergärtnerin angestellt, die genau diejenigen Tätigkeiten auszuführen hat, die im Arbeitsvertrag mit Sylvia Landgraf vorgesehen waren.

So einfach, wie die Firma Merck sich die Sache vorstellt, ist das aber nicht. Seit 1973 gibt es ein hessisches Gesetz zur Sicherung der Mandatsausübung, das Kündigungsschutz gewährt, und zwar nach § 2 ausdrücklich vom Zeitpunkt an, wo der Landtagskandidat durch das zuständige Gremium als Bewerber aufgestellt wurde. Sylvia Landgraf hat deshalb Klage vor dem Arbeitsgericht Darmstadt erhoben und beantragt ab 1. August von der Firma Merck wie im Vertrag festgelegt beschäftigt zu werden.

– A.M., Darmstadt –

Magistrat verhängt Saalverbot für KBW

Nach den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhung und den Magistrat in Frankfurt hat eben dieser Magistrat durch Beschluß Nr. 1072 vom 10. Juni 1974 festgestellt, daß dem KBW keinerlei öffentliche Räume mehr überlassen werden dürfen. Als Begründung dieser Maßnahme nannte der Magistrat "die vom KBW organisierten gewalttätigen Demonstrationen anläßlich der Einführung des Frankfurter Verkehrsverbundes, bei denen der KBW mit Flugblättern den Magistrat ... beschimpfte und die Frankfurter Bevölkerung gegen den Magistrat aufzuhetzen versuchte". Bekannt wurde dieser Magistratsbeschluß erst, als die KBW-Ortsgruppe wegen der wiederholten Verweigerung von Sälen (der Geschäftsführer der Saalbau GmbH: "Sie wissen doch, daß Sie von uns nichts mehr kriegen!") vor Gericht ging.

Das Verwaltungsgericht gab dem Magistrat darin recht, daß er "die städtischen Säle grundsätzlich nicht solchen Gruppen oder Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen brauche, die gegen die demokratisch gewählten Vertreter der Stadt vorgehen, diese beschimpfen und dem Eigentum der Stadt Schaden zufügen". Auch bezwecke der KBW "nach seinem Programm und seinem bisherigen Verhalten Störungen unseres Staates auf allen Ebenen, auch der kommunalen Ebene". Dennoch wurde durch einstweilige Anordnung entschieden, daß dem KBW städtische Säle überlassen werden müßten. Denn nach Prüfung aller Informationen über den KBW kam das Gericht zur Ansicht: "Der KBW ist eine politische Partei... Nach Umfang und Festigkeit seiner durch ein Statut geregelten Organisation... bestehen keine ernstlichen Zweifel daran, daß der KBW einen dauerhaften Einfluß auf die politische Willensbildung nehmen will". Der Magistrat verzichtete auf einen Einspruch.

Am 15. Juli hielt der KBW im größten zentral gelegenen Saal der Stadt, dem Volksbildungsheim, eine Veranstaltung zur Vorbereitung der Landtagswahlen ab, auf der unter anderem der Genosse Hans-Jörg Hager vom Ständigen Ausschuß des Zentralen Komitees über die Notwendigkeit des Kampfes um die Arbeiterforderungen referierte und Zellen sowie einzelne Landtagskandidaten des KBW aus Betrieb und Stadtteil berichteten. Es kamen trotz der Urlaubszeit 550 Besucher. Keine Veranstaltung einer bürgerlichen Partei würde gegenwärtig in Frankfurt solches Interesse wecken können.

Die herrschende Klasse und ihre Parteien werden sich zum offenen politischen Kampf entschließen müssen. "Also nur Mut, meine Herren, hier hilft kein Maulspitzen, hier muß gepfiffen sein." (Friedrich Engels)

– G.K., Frankfurt –



Dies ist eines der Beispiele, wie der Frankfurter Magistrat auf hinterhältige Weise angebliche Reformen im Interesse der Frankfurter Bürger macht. Durch Elternbeiräte und Bürgervereine gezwungen, wurde Ende 1972 die sogenannte Schulhof-Aktion gestartet: 155 Schulhöfe nachmittags den Kindern zum Spielen zur Verfügung gestellt, denn an Spielplätzen mangelt es in allen Stadtteilen. Schon bald verkündete der Magistrat, daß diese Aktion ein Mißerfolg sei, die Kinder würden die Plätze nicht nutzen. Eine Untersuchung ergab nun jedoch: Das beliebteste Spiel der Kinder auf diesen Höfen ist Ballspielen und Radfahren (was kann man auf den Betonplätzen auch sonst schon tun). Wen wunderts, daß die Kinder die Plätze meiden, wenn genau dies verboten ist.

Grundeinheit Kindertagesstätten/GUV Frankfurt

Der Widerstand der Wyhler wächst

DER ANHÖRUNGSTERMIN WURDE ZU EINER NIEDERLAGE FÜR DIE LANDESREGIERUNG

In Wyhl/Baden wurden am Montag und Mittwoch letzter Woche "Anhörungstermine" zum geplanten Bau des Kernkraftwerks durchgeführt. Am Dienstagmorgen kam es gleich zum ersten großen Krach, als zahllose Einsprecher die Regierungsbehörde für befangen erklärten. Sie lehnten sie als Instanz, die über die Sache zu befinden habe, rundweg ab. Denn der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, dessen Chef Eberle stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzende des Badenwerkes ist und das noch Tage vorher in Zeitungsanzeigen aus Steuergeldern für die Kernkraftwerke geworben hat, führte in Person des Herrn Grawe den "objektiven" Vorsitz! Als Antwort wußten die Herren Genehmiger nur zu sagen, daß ihnen von der Landesregierung die Neutralität bescheinigt worden sei. Und außerdem ginge alles nach dem Buchstaben des Gesetzes vor sich.

Aber was sind das für Gesetze? fragte einer im Saal. Er sagte: Es sind Gesetze nicht für das Volk. Mit Ihnen kann nicht das Volk seine Interessen und Wünsche durchsetzen, sondern nur die Kapitalisten, in Wyhl konkret das Badenwerk. Das zeigte sich schon darin, daß das Volk ganze 14 Tage Zeit hatte, die Gutachten (hunderte von Seiten) einzusehen und Einsprüche zu verfassen!

Der Anhörungstermin war gekennzeichnet durch das unbeschreiblich arrogante Verhalten der Genehmigungsbehörde. Immer wieder riefen Menschen im Saal empört: Wo bleibt hier die Demokratie? Hier geht es zu wie in einer Diktatur! – Sprechchöre wie "Grawe weg!" und "Für einen neutralen Versammlungsleiter!" wurden gerufen. Als der Widerstand der vielen hundert versammelten Menschen gegen die manipulierte Versammlungsleitung einen Höhepunkt erreichte und demokratische Abstimmung über den Verlauf des Erörterungstermins gefordert wurde, bezog eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei im Keller der Halle Stellung.

Die Wut gegen Badenwerk und Landesregierung wurde dadurch noch größer. Sie entlud sich am späten Abend, als das Bonzenpack die Turnhalle verließ und in Bussen und dicken Dienst-Mercedessen nach Hause fahren wollte. Etwa hundert Bauern und Arbeiter erwarteten diese Herrschaften und beschränkten sich nicht nur darauf, ihnen deutlich die Meinung zu sagen. Als ein Dienstauto samt seinem ministeriellen Inhalt kurz davor stand, auf den Kopf gestellt zu werden, errettete die Polizei ihre Herren vor der Volkswut.

Am nächsten Vormittag stand den Herren Grawe und Co. noch der Schrecken der Nacht im Gesicht und sie waren heilfroh, daß kaum eine Öffentlichkeit vorhanden war, denn die Menschen waren entweder auf dem Feld oder in der Fabrik. Jetzt war die Stunde der "Experten".
Am Nachmittag war die Halle wieder voll besetzt. Um 18 Uhr brach der Vorsitzende Grawe zum vierten Mal die Diskussion über einen Themenkreis einfach ab, weil seiner Meinung nach der Argumente jetzt genug gefallen seien. Es waren gerade 6 von etwa 30 Einsprechern zu Wort gekommen! Das brachte das Faß zum Überlaufen. Die Versammelten forderten jetzt eine Unterbrechung des Termins bis zum Herbst, da
1. nicht alle Gutachten (z.B. das "Sicherheitsgutachten") vorlagen,
2. nicht genügend Zeit war, in die Gutachten einzusehen, und
3. die Genehmigungsbehörde durch die Zerstückelung des Verfahrens dieses beliebig in die Länge ziehen wollte und damit die Einsprecher ihren halben Urlaub in der Turnhalle hätten zubringen müssen.

Grawe lehnte ab. Es kam zu Tumulten. Jetzt brach Grawe ab, um mit Eberle über den Antrag der Vertagung zu telefonieren. Während dieser Unterbrechung trugen sich zahlreiche Diskussionen zu, in denen die ganze Wut gegen die Regierung zum Ausdruck kam. Innerhalb von 2 Stunden verkauften wir 120 Kommunistische Volkszeitungen mit der aktuellen Berichterstattung über den Anhörungstermin. In Gesprächen sagten uns viele: Wir sind zwar keine Kommunisten, aber wenn man das hier erlebt, dann muß man einfach radikal werden. Viele sagten uns: Wenn die hier das Kernkraftwerk bauen wollen, dann ist hier der Teufel los.
Als um 19 Uhr die Entscheidung des Wirtschaftsministers Eberle verkündet wurde, daß der Anhörungstermin unbedingt durchgepeitscht werden muß, kochte die Turnhalle. Feststellungen von Einsprechern wie "Recht muß höher stehen als Gesetz!" und "Wir Deutsche müssen aufhören, Untertanen zu sein!" wurden mit Beifallsstürmen bedacht. Als der Vorsitzende des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen, Wüstenhagen, erklärte, er würde diesen abgekarteten Schauprozeß nicht mehr mitmachen, verließen fast alle mit ihm den Saal.

Draußen vor der Halle schlossen sich die entschiedensten Kräfte zu einer Demonstration gegen den ortsansässigen Verantwortlichen für die Kernkraftwerks-Pläne zusammen. "Auf zum Bürgermeister Zimmer!" war der Ruf. Etwa 140 Menschen, Bauern, Arbeiter und Jugendliche zogen hinter einem schwarzen Sarg mit der Aufschrift "Demokratie" zum Haus des Wyhler Bürgermeisters, das von einem großen Polizeiaufgebot geschützt wurde. In zwei kurzen Ansprachen wurde unter großem Beifall aufgezeigt, was von den bürgerlichen Volksvertretern zu halten sei. Es komme jetzt darauf an, den Kampf gegen das Kernkraftwerk verstärkt weiter zu führen.

Insgesamt haben die zwei Tage in Wyhl gezeigt, daß die Entschlossenheit, das Kernkraftwerk zu verhindern, sehr groß ist und daß es bisher der Regierung keineswegs gelungen ist, eine Stimmung der Resignation zu schaffen. Im Gegenteil: Das Auftreten der Staatsvertreter beim Anhörungstermin hat die Menschen noch mehr solidarisiert und die Forderung: **Das Kernkraftwerk wird nicht gebaut!** noch mehr verbreitert.

– P.A., OG Freiburg
H.B., OAG Emmendingen –

Das Volk braucht Naherholungsgebiete

Weder Kommunalpolitiker noch Landesvertreter kümmern sich um die Errichtung oder um den Ausbau von Erholungsgebieten, da sie im allgemeinen Zusatzgeschäfte sind und keinen Profit abwerfen.
Ein Musterbeispiel dafür ist der Rasteder Gemeinderat!
Ursprünglich war geplant, die drei letzten der Öffentlichkeit zugänglichen Kiesseen des Ortes Nethen (Gemeinde Rastede) zu vereinen und dort ein Naherholungszentrum zu schaffen.
Doch neuerdings ist kein weiterer Ausbau des Dorfes Nethen und der Umgebung zu einem Naherholungsgebiet vorgesehen. Es wurde ein Baustopp erlassen, der das Dorf langsam dahinsiechen läßt, weil die Jugend des Dorfes zur Abwanderung gezwungen ist. Zusätzlich soll das Gebiet einer Managergruppe zur privaten Nutzung überlassen werden. Die Managergruppe plant, einen großen See zu schaffen, an dem sie ein Sanatorium und 500 Ferienhäuser zur "Nachkur" für reiche Privatpatienten errichten will. Die Bevölkerung ist somit weitgehend von der Benutzung des Sees ausgeschlossen.
Gegen diese Pläne hat sich zunächst die Ortsaufbaugruppe des KBW gewendet, die durch zwei Flugblätter die Badegäste und die Bevölkerung Oldenburgs und Rastedes darüber informierte.
Auf der Grundlage der Forderungen in den Flugblättern
- Kein Vertragsabschluß mit der Managergruppe!
- Veröffentlichung aller Pläne für dieses Gebiet!
- Befragung der Bevölkerung und Entscheidung über diese Pläne durch das Volk!

bildete sich in einer öffentlichen Versammlung eine Initiativgruppe.

Diese Initiativgruppe machte Hausbesuche bei Nethener Bürgern, diskutierte mit ihnen, sammelte Informationen und lud sie zu einer Versammlung in Nethen ein. Zu der Versammlung fanden sich etwa 20 Badegäste und 100 Bürger aus Nethen und näherer Umgebung ein.



Um zu verhindern, daß das letzte Naherholungsgebiet von Rastede in die Hand der Kapitalisten gerät, wie es der Gemeinderat geplant hat, sammelte die Initiativgruppe rund 900 Unterschriften gegen diese Pläne und dafür, daß nur die Bevölkerung das Recht hat, zu entscheiden, was mit diesen Gebieten geschieht.

Auf der Versammlung verabschiedeten wir eine Resolution, in der die anwesenden Gemeinderatsmitglieder aufgefordert wurden, innerhalb von 14 Tagen eine Bürgerversammlung einzuberufen, um die Pläne hinsichtlich Nethens aufzudecken.

Ob der Gemeinderat dem Antrag nachkommt, bleibt abzuwarten, wenn nicht, wird die Initiativgruppe die Nethener Bürger zu einer weiteren Versammlung einladen, um mit ihnen weitere Maßnahmen zu überlegen. In Oldenburg verteilte die Initiativgruppe Flugblätter, errichtete einen Informationsstand und sammelte insgesamt rund 900 Unterschriften.

G., Oldenburg



Eine Schlappe erlitten die Landesregierung und die Kapitalisten beim Anhörungstermin in Wyhl.

Wir bauen die Straße nicht

BAUARBEITER VERWEIGERN DEN BAU EINER BEHELFSSTRASSE DURCH DIE FREIAU

Wie in der letzten KVZ berichtet wurde, will der Freiburger Gemeinderat zum 1. August die ersten 10 Häuser des Wohngebietes Freiau abreißen lassen, um dort einenZubringer für die neue Stadtautobahn hinzusetzen. Um schon vor dem Abrißtermin vollendete Tatsachen zu schaffen, wollte die Stadtverwaltung bereits Anfang Juli eine Behelfsstraße zwischen zwei Blöcken (die noch eineinhalb Jahre stehenbleiben sollen) hindurchführen. Weniger als einen Meter an den Haustüren vorbei soll hier nach der Vorstellung der Stadtverwaltung Schwerverkehr fließen, damit die Mieter "freiwillig" vor Dreck, Lärm und Abgasen flüchten. Am 6. Juli in aller Frühe waren die Bagger zum Zerstören der Vorgärten bestellt. Durch die mutige Weigerung der Arbeiter und durch die 100 Menschen, die um 5 Uhr früh versammelt waren, wurden ihre Pläne durchkreuzt. Ein paar Tage später sollten die Bauarbeiter mitten in der Nacht, um 1 Uhr, aus dem Bett geholt werden, um mit dem Straßenbau anzufangen. Doch die Arbeiter weigerteg sich wiederum. Es wurde ihnen mit Kündigung gedroht, aber die Bauarbeiter antworteten, daß sie diese schmutzige Arbeit für den Gemeinderat nicht ausführen. In ihrem Vertrag stehe nichts davon, daß sie mit einer Behelfsstraße die Zerstörung von Wohnraum vorzubereiten hätten. Außerdem arbeiten sie 12 Stunden am Tag mit einer halben Stunde Pause, und da sollen sie mitten in der Nacht nochmal raus! Einer der Bauarbeiter meinte: "Wir Bauarbeiter halten zusammen, wir bauen die Straße nicht. Wenn der Gemeinderat sie unbedingt bauen will, dann sollen sich die Herren selber in den Anzügen auf den Bagger setzen und anfangen. Aber dann wird die Straße nie gebaut!" (Aus der Freiau-Information des Mieterrats)
Die einzige Freiburger Tageszeitung, die Badische Zeitung, veröffentlichte nur verleumderische Artikel und keine Leserbriefe mit Kritik an der Wohnungspolitik der Stadt.

Fast 200 Personen haben in Sammlungsanzeigen in der Badischen Zeitung die Aufhebung des Abrißbeschlusses zum 1. August gefordert. Eine solche Anzeige wurde auch von 23 Delegierten einer SPD-Kreisdelegiertenkonferenz unterschrieben.

Um den Schein der Einheit wieder herzustellen, erklärte am nächsten Tag der Pressesprecher der SPD, daß, wenn einzelne Parteimitglieder die Anzeige unterschrieben hätten, dies dem Beschluß der Partei, die Freiau jetzt nicht abzureißen, damit Zeit für neue Planungen gewonnen werden könnte, nicht widerspreche.

Inzwischen ist die SPD wie alle anderen politischen Organisationen und die Gewerkschaften erneut vom Mieterrat der Freiau aufgerufen worden zu einer breiten Aktionseinheit in einer Demonstration gegen den geplanten Abriß am 1.August.

–B.F./M.M., OG Freiburg–

Ablenkungsmanöver

BEHÖRDEN UND FERNSEHEN LENKEN VON DER GEFAHR DER KERNKRAFTWERKE AB

Nachdem der "Spiegel" und die Kommunistische Volkszeitung die Ablagerung von Atommüll auf der Müllkippe von Obrigheim aufgedeckt hatte, reagierte die Obrigkeit von Obrigheim mit ausgeklügelten Ablenkungsversuchen nach der Methode "Haltet den Dieb". Der erste Trick bestand darin, mehr oder weniger direkt, den KBW zu beschuldigen, das radioaktive Material geklaut und auf der Kippe deponiert zu haben, nachdem der KBW breit in einer Flugblattaktion die Bevölkerung aufgeklärt hatte. Der zweite Trick bestand darin, der Bevölkerung zu erklären, das Material sei so harmlos, daß man es jahrelang in der Hosentasche herumtragen könne, wie der Oberbürgermeister selbst ausführte. Doch der Trick von der Harmlosigkeit des Atomabfalls läßt sich schon deshalb nicht mehr aufrechterhalten, weil inzwischen nicht mehr nur die Obrigkeit von Obrigheim den ersten Verdunklungstrick vom angeblichen Diebstahl verbreitet, sondern weil dieser erste Trick inzwischen von höheren staatlichen Instanzen zu einer richtigen James Bond Fassung ausgebaut wurde, die auch von der Fernsehsendung Panorama aufgegriffen wurde. Es geht jetzt nicht mehr darum, der KBW hätte einige radioaktive Kügelchen entwendet, sondern darum, daß terroristische Elemente bei den derzeitigen Sicherheitsvorkehrungen ohne große Schwierigkeiten Material entwenden könnten, um im stillen Kämmerlein sich eine Atombombe zu bauen, oder das hochgiftige Plutonium zu erpresserischen Zwecken in die Hand bekommen könnten. Und Panorama – einst eine fortschrittliche Sendung – deutet auch ganz plump nach der Manier von Löwenthal an, daß die Hauptgefahr von den Palästinensern droht. Zwar ist sicher richtig, daß es besser ist, so hoch brisante Stoffe sorgfältiger zu bewachen, doch vor allem soll mit diesen bedrohlichen Geschichten davon abgelenkt werden, daß die ständige Bedrohung durch die technisch unzureichend gesicherten Kernkraftwerke in der ununterbrochenen Verseuchung der Umwelt durch radioaktiven Abfall, Aufheizung der Flüsse, Dampfbildung in einem Umfang, der das Klima verändert und dem unverantwortlich hohen Risiko radioaktiver Verseuchung durch Unfall und technisches Risiko besteht. Dies sind die Bedrohungen und Gefahren, gegen die sich Bürgerinitiativen an allen Orten, wo neue Kernkraftwerke gebaut werden, wehren. Der Feind in diesem Kampf ist das Kapital, das billig Energie gewinnen und teuer verkaufen will, und deshalb teure, aber notwendige Sicherungen und Ausrüstungen unterläßt, auch wenn Leben und Gesundheit der Bevölkerung dabei bedroht sind. Der Feind sind die Politiker, die diese Geschäfte politisch vertreten und meist auch direkt mit im Geschäft stehen. Diese Politiker wollen nun von ihrer verbrecherischen Politik ablenken. Sie empfehlen nicht den Kampf gegen die Umweltzerstörung und seine Verursacher – Profitstreben und kapitalistische Wirtschaft –, sondern wollen das Volk gegen andere Völker aufhetzen und gegen Terroristen. Terroristen aber sind für sie alle, die gegen das kapitalistische System sich erheben. Sie fordern nicht Umweltschutz – davon reden sie nur –, sondern verstärkte Aufrüstung des Kapitalistenstaates – gegen Terroristen sagen sie – gegen das Volk ist ihre Polizeiaufrüstung gerichtet.
In dieser Propagandaschmiere spielt die Obrigkeit von Obrigheim inzwischen nur noch die zweite Geige. Das Ordnungsamt von Obrigheim schickte an den KBW die Auflage, er solle die Plakate, die er gegen das umweltfeindliche Kernkraftwerk aufgehängt hatte, wieder entfernen mit der Begründung: Wildes Plakatieren verstoße gegen die Umweltschutzbestimmungen. Auch die Verteilung eines Flugblattes wurde untersagt.
Auf einer Versammlung jedoch beschlossen die anwesenden Einwohner von Obrigheim und umliegenden Gemeinden, unbeeindruckt von diesen Versuchen, den Widerstand durch solche Maßnahmen zu unterdrücken, daß sie sich gegen die Erweiterung des Kernkraftwerkes zur Wehr setzen werden.

– bb –

Schlechter Hang zur Routine

ZUR ZENTRALEN DEMONSTRATION IN KÖLN

Köln. Rund 2 500 Menschen nahmen an einer Aktionseinheit von ATÖF (türkischer Studentenverband), Gruppe Rote Fahne (KPD) und anderen initiierten zentralen Demonstration gegen die Ausländerverfolgung teil. Die Demonstration richtete sich insbesondere gegen die jüngsten Verfolgungsmaßnahmen gegen türkische Arbeiter und Studenten in Westdeutschland, so gegen die Ermordung von Neset Danis in Hamburg und gegen mehrere Verhaftungen in Hamburg, Frankfurt und Köln, auf Grund deren noch mehrere Türken in Untersuchungshaft gehalten werden. In Hamburg, Frankfurt und Köln hatten damals Demonstrationen stattgefunden, zu denen auch der KBW aufgerufen hatte. Zu der zentralen Demonstration in Köln hatte der KBW nicht aufgerufen, weil er es für falsch hält, das Kampfmittel der zentralen Demonstration routinemäßig und beliebig einzusetzen und es dadurch zu zerschleißen. Außerdem war die Plattform der Aktionseinheit falsch, weil sie als Hauptstoßrichtung den Kampf gegen das türkische Regime hatte. In Köln selbst hat die Ortsgruppe des KBW zu der Demonstration aufgerufen und einen Block von 300 bis 350 Teilnehmern gebildet.
Wie wenig ernsthaft die "zentrale" Demonstration in Wirklichkeit von den zentral aufrufenden Organisationen angegangen worden war, zeigt sich daran, daß durch die Organisationen der Aktionseinheit – zieht man die 800 Menschen ab, die die Gruppe Roter Morgen (KPD/ML) selbständig zentral mobilisiert hatte – lediglich 1500 Menschen mobilisiert worden sind. In Köln haben sie praktisch nichts gemacht für eine Mobilisierung. Anderswo haben sie die Demonstration als Routineangelegenheit behandelt.

Angesichts der Tatsache, daß die örtliche Demonstration in Köln gegen die Verhaftungen von Türken Ende Mai 1 000 Menschen umfaßte und auch eine gute Wirkung am Ort hatte, kann man diese zentrale Demonstration wirklich nicht als Fortschritt betrachten. Sie bestätigt uns voll und ganz in unserer Ansicht, daß der Hang zur Routine und zu "Demos" als beliebig einsetzbarer Kampfform der Entfaltung des Klassenkampfes nicht nützt, sondern schadet. Anders wird es sein bei der Chile-Demonstration in Frankfurt, wo sich die fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen wirklich auf eine breite Bewegung stützen können und wo eine zentrale Demonstration der richtige Ausdruck für die Stärke der Bewegung sein wird, wenn sie von allen Kräften, die die Demonstration tragen, nicht routinemäßig angegangen wird, sondern mit dem Ziel, die Massen zu mobilisieren.

Sichtbare Gegensätze auf Ärztetag

IN DER ÄRZTESCHAFT WÄCHST DER WIDERSTAND GEGEN DIE PROFITGEIER

Auf dem 77. Deutschen Ärztetag in Westberlin vom 25. bis 29.6.1974 traten eklatante Widersprüche zwischen reaktionären und fortschrittlichen Ärzten auf. Das "demokratisch gewählte Parlament der Deutschen Ärzteschaft", von dem die wenigsten Ärzte wissen, wie die Wahl der Delegierten zustande kommt, kümmert sich seit ihrem Bestehen im wesentlichen um die Interessen der frei praktizierenden Ärzte. So auch in diesem Jahr. Während ständig betont wurde, daß man nur im Interesse des Patienten handelte, wurden Beschlüsse zur "Lage der Psychiatrie" und zur "ambulanten ärztlichen Versorgung" gefaßt, die ausschließlich am Profitinteresse der niedergelassenen Ärzte orientiert waren.

Doch dieses Jahr wollte es mit der Einmütigkeit nicht recht klappen. Es fing damit an, daß am Vortag des Kongresses der Marburger Bund (Verband der angestellten und beamteten Ärzte Deutschlands e. V.) seinen Westberliner Landesverband ausschloß, weil dieser nicht aufgehört hatte, die "Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte Deutschlands" organisatorisch zu unterstützen. Die AUA hat ca. 3 000 Mitglieder, meistens angestellte Ärzte. Sie ist bekannt dafür, daß sie sich für eine bessere Gesundheitsversorgung der Bevölkerung einsetzt, indem sie unter anderem die Profitgier der niedergelassenen Ärzte und der Pharmazeutischen Industrie anprangert.

200 Ärzte der AUA forderten gleich am ersten Kongreßtag eine Grundsatzdiskussion zur Gesundheitspolitik. Obwohl der Ärztetag für Ärzte öffentlich ist, wurden die Demonstranten mit Hilfe von Ordnern, Polizei und prügelnden Arztkollegen z. T. erst gar nicht hereingelassen. Schließlich wurde ihre über Megaphon hervorgebrachte Forderung nach Diskussion mit ohrenbetäubender Tanzmusik übertönt. Aus Furcht vor Kritik aus den eigenen Reihen, wagte das Präsidium des Ärztetages nicht einmal, über die Anberaumung einer von der AUA angeregten Podiumsdiskussion abstimmen zu lassen. Prof. Sewering (12 Jahre bei der SS, 11 Jahre NSDAP-Mitglied, heute CSU-Mitglied, Präsident der Bundesärztekammer und Inhaber von 42 verschiedenen Ämtern innerhalb der Standesvertretungen) und andere Häuptlinge des Ärztestandes sprachen von einem gefährlichen Angriff auf "die Grundfesten des Ärztestandes" und wollten es gar nicht wahrhaben, daß es sich bei den Demonstranten tatsächlich um Ärzte handelte. Man sprach ständig von Querulanten und stellte doch gleichzeitig besorgt fest, daß es sich um eine "ansehnliche Minderheit" handle.
Zu guter Letzt legten der baden-württembergische Delegierte Kahlke und zwei Vertreter der Bundesassistentenkonferenz und Mitglieder des Präsidiums ihre Mandate nieder. Sie protestierten damit gegen die reaktionären und reformfeindlichen Beschlüsse des Ärztetages zur "Lage der Psychiatrie" und gegen die Ablehnung eines von ihnen eingebrachten Entschließungsantrages, der grundlegende Änderungen auf dem Gebiet psychiatrischer Versorgung forderte. Der 77. Deutsche Ärztetag machte Schluß mit der Einigkeit der Deutschen Ärzteschaft.

H.H., Heidelberg

Ohne Wohnung keine Arbeit

Heute kam beim KVZ-Verkauf im Stadtteil ein älterer Kollege auf mich zu und wollte gern die KVZ haben, doch er hatte kein Geld. Er war gerade aus dem Gefängnis entlassen worden und hatte keine Arbeit bekommen. Bei den etwa 6 000 Arbeitslosen in Bremen ist das schon eine schwierige Sache, besonders wenn der Personalausweis von der Polizeiverwaltung gestempelt ist.
Der Weg ins Gefängnis war aber auch gerade Folge seiner vorherigen Arbeitslosigkeit. Jahrelang hatte er auf einem Landgut bei Kassel gearbeitet, bis dem Gutsherrn einfiel, daß es für ihn noch günstiger ist, wenn er nur Familien statt einzelner Arbeiter beschäftigt und bei sich im Gut wohnen läßt. So kann er schließlich Mann und Frau ausbeuten. Also entließ er einige Landarbeiter.
Der Kollege hatte nun keine Arbeit und damit keine Wohnung mehr. Er stand mit den Möbeln, die er auf Raten gekauft hatte, auf der Straße. "Was sollte ich damit machen! Ich wußte doch nicht wohin, und habe dann die Sachen verkauft." Dafür kam er dann vor Gericht. Nach 5 Monaten Untersuchungshaft kam dann die Verhandlung. Der Richter ließ sich nicht lumpen: 5 Monate wegen Unterschlagung, also gerade so lange, wie er bereits in Untersuchungshaft gesessen hatte.
Dann kriegte er 10 DM und eine Fahrkarte nach Bremen in die Hand und bei der Gefängnisfürsorge hier nochmal 40 DM. Nach einigen Laufereien zum Arbeitsamt klappte es dann. Aber auf dem Fragebogen bei der Firma stand groß: "Vorbestraft – ja/nein".
"Und was hast du gesagt?" "ich hab natürlich nein angekreuzt, meinst du, sonst hätte ich überhaupt Arbeit gekriegt?" Aber das war nur die erste Hürde. Nachweis einer Wohnung und ärztliche Untersuchungsbescheinigung – "Sonst können wir Sie nicht einstellen", sagte man ihm in der Personalabteilung.
Jetzt ging die Sache erst richtig los. Die Zimmer waren alle zu teuer, er hatte nur noch die 40 DM. Vorschuß konnte er noch nicht kriegen, solange er nicht mindestens einen festen Wohnsitz nachweisen konnte. Und wenn er bis morgen nicht das Gesundheitszeugnis bringt, wird's auch nichts mit der Einstellung. Wir haben dann schnell unter einigen Genossen gesammelt, so daß er jetzt einen "festen Wohnsitz" hat (ein Zimmer von 10 Quadratmeter für 90 DM) und sich gesundheitlich untersuchen lassen konnte. Wir waren froh, daß wir ihm helfen konnten.
Es gibt sicher ehemalige Strafgefangene, die aus diesem Kreis – ohne Wohnung keine Arbeit und ohne Arbeit (weil ohne Geld) keine Wohnung – nicht wieder alleine rauskommen und eines Tages wieder im Gefängnis sitzen. Nicht weil ich eine "besondere" Schandtat des Kapitalismus anprangern will, berichte ich von diesem Kollegen, sondern weil er in diese elende Lage geraten ist gerade durch die normalen Verhältnisse im Kapitalismus.

– B.R., Bremen –



In Stuttgart demonstrierten deutsche und ausländische Arbeiter gegen die Kürzung des Kindergeldes für ausländische Kinder. Der KBW beteiligte sich an der Demonstration. Die Demonstranten forderten volle staatsbürgerliche Rechte für ausländische Arbeiter.

Totschlag bestätigt

DEUTLICHE ZEICHEN VON ÄUSSERER GEWALTEINWIRKUNG AM KOPF VON ROUTHIER

Essen. Beim KVZ-Verkauf am Samstag, den 29.6.74, in der Essener Innenstadt kam ich mit einem Doktoranten der Medizin ins Gespräch, der am Essener Klinikum promoviert und der – nach seinen Angaben – Günther Routhier auf der Station im Klinikum gesehen hat. Der Doktorant gab an, daß am Kopf von Routhier deutliche Zeichen äußerer Gewalteinwirkung zu erkennen gewesen wären. Im offiziellen Obduktionsbefund werden solche Einwirkungen als Ursache für die Gehirnblutung jedoch abgestritten. Ich habe, weil ich von dem Zusammentreffen überrascht war, den Fehler gemacht, mir nicht den Namen des Doktoranten geben zu lassen.
Ich habe heute ein Gespräch mit der Ärztin Frau Gedeon geführt, die von der Witwe von Günther Routhier damit beauftragt war, an der Obduktion teilzunehmen, jedoch von Richter und Polizei daran gehindert wurde. Frau Gedeon machte vor allem Aussagen zur ärztlichen Versorgung von Günther Routhier. Die Ärztin führte zusammenfassend aus, daß der Polizeiarzt, der Notarzt und auch der Neurologe fahrlässig gehandelt hätten, als sie es unterlassen hätten, Routhier, der bekanntermaßen Bluter war, sofort ins Krankenhaus zu überweisen und beobachten zu lassen. Wäre dies geschehen, so hätte die Möglichkeit bestanden, Günther Routhier zu retten. Als Routhier jedoch ins Essener Klinikum eingeliefert wurde – neun Tage nach den Mißhandlungen durch die Polizei – war es schon zu spät, die Gehirnblutung war bereits zu weit fortgeschritten. Die Ärztin bemerkte ferner, daß die Bluterkrankung von Routhier nicht die Ursache für seinen Tod war, sondern nur die gefährlichen Wirkungen des Blutergusses im Gehirn verstärkt hätte.

V W., Essen

GEW PADERBORN

Paderborn. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Paderborn der GEW vom 19.7.74 wendet sich entschieden gegen die Maßnahmen der politischen Polizei in Paderborn, die über 60 Exemplare der KVZ im Buchladen "Die Bücherecke" am 19.7. beschlagnahmt hat.
Um, nach mündlichen Aussagen des Polizeibeamten, die Verbreitung von Informationen zum Tode des Duisburger Arbeiters Günther Routhier, der nach einer Auseinandersetzung mit der Polizei seinen dabei erlittenen Verletzungen erlag, zu verhindern. Wir sehen darin eine unzumutbare Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit.

GEW Kreisverband Paderborn

Der Kampf gegen den § 218

DIE ANRUFUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS SOLL DEN KAMPF GEGEN DEN § 218 VERSCHLEPPEN

Während das Bundesverfassungsgericht das Inkrafttreten der Fristenlösung verhindert, arbeiten gegenwärtig die Gegner dieser Lösung heftig daran, ihre praktische Durchsetzung zu verhindern, auch wenn sie eines Tages Gesetz werden sollte. Allen voran marschieren hier die kirchlichen Krankenhäuser, die Krankenhäuser in CDU- und CSU-regierten Kommunen und Ländern und auch die reaktionären Ärztekammern. Auch in SPD-regierten Ländern wie z.B. Hamburg wird es darauf hinauslaufen, daß an den Krankenhäusern einfach zu wenig Betten zur Verfügung gestellt werden, so daß die beantragte Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen nicht durchgeführt werden kann.
Wir Kommunisten sind gegen die Fristenlösung und für die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen. Denn Fristenlösung heißt nichts anderes, als daß der Staat die Bevormundung in die Hände der Ärzte und Krankenhausträger legt. Die reaktionären Ärztekammern und die kirchlichen und staatlichen Krankenhausträger nehmen diese Aufgabe wie man sieht auch schon voller Eifer wahr. Sie werden dies tun, so lange das Gesundheitswesen in den Händen der Kapitalistenklasse und ihres Staates und nicht in denen der Arbeiterklasse und des Volkes ist.
Die Fristenlösung bietet also wohl für einige die Möglichkeit, ihr Recht auf Schwangerschaftsabbruch durchzusetzen, wenn es in ihrer Nähe ein Krankenhaus gibt, in dem die fortschrittlichen Ärzte dies durchsetzen konnten. Oder wenn in ihrer Nähe ein profitsüchtiger Arzt speziell eine Klinik für Schwangerschaftsabbrüche betreibt. Weil sie aber die Bevormundung aufrechterhält, indem sie den Reaktionären im Gesundheitswesen und seinen staatlichen Verwaltern das Geschäft der Bevormundung nun überläßt, entspricht sie nicht den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes. Darum muß dieser § 218 ersatzlos weg.
Viele Menschen im Volk waren für die Fristenlösung. Sie waren dafür, weil es ihnen schien, daß damit die Bevormundung in diesem Bereich ein Ende nehme und weil natürlich jeder versuchen wird, einen Schwangerschaftsabbruch so früh wie möglich vorzunehmen. Nach den ganzen Maßnahmen, die die Bourgeoisie jetzt vorbereitet, wissen sie, daß es nicht so ist, daß der Staat immer versucht, die Bevormundung aufrechtzuerhalten. Die SPD/FDP-Regierung mußte die Fristenlösung akzeptieren, weil die Bewegung im Volk sie dazu zwang. Aber trotz dieses Zugeständnisses wird es ihr letztlich der Charakter des bürgerlichen Staatsapparats gestatten, dieses Zugeständnis wieder zurückzunehmen, ohne daß sie sich dabei die Finger schmutzig zu machen braucht. Denn die bürgerliche Demokratie, die sich dadurch als demokratisch ausgibt, daß viele Institutionen unabhängig voneinander entscheiden, daß die Gewalten geteilt sind und eine der anderen die Entscheidung und Verantwortung zuschiebt, täuscht und verfälscht gerade dadurch den Willen des Volkes. Gerade in diesem Zusammenspiel der Gewalten zeigt sich, daß hinter ihnen nur die ungeteilte Macht der Bourgeoisie steht und daß diese Gewaltenteilung nur zur Täuschung des Volkes dient.
Wenn die Regierung nicht anders kann, als die Fristenlösung zu verabschieden, dann gibt es da noch die Opposition oder den Bundesrat, die, wie gehabt, verhindern, daß diese Gesetzesvorlage in Kraft tritt und die es durch ständiges Hin und Her der Regierung dann doch ermöglichen, ihre Gesetzesvorlage umzuändern oder gar zurückzuziehen.
Wenn hier alle Stränge reißen, dann nimmt sich das Bundesverfassungsgericht, diese höchste und scheinbar unabhängige Instanz, der Reform an und kassiert sie. Die SPD/FDP wird dann sagen, wir sind nicht schuld, wir wollten die Reform, aber dem Urteil des Gerichtes muß man sich beugen. Darin liegt dann auch der Hauptzweck dieses Bundesverfassungsgerichtes, daß es den Willen des Volkes immer dann verfälscht, wenn dies den bürgerlichen Parteien nicht so ohne weiteres möglich ist. Dies ist in der parlamentarischen Demokratie aber immer dann der Fall, wenn der Unmut des Volkes zu groß ist, als daß diese Volksvertreter es wagen könnten, offen ihre gegen die Interessen des Volkes gerichtete Politik anzupreisen. Denn zu schnell entlarven sie sich dann und zu schnell kann dann jeder erkennen, was es heißt, daß diese Parlamentarier nur ihrem Gewissen, aber nicht gegenüber dem Volke rechenschaftspflichtig sind.

Mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts soll die Entscheidung verschleppt und von der eigentlichen Auseinandersetzung abgelenkt werden. Durch dieses Manöver der Bourgeoisie darf sich aber die Arbeiterklasse und das Volk vom Kampf um sein Recht, unter menschenwürdigen Bedingungen Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, wenn es die Verhältnisse erfordern, nicht abhalten lassen. Wir werden nicht bis auf den St. Nimmerleinstag warten, an dem das Bundesverfassungsgericht entscheidet, sondern werden heute den Kampf um die Abschaffung des § 218 und gegen alle Maßnahmen, mit denen diese Bevormundung aufrechterhalten werden soll, weiterführen.
Denn gegen die bürgerliche Gewaltenteilung und gegen den vom Volk abgehobenen bürgerlichen Staat muß die Arbeiterklasse und das Volk seinen einheitlichen Willen zur Geltung bringen.

e.r.

Korrupte Professoren

PROFESSOR KAUFT AUF INSTITUTSKOSTEN FÜRS EIGENHEIM EIN STUDENTEN ZIEHEN IHREN KORRUPTEN PROFESSOR ZUR RECHENSCHAFT

Gegen Ende des Wintersemesters 1973/74 kaufte Professor Possin, Lehrstuhlinhaber am Institut für Anglistik der Technischen Universität Braunschweig, einen Stereoplattenspieler im Werte von 500 DM. Die Bezahlung wurde aus der Institutskasse vorgenommen. Das war vor einem halben Jahr, doch von einem institutseigenen Plattenspieler haben die Studenten lange nichts gemerkt, da er seit seiner Anschaffung im Eigenheim des Professors seine Dienste leistete, und das augenscheinlich sehr zur Zufriedenstellung des Herrn Professor, so daß er sich nicht mehr von ihm zu trennen vermochte. Dies ist jedoch noch nicht das Einzige, was sich der Professor geleistet hat: Vor mehreren Wochen ließ er in England Bücher bestellen, die aus der Institutskasse bezahlt wurden. Nach Eintreffen der Bücher ließ er sie nicht wie üblich für die Bibliothek signieren, mit der Begründung, daß er diese Bände "erst einmal" mit nach Hause nehmen müsse.

Bei Enthüllung dieser Vorgänge durch einen Artikel in der Zeitung des Kommunistischen Studentenbundes lehnte er erst jede öffentliche Stellungnahme ab und versuchte mittels Strafandrohungen, die Studenten einzuschüchtern und zu erpressen, um sie von ihrem gerechten Vorhaben, den Professor öffentlich zur Rede zu stellen, abzubringen.

Das hatte zur Folge, daß immer mehr Studenten einmütig auf der Forderung "Professor Possin muß öffentlich Rechenschaft ablegen" bestanden. Nun konnte Herr Possin nicht mehr umhin, in seiner Vorlesung eine Stellungnahme abzugeben. Dort rechtfertigte er sein Vorgehen als "Selbstverständlichkeit" und als "normalen Vorgang im Universitätsbetrieb"! Er habe die Gegenstände, die aus Institutsmitteln bezahlt wurden, im Rahmen seiner wissenschaftlichen Arbeit gebraucht. Eine weitere Stellungnahme und Beantwortung von Fragen von studentischer Seite, z.B. nach der Art dieser wissenschaftlichen Arbeit, lehnte er ab.

Professor Possins Enthüllung, daß es sich bei seinem Verhalten um einen normalen Vorgang im Universitätsbetrieb handle, ist nicht abzustreiten: Am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Technischen Universität Braunschweig stattete sich der Lehrstuhlinhaber Professor Lompe sein Büro mit einer feudalen Ledergarnitur aus. Gleichzeitig beteuert er den Studenten, daß nicht genügend Geld in der Institutskasse vorhanden sei, um einen Abzugapparat für die Studenten anzuschaffen.

Dies alles führt uns einmal mehr vor Augen, wie marode und korrupt die ganze bürgerliche Hochschule ist. Die Hochschule, wie der Staat selbst, ist vom Volk losgelöst; das arbeitende Volk wird zur Finanzierung dieser Einrichtung zwar immer stärker zur Kasse gebeten, hat davon aber nichts. Verläßliche Stütze einer solchen, vom Volk abgehobenen, bürokratischen und undurchsichtigen Staatseinrichtung, in welcher jeder nur nach oben, nämlich dem nächsten Vorgesetzten, verantwortlich ist, ist der Anglistik-Professor. Das konnte er nicht deutlicher ausdrücken als durch eine Äußerung gegenüber dem Fachschaftsrat Anglistik, dieser brauche die ganze Sache doch nicht an die Öffentlichkeit zu bringen, er sei doch "nur seinem Gewissen 'verantwortlich'" und wir hätten doch eine "repräsentative Demokratie". Diese Äußerung könnte aus dem Munde aller bürgerlichen Volksvertreter und -verwalter stammen: Einmal in Amt und Würden, wollen sie nur mehr ihrem Gewissen verantwortlich sein und scheuen die Öffentlichkeit wie der Teufel das Weihwasser, und das mit Recht: Vertreten sie doch nicht die Interessen des Volkes, sondern die einer kleinen Minderheit. Solche Professoren können wir nicht gebrauchen!

– M.H., Braunschweig –

10000 Unterschriften

FREIBURGER MEDIZINSTUDENTEN STREIKTEN GEGEN VERRINGERUNG DER AUSBILDUNGSPLÄTZE

In der Woche vor Pfingsten führten die Medizinstudenten der Universität Freiburg einen Streik gegen die geplante Verringerung der Ausbildungsplätze durch. In vielen Streikveranstaltungen und in vielen Gesprächen mit der Bevölkerung legten die Studenten ihren Standpunkt zu der geplanten Verschlechterung der Ausbildungssituation für die Mediziner dar. Weit über 10 000 Menschen brachten durch ihre Unterschrift zum Ausdruck, daß sie diese Maßnahmen ablehnen und die Medizinstudenten in ihrem Kampf unterstützen.

Inzwischen wurde endlich im höchsten beschlußfassenden Gremium der medizinischen Fakultäten der Beschluß über die Einführung einer Studienplatzbeschränkung im klinischen Abschnitt des Medizin-Studiums zurückgenommen. Dieser innere Numerus-Clausus sollte mit Hilfe eines Losverfahrens durchgesetzt werden, was im Laufe von mehreren Semestern für einige hundert Studenten eine Unterbrechung ihres Studiums für bis zu drei Semestern bedeutet hätte. Diese bürokratische Schikane wurde nun mit 14:13 Stimmen fallengelassen. Bis auf einen hatten alle Klinikdirektoren und leitenden Professoren gegen die Aufhebung des Numerus Clausus-Beschlusses gestimmt. 6 Studenten, 5 Assistenten, 5 Dozenten und ein Klinkchef stimmten für die Aufhebung dieses Beschlusses.

Das ist ein Erfolg des Kampfes der Medizinstudenten für ihr Recht auf einen Studienplatz!

Der Gemeinsame Ausschuß hatte den Plan des Losverfahrens und der Beschränkung der Kapazitäten auf 160 nämlich nicht freiwillig und durch gutes Zureden zurückgenommen, sondern er konnte zu diesem Schritt nur gezwungen werden, weil er von den Studenten massiv unter Druck gesetzt wurde und sich die Mehrheit der Studenten durch die Verdrehungen und schönen Versprechungen der Professoren nicht hinhalten hat lassen.

Dieser Erfolg ist zwar nicht ungetrübt – z. B. sind die einstweilig Zugelassenen von der Regelung ausgenommen, aber dennoch ist dieser Erfolg eine gute Voraussetzung dafür, den Kampf an der Freiburger Medizinischen Fakultät gegen die miserablen Studienbedingungen weiterzuführen.

Die Medizinstudenten feierten den Erfolg mit einer großen Siegesfeier!

Zelle Medizin der KHG Freiburg

Zur Auseinandersetzung an den Schulen

Das nächste Schuljahr wird mit einer weiteren Verschärfung der politischen Auseinandersetzung an den Schulen und um die Schulen beginnen. Noch kurz vor den Ferien wurden verschiedene Disziplinarmaßnahmen gegen fortschrittlich denkende Lehrer ergriffen, verschiedene Hochschulabsolventen aus politischen Gründen nicht eingestellt oder hinausgeprüft. Was im Herbst an den Schulen kommt, das wird nicht der Wonnemond der Reformpädagogik sein, sondern scharfe politische Unterdrückung und Entrechtung.

Diesen Angriffen wird von fortschrittlich denkenden Lehrern oft nicht richtig entgegengetreten. An der Hochschule hat man ihnen bis zum Überdruß Arroganz eingebleut und Massenverachtung, und das ganze Reformpädagogengesäusel läuft sowieso darauf hinaus, daß man die Kinder fortschrittlich erziehen muß hinter dem Rücken des Volkes und außerhalb seines Einflusses. Ziemlich viele Lehrer haben sich von solchen bürgerlichen Anschauungen noch nicht gelöst. Zumindest nicht, was ihre Schulpraxis angeht. Gegenüber den Eltern legen sie den Geist der Besserwisserei und Bevormundung nicht ab, beraten sich nicht, wissen immer schon von vornherein was richtig ist und fortschrittlich und begehen manchesmal sogar die Eselhaftigkeit, die Kinder eher gegen ihre Eltern aufzubringen als gegen die herrschenden Verhältnisse.

Kurz, sie verhalten sich oft wie ein x-beliebiger Reaktionär, bloß daß es angeblich fortschrittlichen Zwecken dient. Selbstverständlich wird die Staatsmacht gegen fortschrittlich denkende Lehrer, die solche Fehler machen, sofort vorgehen und gern, sozusagen, bevor sich ein solcher Lehrer bessert.

Denn, nur relativ geringe und eher mitleidige Unterstützung wird ein solcher Lehrer finden. Die Massen denken sich, jetzt kommt er daher um Unterstützung, aber vorher war nicht viel von ihm zu spüren. So kann man keine feste Front aufbauen. Das weiß die Staatsmacht natürlich auch und daher ergreift sie gerne die Gelegenheit, und serviert ab, ohne großes Federlesens.

Demgegenüber muß ein fortschrittlich denkender Lehrer auf folgendes achten. Auf die Massen muß er sich stützen, indem er nichts über das Schulelend verschweigt, sondern die Umstände enthüllt, unter denen Kinder unterrichtet werden in dieser Gesellschaft. Die Demokratie muß er beachten, indem er z. B. zu Beginn des Schuljahres auf dem Elternabend ein Arbeitsprogramm vorlegt, niederschreibt, wie er den Unterricht gestalten will und auf was es ihm ankommt. Hier kann man auch zeigen, was der Rahmen der gegenwärtigen Lehrpläne bedeutet, und wo man diese Lehrpläne kritisieren muß.

Legt ein Lehrer ein solches Arbeitsprogramm vor, dann wird es unvermeidlich Diskussionen geben und man wird schnell merken, daß die Massen ihre eigene Auffassung davon haben, was wichtig ist. Nicht bedeutet das, daß der Lehrer auf seine eigene Meinung verzichten soll. Er soll sie zur Diskussion und in Bezug auf die Durchführung des Unterrichtes auch zur Abstimmung stellen.

Jedenfalls soll keiner glauben, daß es fortschrittlich ist, vor den Eltern zu verbergen, was man den Kindern lehren will. Möglichkeiten zum Besuch des Unterrichts, wo man sich durch eigene Anschauung von Stoßrichtung und Qualität des Unterrichts überzeugen kann, müssen gegeben werden.

Einen Lehrer, der Schluß macht mit der Geheimniskrämerei im Klassenzimmer und der bereit ist, seine Tätigkeit nicht nur vor den Massen offen, sondern vor allem auch festzulegen, einen solchen Lehrer werden die Massen unterstützen, weil er es ihnen erleichtert, den Klassenkampf zu führen und Einfluß zu nehmen auf öffentliche Angelegenheiten. So kann vermieden werden, daß der scharfe politische Kampf an und um die Schulen sich austobt und verebbt als Kampf zwischen einzelnen Lehrern und Oberschulämtern. Was die fortschrittlichen Lehrer angeht, so müssen sie sich fest einprägen, daß es ganz und gar unmöglich ist, die Wissenschaft der Arbeiterklasse, die auf Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zielt, zu verbreiten hinter dem Rücken der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Allen Versuchen, sich als Missionare mit Zuckerbrot und Notenpeitsche aufzuführen, müssen sie standhaft entgegentreten, denn solche Missionare gibt es schon genug für die Zwecke der bürgerlichen Klasse, die Arbeiterklasse braucht sie nicht, sondern revolutionäre Demokraten.

M.F.

Juso AStA bekämpft fortschrittliche Ausländer

An Mittwoch, 15. Juli, entband der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Universität Heidelberg, der vom Hopoko (einer den Jusos nahestehenden Organisation) gestellt wird, die von der Ausländer-Vollversammlung gewählten Auslandsreferenten von ihren Geschäften.

Der Juso-AStA machte sich damit direkt zum Erfüllungsgehilfen der Politik der westdeutschen Behörden, die immer mehr die Rechte der ausländischen Studenten einschränken. So wurde anläßlich der Fußballweltmeisterschaft in Heidelberg ein palästinensischer Student verhaftet unter der frei erfundenen Anschuldigung, er plane Attentate auf israelische Einrichtungen. Obwohl er, weil ihm nichts nachzuweisen war, freigelassen wurde, mußte er sich vor jedem Weltmeisterschaftsspiel bei der Polizei melden. Inzwischen sind weitere Studenten von der Ausweisung bedroht, einer z.B. weil er 15 Tage zu spät in die Bundesrepublik eingereist ist. Zu diesen ganzen Vorfällen schwieg das Akademische Auslandsamt, eine Einrichtung der Universität, die die Interessen der ausländischen Studenten vertreten soll, und versagte die materielle Unterstützung für die politisch verfolgten ausländischen Studenten. Die Vollversammlung der ausländischen Studenten an der Universität Heidelberg forderte in einem offenen Brief von dem Auslandsamt einen öffentlichen Protest gegen die Verhaftung des Palästinensers und die Übernahme der Anwaltskosten. Als das Auslandsamt nicht antwortete, besetzten ausländische und westdeutsche Studenten vorübergehend das Auslandsamt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Während dieser Besetzung erklärte der Vorsitzende des Auslandsamts, Schneider, daß er kein Geld für die Übernahme der Anwaltskosten besitze, obwohl die Studenten eine Rechnung des teuersten Hotels in Heidelberg über ein Essen in Höhe von 2 235 DM fanden! Um die ausländischen Studenten im Kampf um ihre Rechte einzuschüchtern und zu schwächen, drohte das Rektorat, das vom reaktionären "Bund Freiheit der Wissenschaft" gestellt wird, mit der Suspendierung der AStA-Auslandsreferenten. Die Sozialdemokraten im AStA wandten sich nun nicht etwa gegen diesen Angriff, sondern entließen selbständig die Auslandsreferenten und sprachen der Ausländer-Vollversammlung das Recht ab, ihre eigenen Referenten zu wählen! Aber die Auslandsreferenten haben dem Juso-AStA erklärt, daß sie ihre Funktion so lange wahrnehmen werden, wie sie von der Ausländervollversammlung nicht abgewählt werden. Sie weigerten sich, die Schlüssel für die Räume des AStA zu übergeben, und können in ihrem Widerstand gegen die drohende Suspendierung der Unterstützung der fortschrittlichen ausländischen und westdeutschen Studenten sicher sein, die bereits im Studentenparlament die Abstimmung über die Abwahl verhinderten.

– KHG Heidelberg –

SOFORTIGE FREILASSUNG VON D. KUNZELMANN

Drei Jahre und 11 Monate sitzt Dieter Kunzelmann in Berliner Gefängnissen. Fünf Monate davon saß er für eine Beleidigung des Staatsanwaltes! In dem Verfahren, das die schwersten Anschuldigungen gegen ihn vorbrachte, den Brandanschlag auf den Berliner Juristenball verübt zu haben, wurde er freigesprochen. Aber er wurde nicht freigelassen. Zwei schon mal niedergeschlagene Verfahren wurden wieder hervorgeholt, neu verhandelt und mit einem Urteil von 16 Monaten beendet, das jetzt rechtskräftig gemacht wurde. Diese Strafe mußte er nun antreten, obwohl er schon mehr als die doppelte Zeit im Gefängnis saß.

Die Staatsanwaltschaft hat noch einen ganzen Vorrat an den tollsten Vorwürfen, die sie nach und nach in weiteren Prozessen einsetzen will. So soll Kunzelmann 1969 20 Pastoren dazu genötigt haben, über den Krieg in Vietnam zu reden. Gegen ihn wurden jegliche Bestimmungen über Untersuchungshaft aufgehoben. Aber den Rebellen Kunzelmann können sie nicht kleinkriegen, wie seine Briefe aus dem Gefängnis zeigen. **Für die sofortige Freilassung von Dieter Kunzelmann!**

Krankenhausreform

PATIENTEN WERDEN ZUR KASSE GEBETEN

Während des niedersächsischen Landtagswahlkampfes hatten die Parteien von ihren Plänen zur "Reform" des Krankenhauswesens geschwärmt. Während die CDU das "erstklassige Krankenhaus" forderte, womit sie verbergen wollte, daß sie gegen eine einheitliche Behandlung aller Kranken ist, arbeitete die SPD mit der Forderung nach einem "klassenlosen Krankenhaus".

Jetzt, nachdem der Rat der Stadt Osnabrück die neuen Pflegesätze für die städtischen Kliniken beschlossen hat, wissen wir, was damit gemeint war. Nach der neuen Bundespflegesatzverordnung (in Kraft getreten am 1. Januar 74) muß in jedem Krankenhaus ein einheitlicher, allgemeiner Pflegesatz aufgestellt werden. Dieser Pflegesatz beträgt in den städtischen Kliniken Osnabrück 144,20 DM am Tag. Dieser Pflegesatz ist von allen zu zahlen. Und auch die Privatpatienten erhalten jetzt zu diesem Pflegesatz medizinische und Sachleistungen wie Röntgen und Laboruntersuchungen, die sie vorher zusätzlich bezahlen mußten.

Wer nun aber glaubt, mit dieser Regelung sei das klassenlose Krankenhaus eingeführt, der hat sich gründlich getäuscht: "Wer zusätzliche Krankenhausleistungen wünscht, d.h. Leistungen, die medizinisch nicht notwendig sind, der wird dafür auch gesondert zur Kasse gebeten." (Neue Osnabrücker Zeitung) Diese Sonderleistungen werden dann aufgezählt:

1. Bessere Unterkunft. Für Zweibettzimmer muß 21,70 DM zugezahlt werden. Für Einbettzimmer 50,50 DM.
2. Spezialbehandlung durch den Chefarzt. Die "Chefärzte stehen grundsätzlich jedem Patienten, der ihrer Hilfe bedarf, uneingeschränkt zur Verfügung" (Neue Osnabrücker Zeitung). Nur muß jede dieser besonders in Anspruch genommenen Chefarztleistungen auch besonders bezahlt werden.

Wer sich diese Sonderleistungen erlauben kann, ist klar. Diese ganze Neuregelung ist der Versuch, mit viel schönen Worten die Beibehaltung der jetzigen katastrophalen Krankenhauszustände, die eine ausreichende Krankenversorgung nur für Leute mit Geld sichern, zu verteidigen.

– H.K., Osnabrück –



200 Polizisten und ein Boot der Wasserschutzpolizei wurden in Kiel eingesetzt, um eine schriftliche Prüfung durchzuführen. Zweimal hatte der Protest der Studenten die Durchführung dieser Prüfung verhindert, die einzig dazu da ist, die schlechte Ausbildungssituation an der Universität auf Kosten der Studenten auszutragen, da jeweils ein großer Teil von ihnen durch diese Prüfung ausgeschieden werden soll. Ähnliche Proteste gab es in Heidelberg.
Hier boykottierten die Medizinstudenten ebenfalls zweimal die Klausur. Um den Drohungen der Professoren und der Universitätsbürokratie nicht ausgeliefert zu sein, beschlossen sie dann gemeinsam die Klausur zu schreiben.

Zwölf Mal Ein Jahr Bahnhofsverbot

TROTZ EINSATZ VON SPITZELN UND POLIZEI: FLUGBLÄTTER BEIM REKRUTENABSCHIED

Freiburg. Am Montag, den 1.Juli, verteilten ca. 40 Genossen und Sympathisanten ein Extrablatt des Kommunistischen Jugendbundes zum Rekrutenabschied auf dem Hauptbahnhof Freiburg. Wenige Tage zuvor war der Student Reinhard Kromberg wegen angeblichem "Widerstand gegen die Staatsgewalt" beim letzten Rekrutenabschied im Oktober 1973 zu 140 DM verurteilt worden. Auf einer Veranstaltung kurz vor dem Prozeß hatte der KBW die Anwesenden aufgefordert, durch ihre zahlreiche Teilnahme bei der nächsten Flugblattaktion das versuchte Verbot antimilitaristischer Propaganda beim Rekrutenabschied zu vereiteln. Viele trugen sich daraufhin in die bereitliegenden Listen ein.

Kaum hatten die ersten zwei Dreiertrupps an den Zügen ihre Flugblätter verteilt, als ein Spitzel, der uns vom Prozeß bekannt war, einen von uns aufforderte, sofort vom Bahnhofsgelände zu verschwinden, mit der Begründung: "Wir kennen uns ja, ich habe Sie auf dem Prozeß gesehen." Wir versuchten laut zu diskutieren, um damit den Spitzel zu entlarven und unser Recht auf freie Meinungsäußerung und Information wahrzunehmen. Inzwischen rückten auf Signal des Spitzels unter der Leitung von Bahnpolizist Stör 8 Polizisten an und nahmen den angesprochenen Genossen sowie 5 Umstehende, die sich über das Verhalten der Bahnpolizisten empörten, vorläufig fest. Als die Festgenommenen schon in der Amtsstube waren, stießen die Polizisten noch zwei außerhalb agitierende Genossen zum Teil mit Stößen und Fußtritten in das Verhörzimmer. Dort wurden dann die Personalien aufgenommen und gegen sechs der Festgenommenen einjährige Bahnhofsverbote verhängt. Bei alledem war ein Bundeswehrmajor anwesend. Im Verlauf des Vormittags gingen die Bahnpolizisten immer heimtückischer und brutaler vor: Ein von einem Polizeihund angefallener Genossen berichtet: "Bahnpolizist Frey stand plötzlich vor mir, als gerade nicht all zuviele Leute um mich herum waren, und erklärte, daß ich vorläufig festgenommen sei und mit zur Wache kommen solle. Auf meine Frage weshalb, sprang mich sein Hund Rex von der linken Seite an, und umfaßte mich mit seinen Vorderpfoten, kläffte und wollte wohl gerne zubeißen, was ihm aber nicht recht gelang, weil er einen Maulkorb um hatte. Während ich weiter fragte, weshalb ich festgenommen sei, und ihn aufforderte, seinen Köter festzuhalten, ... drängte er mich die Treppe hinunter und forderte mich auf, keinen Widerstand zu leisten, weil sonst der Hund ..."

Andere wurde von "Zivilen" gefragt, ob sie auch ein Flugblatt haben könnten, bei der Übergabe wurden sie fotografiert und sofort verhaftet. Passanten, die eine Plastiktüte bei sich trugen, wurden durchsucht. Der ganze Bahnhof wimmelte von zivilen Spitzeln, die zum Teil fotografierten und von Polizisten, denen es gelang 12 Verteiler mit einem 1 jährigen Bahnhofsverbot zu belegen. Trotz dieser üblen Verfolgungsmaßnahme konnten wir alle Flugblätter verteilen und führten viele Diskussionen mit Rekruten und Passanten über die innere und äußere Funktion der Bundeswehr als bewaffnete Formation der Bourgeoisie, sowie über die Forderungen unseres Programms nach Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung.

M.Z., KHG Freiburg






MAD und Kripo gehen gegen Soldatengruppe vor

Seit Dezember 1973 hat sich in der Generaloberst von Fritsch-Kaserne in Pfullendorf eine Soldatengruppe gebildet, die den vorhandenen Widerstand der Soldaten gegen die Bundeswehr organisiert. An verschiedenen Beispielen aus der Kaserne (Z.lerfeste, Waffenschau, Diensteinteilung usw.) deckten wir den wahren Charakter der Bundeswehr auf.
Am 8.Juli durchsuchte die Kripo zusammen mit dem MAD die Spinde mehrerer Kameraden, die verdächtigt werden, der Soldatengruppe anzugehören. Ebenso durchsuchten sie die Wohnung eines Genossen, der für die Flugblätter unserer Gruppe presserechtlich verantwortlich zeichnete. In stundenlangen Verhören versuchten die Beamten, Geständnisse und Informationen über die Soldatengruppe zu erhalten. Dabei wandten sie die übelsten Tricks an, die von Versprechungen bis zu handfesten Drohungen reichten.
Gegen die betroffenen Kameraden wurde ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Verstoßes gegen den § 89 StGB eingeleitet.
Aus dem Vorgehen der Kripo und des MAD können wir lernen, daß der bürgerliche Staat rücksichtslos gegen kommunistische Gruppen in der Bundeswehr vorgeht, weil auch er erkannt hat, daß wir Kommunisten unseren Einfluß vergrößern. Denn gerade in der Bundeswehr wird uns Soldaten die Unterdrückung in diesem Staat besonders deutlich. So war es auch kein Wunder, daß unsere Flugblätter und Zeitungen bei den Kameraden großen Anklang fanden. Weiter haben wir die Erfahrung gemacht, daß kommunistische Soldatengruppen mit kommunistischen Organisationen außerhalb der Bundeswehr zusammenarbeiten müssen, um eine beständige und erfolgreiche Arbeit leisten zu können. Für kommunistische Soldaten ist es außerdem wichtig, in der Bundeswehr konspirativ zu arbeiten, um dem MAD, dessen Aktivitäten oft unterschätzt werden, die Zerschlagung kommunistischer Zellen nicht all zu leicht zu machen.
Wir lassen uns von diesen Unterdrückungsmaßnahmen des Staates nicht einschüchtern; wir werden unseren Kampf gegen diese Armee weiterführen. Soldatengruppe Pfullendorf

Wie Offiziere feiern

BERICHT EINER ORDONANZ AUS LÜNEBURG

Als Ordonnanz, in einem Offizierskasino in Lüneburg, bekam ich die Offiziere ganz anders zu sehen, als sie sich den Mannschaften gegenüber zu geben pflegen. Da feierten z. B. 15 Offiziere, die sonst unheimlich darauf achteten, daß alles seine militärische Ordnung hat, beim letzten NATO-alarm (Alarmbereitschaft des gesamten Nordatlantikpakts) Ende Juni, mit ihren Frauen bei Tanz und Alkohol ein ausgiebiges Fest. Hätten sich das ein paar Mannschaftsdienstgrade erlaubt, wären sie sicherlich wegen Wachvergehen in den Knast gekommen. Wir mußten sie auch an diesem Abend bedienen und ihnen zu Diensten stehen. Im Durchschnitt müssen wir den Offizieren jede Woche 50 Stunden zur Verfügung stellen. Jede dritte Woche allerdings mit Wochenende, ca. 90 Stunden je nach Laune der Offiziere bei Festen noch länger. Nach einem Bataillonsball, als einige Offiziere morgens nach durchsoffener Nacht sich auf den Rasen setzten und dort nach einem Frühstück weitertranken, mußten einige von uns 42 Stunden in eins durch Dienst machen. Der letzte Offizier verschwand an diesem Tag erst gegen 17 Uhr. Dieser Dienst beruht auf "freiwilliger" Basis. Aber das wissen die wenigsten und außerdem wissen wir ja, wie es mit der Freiwilligkeit beim Bund aussieht.
In jeder Kaserne gibt es ungefähr 10 Ordonnanzen, die nur dafür da sind, die Offiziere und Heimgesellschaften zu bewirtschaften. In der Heimgesellschaft sind nur die lukrativen Glieder der Bourgeoisie vertreten, höhere Beamte, Bürgermeister und Leute aus dem mittleren Adelstand, davon sind die meisten Reserveoffiziere.
Daran, daß Wehrpflichtige eigens für die Bedienung der Offiziere abgestellt werden, kann man sehen, wie diese Herren mit unseren Steuergeldern umzugehen wissen.

h.K., OAG Celle

erlaubt, wären sie sicherlich wegen
Wachvergehen in den Knast gekommen. Wir mußten sie auch an diesem Abend bedienen und ihnen zu Diensten stehen. Im Durchschnitt müssen wir den Offizieren jede Woche 50 Stunden zur Verfügung stellen. Jede dritte Woche allerdings mit Wochenende, ca. 90 Stunden je nach Laune der Offiziere bei Festen noch länger. Nach einem Bataillonsball, als einige Offiziere morgens nach durchsoffener Nacht sich auf den Rasen
schaften zu bewirtschaften. In der
Heimgesellschaft sind nur die lukrativen Glieder der Bourgeoisie vertreten, höhere Beamte, Bürgermeister und Leute aus dem mittleren Adelstand, davon sind die meisten Reserveoffiziere.
Daran, daß Wehrpflichtige eigens für die Bedienung der Offiziere abgestellt werden, kann man sehen, wie diese Herren mit unseren Steuergeldern umzugehen wissen.
h.K., OAG Celle

Der Kampf um Rechte in der Bundeswehr

DIE INSTITUTION DES VERTRAUENSMANNS NUTZEN - ZUM BRIEF DES GEFREITEN B.

Gefreiter B. bezieht sich in seiner Stellungnahme auf einen Leserbrief des Vertrauensmannes Aulich, der aufgrund seiner Erfahrungen als Vertrauensmann mehr Rechte für Vertrauensleute gefordert hatte, u.a.
Rechenschaftspflicht und jederzeitige
servistenkomitees gegenüber. Dies ist falsch.
Denn ist es nicht Kampf für die Rechte aller Soldaten, wenn Aulich regelmäßige Soldatenversammlungen fordert; können die Interessen der Soldaten nicht besser vertreten werden,
"außerhalb" der Kaserne zu verlegen. Dies wäre aber gerade falsch, weil wir so eine Möglichkeit, bessere Bedingungen für die Interessenvertretung der Soldaten zu schaffen, aufgeben würden.
Meines Erachtens verhält es sich mit den Vertrauensleuten in der Bundes-

Der Kampf um Rechte in der Bundeswehr

DIE INSTITUTION DES VERTRAUENSMANNS NUTZEN - ZUM BRIEF DES GEFREITEN B.

Gefreiter B. bezieht sich in seiner Stellungnahme auf einen Leserbrief des Vertrauensmannes Aulich, der aufgrund seiner Erfahrungen als Vertrauensmann mehr Rechte für Vertrauensleute gefordert hatte, u.a.
Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit der Vertrauensleute,
Keine Abberufung des Vertrauensmannes durch Truppendienstgerichte,
Organisierung auf Bataillons- und Brigadeebene,
Regelmäßige Soldatenversammlungen.
Gefreiter B. vertritt dann allerdings die Auffassung, daß der von Aulich vorgeschlagene Kampf für diese Rechte nicht der richtige Weg ist, mehr Demokratie in der Bundeswehr zu erreichen.
Gefreiter B. meint, daß nur der Kampf um die Erweiterung der Rechte aller Soldaten, der Kampf gegen die Wehrverfassung insgesamt und die Entwicklung von Organisationsformen, die unabhängig von den durch die Wehrverfassung gesetzten Bedingungen die Soldaten im Kampfe zusammenfassen und sie befähigen, ihren Interessen Ausdruck zu verleihen, dazu in der Lage sei, die Interessen der Soldaten zu vertreten. Dabei stellt er dem Kampf um die Erweiterung der Rechte der Vertrauensleute dem Aufbau von Soldaten- und Reservistenkomitees gegenüber. Dies ist falsch.
Denn ist es nicht Kampf für die Rechte aller Soldaten, wenn Aulich regelmäßige Soldatenversammlungen fordert; können die Interessen der Soldaten nicht besser vertreten werden, wenn die Vertrauensleute nur ihrem Wahlkörper rechenschaftspflichtig sind? Der Kampf um diese und andere Forderungen ist meines Erachtens sehr gut dazu in der Lage, aufzuzeigen, was in der Bundeswehr unter Demokratie verstanden wird, und man wird auch sehr gut vermitteln können, warum dies so ist: weil nämlich eine Armee, die immer stärker auf ihren Einsatz im Innern z.B. gegen streikende Arbeiter oder über unsoziale Maßnahmen empörte Bürger vorbereitet wird, durch fehlende Möglichkeiten der Interessenvertretung der Soldaten ihr reibungsloses Funktionieren garantieren soll.
Der Aufbau von Reservisten- und Soldatenkomitees steht dazu doch überhaupt nicht im Widerspruch. Im Gegenteil, im Kampf für diese Forderungen wird man auch Soldaten für die Mitarbeit in Soldaten- und Reservistenkomitees gewinnen. Die Position von B. läuft jedoch letztlich darauf hinaus, den Kampf um mehr Demokratie in der Bundeswehr überhaupt aufzugeben und sich auf die Arbeit "außerhalb" der Kaserne zu verlegen. Dies wäre aber gerade falsch, weil wir so eine Möglichkeit, bessere Bedingungen für die Interessenvertretung der Soldaten zu schaffen, aufgeben würden.
Meines Erachtens verhält es sich mit den Vertrauensleuten in der Bundeswehr genauso wie mit der Schülermitverwaltung an den Schulen. Beide Institutionen wurden vom bürgerlichen Staat geschaffen, um zwei Institutionen, wo die ohnehin kümmerlichen demokratischen Rechte weiter eingeschränkt sind, einen Schein von Demokratie und Interessenvertretungsmöglichkeit zu geben. Wie bei der Schülermitverwaltung wäre es auch bei den Vertrauensleuten falsch, diese Institutionen einfach als den Interessen der Bourgeoisie dienend zu entlarven, sondern es gilt selbstverständlich ihre beabsichtigte Funktion aufzuzeigen, jedoch in diesen Institutionen mitzuarbeiten, dort konsequente Positionen durchzusetzen und gleichzeitig den Kampf für die Erweiterung der Rechte dieser Institutionen zu kämpfen. Nur wenn wir so an jedem einzelnen Punkt den Kampf für umfassende demokratische Rechte führen, werden wir schließlich auch den Kampf um die umfassendste Demokratie, die Diktatur des Proletariats, für uns entscheiden. F.P., Karlsruhe

Katastrophenschutz gegen Streiks und Demonstrationen

In den ersten Maitagen dieses Jahres fand im Kreis Düsseldorf-Mettmann eine Übung des Katastrophenschutzes statt, an denen mehrere ZS–(=Zivilschutz) Einheiten teilnahmen. Zu dieser Übung waren hohe Vertreter der Kreisverwaltung, Kreistagsabgeordnete sowie Pressevertreter geladen. Der Übung lag eine sogenannte "Allgemeine Lage" zugrunde, von der Kreisverwaltung ausgearbeitet.
Der Inhalt zeigt in erschreckender Weise, wie schnell Bevölkerungs"schützer" mit Manipulation von oben in Bevölkerungs"bekämpfer" umgepolt werden können und wie die Staatsmacht die Zukunft des Kapitalismus einschätzt – nicht rosig: Die für solche Manöver übliche Annahme, daß "anarchistische Kreise" Anschläge verüben, wird in dem folgenden Dokument so beschrieben, daß deutlich wird, daß das soziale Elend des Kapitalismus selbst die Rebellion hervorruft.

Ein Sympathisant

K–FERNMELDERAHMENÜBUNG "BUSSARD"

ALLGEMEINE LAGE

Die fortlaufende inflationäre Entwicklung und die bisher gescheiterten Versuche der Regierungen der westlichen Welt, die schleichende Weltwährungskrise in den Griff zu bekommen, haben zu einer Weltwirtschaftskrise, insbesondere in den vom Export abhängigen Industrienationen, geführt. So ist es auch in der Bundesrepublik vielerorts zur Kurzarbeit und zur Entlassung von Arbeitskräften gekommen. Die ausländischen Arbeitskräfte, die hiervon besonders betroffen wurden, haben durch zahlreiche wilde Streiks und Demonstrationen ihren Unwillen zum Ausdruck gebracht.

In den letzten Tagen haben jedoch anarchistische Kreise unter Ausnutzung der sich immer mehr verstärkenden sozialen und wirtschaftlichen Spannungen mancherorts Einfluß auf unzufriedene Arbeitnehmer erhalten. So ist es in Nordrhein-Westfalen neben der Besetzung von einigen Betrieben auch schon zu Zerstörungen der Energieversorgung gekommen. Mit einer Eskalation durch Übergriffe auf die öffentliche Versorgung wird gerechnet. Für das kommende Wochenende und für die nachfolgende Woche werden weit größere Demonstrationen und Streiks, die zu schwerwiegenden Stillegungen der industriellen Produktion in einer Vielzahl von Großbetrieben und zu einer erheblichen Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, auch durch Zerstörung von Betriebsanlagen, führen können, erwartet.

BESONDERE LAGE

Im Kreis Düsseldorf-Mettmann haben bisher im Raum Hilden, Ratingen und Velbert in einigen größeren Betrieben kurzfristige Streiks und kleine örtlich begrenzte Demonstrationen stattgefunden. Von gewerkschaftlicher Seite, die bisher auf die Streik- und Demonstrationsentwicklung keinen Einfluß nehmen konnte, wurde vertraulich mitgeteilt, daß sich auch im Kreis Düsseldorf-Mettmann, insbesondere am kommenden Samstag, die Lage zuspitzen würde. Anarchistische Elemente beabsichtigen, in noch nicht näher bekannten Betrieben im Kreisgebiet, die Produktion durch Terroranschläge für längere Zeit lahmzulegen.
Gemäß einer besonderen Weisung des RP sind die Kreise angehalten worden, u. a. auch vorsorglich entsprechende Vorbereitungen für einen schnellen Einsatz der Kat.–S.–Dienste zu sorgen.

Eine Schlappe für die Feldjäger

Am 14.Juli verteilten wir vor der Zietenkaserne in Göttingen eine Zeitung des "Demokratischen Soldaten- und Reservistenkomitees".
Nach etwa 60 Minuten ungestörter Verteilertätigkeit, wobei wir bei der Mehrheit der Soldaten auf reges Interesse stießen, kamen zwei, von dem Wachhabenden verständigte Feldjäger. Der Wachhabende (Unteroffizier) hatte vorher vergeblich versucht, uns mit der Behauptung zu vertreiben, wir ständen auf Kasernengelände.
Nachdem wir den Wachhabenden freundlich aufgeklärt hatten, daß er mit dieser Behauptung einem Irrtum verfallen sei, denn der militärische Sicherheitsbereich fängt unmittelbar hinter der Hinweistafel an, ging er sehr unsicher geworden, in sein Wachlokal zurück.
Wenn er jedoch geglaubt hätte, daß die herbeigerufenen Feldjäger mehr Erfolg gehabt hätten, befand er sich auf dem Holzweg.
Die beiden Feldjäger (Stuffz und GAO) kamen zwar sehr bestimmt und entschlossen auf uns zu, doch auch sie waren nicht in der Lage, uns zu vertreiben. Im Gegenteil, jetzt wurde unsere Agitation noch lebhafter und lebendiger. Wir legten lautstark Protest ein, indem wir den Soldaten aufzeigten, daß für sie vor dem Kasernentor die freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit aufhört.
Die Feldjäger versuchten, uns beim Verteilen zu behindern, doch die Soldaten, die aus dem Wochenendurlaub zurückkehrten, sahen die Feldjäger uns beim Verteilen behindern, und kamen jetzt erst recht, um zu erfahren, was da los sei.
Obwohl die Feldjäger jedem Soldaten den Befehl gaben, die Zeitung nicht annehmen zu dürfen, nahmen viele Soldaten erst recht die Zeitung und meinten, daß sie noch bestimmen würden, wie man sich zu informieren hätte.

Die Feldjäger merkten, daß sie den Boden unter den Füßen verloren (auch die herbeigerufene Zivilstreife der Polizei sowie der Spitzel des MAD standen dumm herum, nachdem sie unsere Personalien aufgenommen hatten) und griffen zu härteren Maßnahmen. Als wieder zwei Soldaten die Zeitung nahmen und in die Kaserne gehen wollten, forderten die Feldjäger sie auf, ihre Truppenausweise vorzuzeigen, notierten sich die Namen und gingen mit ihnen ins Wachlokal. (Wie wir später erfahren haben, sind die beiden Soldaten vorläufig festgenommen worden.)
Diese Aktion beobachteten auch drei Taxifahrer und protestierten laut gegen diese Vorgehensweise. Einer von ihnen schickte uns daraufhin auch gleich noch zwei Verteiler. Die Feldjäger wurden immer unsicherer, denn ihre Befehle wurden von den Soldaten größtenteils mit Lächeln aufgenommen. Besonders witzig war der Befehl eines Feldjägergefreiten, der einer Verteilerin zurief: "Halt stehenbleiben", nachdem sie über die Straße zu einem ankommenden Bus gegangen war, um die aussteigenden Soldaten mit Zeitungen zu versorgen.

F.M./U.S.

Die Streiks in Spanien weiten sich aus

Schwindelnde Preissteigerungen, bei Nahrungsmitteln weit über 20 %, elende Arbeitsbedingungen, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Lebenslage kennzeichnet die Lage der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes. Sie kämpft dagegen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, Versammlungen, Streiks, Demonstrationen, Mittel, die vom Regime für illegal erklärt sind, deren konsequente Anwendung die spanischen Arbeiter gegen Militär- und Polizeiterror immer wieder durchsetzen.

Über mehrere Wochen streikten die Arbeiter der British Leiland gehörenden Fabrik Authi in Pamplona für eine Erhöhung des Lohns um monatlich 270 DM (6 000 Peseten). Wie schon im vergangenen Jahr beim Streik der Arbeiter von Motor Iberico unterstützten die Arbeiter der anderen Fabriken und das Volk von Pamplona aktiv den Kampf. Die Arbeiter setzten eine Erhöhung von rund 150 DM monatlich und die Wiedereinstellung aller während des Streiks entlassenen Kollegen durch.

In der Nähe von Barcelona streikt seit mehreren Wochen die Belegschaft der Glasfabrik Elsa für eine Lohnerhöhung von umgerechnet 225 DM. Die 517 Arbeiter dieser Fabrik verdienen so wenig, daß sie alle nach Arbeitsschluß woanders noch Geld hinzuverdienen müssen. In den ersten Tagen des Juli sind 20 000 Arbeiter von 87 Fabriken im Industriegürtel Barcelonas in den Streik getreten. Sie fordern die Wiedereinstellung der 3 Streikführer bei der Glashütte Elsa und die Festlegung eines neuen Tarifvertrages für die Metallbranche im Raum Barcelona. Am Montagabend, dem 8.7., fand eine Streikkundgebung in Barcelona statt, an der trotz härtestem Polizeieinsatz – nach offiziellen Angaben – mehr als 500 Streikende teilnahmen.

Im Stahlzentrum und Werftzentrum Bilbaos (Baskenland) streikten die Arbeiter mehrerer Fabriken. Im dortigen Zweigwerk der Babcock-Wilcox wurden von den 100 Arbeitern 90 wegen Streikbeteiligung entlassen.

In Madrid fordern die 200 000 Metallarbeiter die Kündigung des bis Juli 1975 auf zwei Jahre ausgehandelten Tarifvertrages. Ihre Forderungen sind: 500 Peseten (22,50 DM) Mindesttageslohn, 30 Tage Urlaub, 40-Stunden-Woche, 100 %ige Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall, Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge müssen von den Unternehmern gezahlt werden. K.S.

Yankees raus aus Spanien!

Anfang Juli unterzeichneten Kissinger und der spanische Außenminister Cortina in Madrid eine Grundsatzerklärung, in der sich die USA und Spanien im Angriffsfall gegenseitige militärische Unterstützung zusichern. Mit dieser Erklärung wurde Spanien den NATO-Mitgliedern gleichgestellt. Gleichzeitig verpflichtete sich das spanische Regime zur weiteren Verlängerung des 1953 geschlossenen Stützpunktabkommens.

Zusammen mit den 3 Luftwaffenstützpunkten in der Nähe von Madrid, Sevilla und Saragossa, dem Marinestützpunkt für Polaris U-Boote in La Rota und den 'Stützpunkten für besondere militärische Beobachtung', wie diese bescheiden genannt werden, haben die US-Imperialisten 16 Stützpunkte an allen strategisch wichtigen Punkten in Spanien auf einem Terrain von mehr als 5 000 Hektar mit rund 10 000 Mann militärischem Personal.

Die US-Stützpunkte in Spanien sind ein wichtiges Kettenglied im militärischen Einkreisungsgürtel, den die US-Imperialisten um den Nahen und Fernen Osten gelegt haben. Sie dienen als Angriffsrampe gegen die Staaten im Mittelmeerraum und in Europa. Sie dienen weiterhin zur Sicherung und Stärkung des faschistischen Regimes in Spanien.

Das spanische Volk verurteilt die Stützpunkt als Verletzung der nationalen Souveränität. Ständig passieren Zusammenstöße in der Luft. Der bisher schwerwiegendste war 1966, als nach einem Luftzusammenstoß ein US-Flugzeug 2 Atombomben verlor, die in der Nähe des Fischerdorfs Palomares niedergingen, zum Glück aber nicht explodierten.

Das spanische Volk weiß und erfährt es tagtäglich, daß die Amerikaner als seine Unterdrücker gekommen sind. Unter Anleitung des Militärs wurden in Spanien kampfstarke Anti-Guerrilla-Einheiten aufgebaut. Zusammen mit den faschistischen Streitkräften Spaniens trainieren die in Spanien stationierten US-Streitkräfte die Niederschlagung der Volkskämpfe. Öffentlich bestätigt wurde dies zum erstenmal im Sommer 1969 durch eine Meldung der Nachrichtenagentur UPI.

In Aktionen und Demonstrationen hat das spanische Volk immer wieder die Auflösung dieser Stützpunkte und den Abzug der Amerikaner gefordert. K.S.

Die neue Regierung in Portugal

URSACHE UND WIRKUNG DER REGIERUNGSÄNDERUNG IN PORTUGAL

Letzte Woche hat Portugal die zweite Regierung nach dem Putsch bekommen. Ministerpräsident Goncalves und 6 Minister sind Angehörige der "Bewegung der Streitkräfte", die den Putsch vom 25.April getragen hat. Die anderen Minister sind Mitglieder der Sozialistischen Partei (PSP), der Demokratischen Volkspartei (PDP) und der Kommunistischen Partei Portugals (PKP). Der bisherige Ministerpräsident Palma Carlos war zusammen mit vier Ministern zurückgetreten. Kurz darauf entließ Staatspräsident Spinola auch das übrige Kabinett.

Die Regierungskrise war das Ergebnis der Widersprüche innerhalb der portugiesischen Bourgeoisie nach dem Militärputsch. Der parteilose Palma Carlos wollte den immer stärker werdenden Kampf des Volkes und der Arbeiterklasse für demokratische Forderungen schärfer als bisher unterdrücken. Er unterstützte den Erlaß eines Zensurgesetzes für Presse, Rundfunk und Fernsehen, sprach sich offen gegen die massenhaften Streiks aus und forderte mehr Macht für die Regierung, um den Widerstand des Volkes gegen die ständige Einschränkung der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten zu zerschlagen. Palma Carlos machte klar, wie er dieses Ziel erreichen wollte: Spinola sollte noch in diesem Jahr vom Volk zum Präsidenten gewählt werden, und die allgemeinen Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung auf Ende 1976 verschoben werden. Dabei hatte er die Unterstützung von Spinola, der sich eine Stärkung des politischen Einflusses der Bourgeoisie und eine Festigung seiner eigenen Machtpositionen erhoffte. Aber große Teile der Arbeiterklasse und des Volkes durchschauten diese Absicht. Sie waren nicht bereit, sich die gerade erkämpften Freiheiten wieder abnehmen zu lassen. Das massive Vorgehen gegen die breite Streikbewegung und gegen andere gerechte und demokratische Forderungen lösten große Unruhe aus. Auch die Verschleppung der Lösung der Kolonialfrage trug zu dieser Unruhe bei: Die Erkenntnis, daß die Verzögerungstaktik bei den Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen dazu dienen sollte, um Zeit für die Durchsetzung einer neokolonialen Lösung im Interesse der Kapitalisten zumindest in Angola zu gewinnen, führte zu zahlreichen Protesten. Es gab eine breite Solidaritätsbewegung im Volk für den Kampf der Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau für Unabhängigkeit und Frieden. Auch unter den Soldaten wuchs der Widerstand gegen die Fortführung des Kolonialkrieges: Viele Einheiten des Militärs – besonders in Mozambique – weigerten sich, den Krieg gegen die Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau weiterzuführen und solidarisierten sich mit den Befreiungsbewegungen. Zahlreiche Soldaten, vor allem Afrikaner, sind inzwischen auf die Seite der FRELIMO gegangen. Im Hauptquartier von Nampula (Mozambique) sollen sich in einer Abstimmung sogar 80 % aller Stabsoffiziere für das Ende aller Kampfhandlungen ausgesprochen haben.

In dieser Situation griff die "Bewegung der Streitkräfte" ein. Im Staatsrat, einer Art Parlament von 21 nicht vom Volk gewählten Leuten – mehrheitlich Mitgliedern der "Bewegung der Streitkräfte" besetzt – wurden die Forderungen Palma Carlos nach mehr Macht für den Ministerpräsidenten, Verschiebung der allgemeinen Wahlen und Vorziehung der Präsidentschaftswahlen abgelehnt. Das ist eine eindeutige Niederlage für Spinola und die ihn stützenden Teile der Bourgeoisie, die ihre Macht durch die Einführung einer auf die Person des Staatspräsidenten zugeschnittenen Präsidialdemokratie ausbauen wollen. Aber mit Goncalves haben sich jetzt die Teile der Bourgeoisie durchgesetzt, die zwar antifaschistisch sind und eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie errichten wollen, die aber keineswegs im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung auf Seiten des Volkes und der Arbeiterklasse stehen.

Denn weder hat die neue Regierung die Zensurgesetze aufgehoben, noch hat sie sich gegen die Unterdrückung der Streiks ausgesprochen. Im Gegenteil: als erstes wurde eine Bürgerkriegstruppe installiert – Copcon (Kontinentales Operationskommando) –, die bei inneren Unruhen zum Einsatz kommen soll. Der neue Befehlshaber dieses Kommandos erklärte, die Copcon-Verbände könnten bei "ideologischen Unruhen und auch bei Straßenkämpfen" eingesetzt werden. Der gleiche Offizier, der eine führende Position in der "Bewegung der Streitkräfte" hat, kennzeichnete die politische Situation als eine "Militärdemokratie". Die Widersprüche innerhalb der "Bewegung der Streitkräfte" selber wurden offenbar, als ein Teil der "Bewegung", der für eine Volksdemokratie eintritt, sich Ende Juni für einen erneuten Putsch einsetzte. Diese Kräfte schätzten schon damals die Gefahr einer Machtübernahme von Spinola durch eine vorgezogene Präsidentschaftswahl und die Verzögerungstaktik bei den Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen richtig ein, konnten sich aber nicht durchsetzen. Auch bei der jetzigen Auseinandersetzung um die Regierungsneubildung konnten sie nicht die Mehrheit für sich gewinnen. Lediglich in einem Punkt haben sie bisher Erfolg gehabt: Die demokratische Forderung nach Wahl der Offiziere wurde in Bezug auf die Generäle angenommen: sie werden jetzt durch Stabchefs und Kommissionen gewählt und nicht mehr vom Staatspräsidenten ernannt.

Auch in den ersten Stellungnahmen der neuen Regierung sind bereits deutliche Widersprüche feststellbar: Auf der einen Seite sollen so schnell wie möglich Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung vorbereitet werden, um eine "echte Auseinandersetzung" über die grundsätzlichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme Portugals unter einer vom Volk gewählten Zivilregierung zu ermöglichen; auf der anderen Seite sabotieren die Offiziere – mit Unterstützung der wieder in der Regierung sitzenden Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei – den Kampf des Volkes und der Arbeiterklasse um seine Rechte, indem sie durch die Drohung mit der Bürgerkriegstruppe Copcon die Demonstrationen einschränken und Fabrikbesetzungen und "wilde" Streiks verhindern wollen.

Deutlicher noch sind diese Widersprüche in der Kolonialfrage: Goncalves redet einerseits davon, daß die Kolonien so schnell wie möglich die Unabhängigkeit erhalten sollen, sagt aber andererseits, daß "noch dieses Jahr die Entkolonialisierung Portugiesisch Guineas" beendet werden müsse, und betont dabei, die "Interessen und Voraussetzungen in Guinea-Bissau, Angola und Mozambique" seien sehr unterschiedlich. Damit kommt zum Ausdruck, daß auch die neue Regierung eine Lösung anstrebt, die weiterhin die Interessen der portugiesischen Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Verbündeten berücksichtigt. Inzwischen redet der Sozialistenführer Soares offen davon, daß es wohl "noch zwei bis drei Jahre bis zur Unabhängigkeit der Kolonien" dauern würde. Vor ein paar Wochen hatte Soares noch gemeint, die bedingungslose Unabhängigkeit würde sehr bald erreicht sein, die "Liquidierung der Kolonialpolitik" sei vorrangig.

Aber die Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie kann das portugiesische Volk nicht davon abhalten, den Kampf gegen seine Unterdrückung und Ausbeutung verstärkt aufzunehmen. Auch die Siege der Völker Angolas, Guinea-Bissaus und vor allem Mozambiques sind ein großer Beitrag für den Kampf aller Völker und besonders des portugiesischen Volkes gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus.

B.BK., Heidelberg

Die Ölprofite der UdSSR

DIE SOZIALIMPERIALISTEN HANDELN WIE NORMALE KAPITALISTISCHE GAUNER

Nicht nur westliche Ölkonzerne verzeichneten letztes Jahr Rekordgewinne. Neue Untersuchungen zeigen, daß auch die UdSSR in das lukrative Geschäft eingestiegen ist, Öl im Mittleren Osten zu kaufen und es an die westlichen Industrieländer mit ansehnlichem Aufschlag zu verkaufen. Nach dem Handbuch des Außenhandels der Sowjetunion vom 4.Juni stieg das Exportvolumen der staatlichen Ölhandelsgesellschaft nur wenig, aber der Profit stieg im Vergleich zum Vorjahr um fast eine Milliarde Dollar. Das Handbuch macht nur vage Angaben, aber es ist bekannt, daß ein wachsender Anteil des Ölexportes der UdSSR mit Importen der UdSSR aus Ländern des Mittleren Ostens bestritten wird.

ZWISCHENHÄNDLER ...

Die UdSSR ist praktisch Zwischenhändler zwischen diesen Ländern und den europäischen Abnehmern. Ein gutes Beispiel ist der Handel mit dem Irak letzten Dezember. Der "London Daily Express" berichtete: Der Irak hat zugestimmt, Öl im Wert von 6 Millionen Sterling zu reduziertem Preis gegen Waffen in Zahlung zu geben. Jetzt wurde aufgedeckt, daß die UdSSR das Öl noch vor der Lieferung für 18 Millionen Pfund Sterling an Westdeutschland weiterverkauft hat – das macht 200 % Profit. Das war in der Zeit, als die arabischen Staaten gegen die westlichen Imperialisten das Ölembargo verhängt hatten.

Das arabische Ölembargo hat die UdSSR verbal immer unterstützt. Eine sowjetische Radiosendung vom 12.März in arabischer Sprache drohte den arabischen Regierungen sogar: "Wenn heute einige arabische Führer dem amerikanischen Druck nachgeben und das Ölembargo aufheben wollen ... laufen sie Gefahr, die ganze arabische Welt herauszufordern und die Kräfte des Fortschritts in der ganzen Welt, die auf der Anwendung der Waffe Öl beharren."

Aber: Zur gleichen Zeit, als diese Sendung in den Mittleren Osten ausgestrahlt wurde, fuhr ein russischer Öltanker zur amerikanischen Ostküste. Pacific Basin Reports, ein amerikanisches Institut für Wirtschaftsforschung, berichtete, daß wenigstens vier Tanker während des Embargos mehr als 845 000 barrel verarbeiteten Öls in die USA transportiert haben.

... MIT GUTEN BEZIEHUNGEN

Der Vizepräsident eines US-Ölkonzerns sagte zu Associated Press: "Wir haben gute Arbeitsbedingungen zu den Russen hergestellt und es gab nicht das kleinste Zeichen, daß sie auch nur erwogen, uns während des Embargos trockenzulegen."

Das vor kurzem erschienene Handbuch des sowjetischen Handels zeigt auch, daß die Öllieferungen der UdSSR an die Niederlande letztes Jahr um 1/3 gestiegen sind, trotz des totalen Embargos der Araber gegen die prozionistische Regierung von Holland. Diese Statistik macht die russischen Dementis gegenüber westlichen Presseberichten sehr unglaubwürdig. Diese hatten berichtet, daß russisches Öl auch während des Embargos die Niederlande erreichte. Ähnlichen Zwischenhandel gibt es beim Erdgas. Im Frühjahr wurde eine Erdgas-Pipeline von der UdSSR nach Italien in Betrieb genommen, die 6 Milliarden Kubikmeter pro Jahr transportieren soll. Das ist 1/4 des italienischen Verbrauchs. Gleichzeitig begann die UdSSR große Mengen Erdgas aus Afghanistan und dem Iran zu importieren. Von den für 1975 geplanten 26 Billionen Kubikmeter Erdgasexporten der UdSSR werden 14 Milliarden aus Vorkommen dieser Länder der 3. Welt gedeckt werden.

KAUFEN BILLIG UND VERKAUFEN TEUER

Der Vorteil solcher Handelsabkommen für die staatliche Handelsgesellschaft der UdSSR liegt darin, daß sie iranisches und vor allem afghanisches Erdgas ziemlich billig bekommt. Gleichzeitig kann sie das russische Erdgas teurer nach Europa verkaufen. Jetzige Preise sind Regierungsheimnis. Daten für 1970 zeigen aber, daß der Iran 1,10 Dollar für 1 000 Kubikmeter Erdgas bekommen hat, während die UdSSR von europäischen Abnehmern wenigstens 1,60 Dollar für russisches Erdgas genommen hat.

Die meisten Experten glauben, daß die mit Afghanistan abgeschlossenen Verträge noch vorteilhafter für die UdSSR waren. Die russische Ausbeutung des afghanischen Erdgases folgt augenscheinlich dem klassischen imperialistischen Vorbild. Die Bohrungen in der Shibargan Provinz von Nordafghanistan werden von russischen Teams niedergebracht und das ganze Gas wird über den Oxus-Fluß direkt in die UdSSR gepumpt. Russische Techniker leben in abgeschlossenen Siedlungen, getrennt vom afghanischen Volk. Afghanische Techniker und Facharbeiter, die die russischen Spezialisten ersetzen könnten, werden fast gar nicht ausgebildet.

(Nach einem Artikel im "Guardian" vom 19.6.74, einer linken Wochenzeitung aus New York)

W.O., Hamburg

Ein Schritt zur Einheit der nordirischen Arbeiterklasse

Nach dem Generalstreik der protestantischen Arbeiter Nord-Irlands im Mai dieses Jahres, der von den beiden protestantischen Arbeitermilizen U.D.A. (Ulster Defence Association) und U.V.F. (Ulster Volunteer Forces) geführt und organisiert worden war, hat die U.V.F. in ihrer Zeitung "Combat" erklärt, daß sie prinzipiell mit der Kampagne der NICRA (Nordirische Bürgerrechtsbewegung) gegen das Emergency Provisions Act, dem nordirischen Notstandsgesetz, übereinstimmt.

Auf Grundlage dieses Gesetzes werden, meist im Morgengrauen, wahllos Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei denen in der Regel die ganze Einrichtung zerschlagen wird, können Menschen ohne Urteil bis zu 12 Monaten in Haft gehalten und 72 Stunden ununterbrochen verhört werden, finden Gerichtsverhandlungen ohne Geschworene statt.

Diese Maßnahmen sind in letzter Zeit immer häufiger auch gegen protestantische Arbeiter und ihre Organisationen angewandt worden. In der Erklärung der U.V.F. heißt es: "Als Protestanten, die für Freizügigkeit und Freiheit sind, müssen wir diese Kampagne unterstützen, damit dieses undemokratische und repressive Gesetz zurückgenommen wird... Jede Persönlichkeit von Kirche oder Staat, die die Beibehaltung des Gesetzes unterstützt, ist ein Feind der zivilen Freiheit und muß als solcher von allen, die für Freiheit, Menschlichkeit und Anständigkeit sind, behandelt werden."

Diese Erklärung ist ein weiterer Schritt der protestantischen Arbeiter, sich von ihren rechten Führern und von England zu lösen und zur Einheit der nordirischen Arbeiterklasse.

Begonnen hatte die Wendung in der Politik der protestantischen Arbeiterorganisationen mit einer Erklärung der U.V.F. zu Beginn dieses Jahres. Dort brechen sie mit ihrer bisherigen Politik des Bombens und Schießens, da sie falsch war und greifen die rechten unionistischen Führer scharf an, als Leute, "die uns seit 50 Jahren weis machen wollten, daß unser einziger Feind in Ulster im allgemeinen die Republikaner und im besonderen die IRA sei." Weiter heißt es: "Das Leben in Ulster kann nur befriedigend sein in einem neuen System auf der Basis der Unabhängigkeit und Freiheit der unteren Schichten des Volkes in Ulster, egal ob Protestant oder Katholik."

Direkt nach dem Generalstreik im Mai fand eine Konferenz protestantischer Organisationen statt, bei der über ein Waffenstillstandsabkommen, besonders mit der provisorischen IRA (mit der offiziellen besteht bereits eines, von Seiten der offiziellen IRA aus) entschieden werden sollte, was allerdings nicht zustande kam, aber immerhin zu einem schriftlichen Gedankenaustausch beider Seiten führte. Während des Streiks selber wurde den Katholiken zugesichert, daß auf sie keine Übergriffe irgendwelcher Art stattfinden werden, und unter anderem auch die Forderung nach Auflösung der Internierungslager gestellt.

Zu gemeinsamen Aktionen beider Seiten gegen die Notstandsgesetze wird es dieses Mal wohl noch nicht kommen, aber gegenüber früheren Jahren zeichnet sich jetzt in Nordirland immer deutlicher die Möglichkeit der Einheit der gesamten Arbeiterklasse ab.

– P.W., Hamburg –

Todesurteile in Süd-Korea

SCHAUPROZESS GEGEN 55 GEGNER DER FASCHISTISCHEN DIKTATUR PARKS

Mitte Juli wurden in Südkorea 55 Gegner der faschistischen Diktatur Parks nach einem nur knapp einen Monat dauernden Schauprozeß durch ein militärisches Sondergericht zu jahrzehntelangen Zuchthausstrafen verurteilt. 14 wurden zum Tode verurteilt. Es handelt sich neben dem fortschrittlichen Dichter Kim Chi Ha hauptsächlich um die Führer der "Nationalen Föderation der Jugend und Studenten für die Demokratie" und die Führer der illegalen "Volksrevolutionären Partei". Die Höhe der Strafen und die Umstände, die zu der Verurteilung geführt hatten, veranlaßten selbst die Neue Züricher Zeitung (am 15. Juli), die Urteile als "in jeder Hinsicht . . . politische Willkürjustiz" zu bezeichnen.

Vorgeworfen wurde den mutigen Freiheitskämpfern, einen kommunistischen Umsturzversuch geplant zu haben. Tatsächlich jedoch ist es der Wunsch des ganzen Volkes in Südkorea, demokratische Verhältnisse herzustellen, die nationale Selbständigkeit zu erreichen und die Regierung Park zu stürzen, die nichts anderes als eine korrupte Statthalterregierung des Yankee- und amerikanischen Imperialismus ist. So unterstützte selbst der 76-jährige ehemalige Präsident Yun Po Sun die Widerstandsbewegung gegen das Park-Regime, das er selbst als "Greuelregime" bezeichnete. Yun spielte 1961 bei Parks Militärputsch die schmutzige Rolle des Steigbügelhalters. Letzte Woche wurde auch gegen ihn und drei andere Persönlichkeiten der Prozeß vor einem Militärischen Sondergericht eröffnet. Seine geänderte Haltung zur Park-Clique zeigt sehr anschaulich die Abwendung von großen Teilen der nationalen Bourgeoisie und die völlige Isolation der Verräterbande in Seoul.

WIE IST DIE LAGE DES KOREANISCHEN VOLKES?

In Südkorea gibt es sieben Millionen Arbeitslose oder teilweise Arbeitslose. Diejenigen, die einen Arbeitsplatz gefunden haben, müssen sich für einen durchschnittlichen Monatslohn von 60 bis 80 DM bei einer 6-Tage-Woche mit 10- bis 12-stündigem Arbeitstag verdingen, ohne Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Streikrecht. Ein Viertel der Bevölkerung ist ohne Wohnung. 1970 standen in Seoul 970 000 Familien nur 440 000 Wohnungseinheiten zur Verfügung, von denen wiederum 30 % als Elendsquartiere eingestuft wurden (zitiert nach: Die Armut des Volkes, rororo). Die Inflation galoppiert. In nur einem Monat stiegen die Lebensmittelpreise um 30 %. Die Mädchen und Frauen aus den unteren sozialen Schichten sind aufgrund der miserablen Lebensverhältnisse gezwungen, sich der von der Regierung geförderten Prostitution mit den im ganzen Land verhaßten japanischen Touristen hinzugeben. In den Straßen von Seoul müssen Tausende von völlig alleingelassenen Kindern hungern, frieren, betteln und stehlen. Auf der anderen Seite steht die verschwindend kleine Schicht der Kompradoren, Privilegierten und nationalen Verräter. Sie wohnen in europäischen Villen, leben in Saus und Braus und saugen dem Volk den letzten Blutstropfen aus. In der Regierung und auf den Ämtern herrscht Korruption, Betrug und Unterschlagung. Mitte April wurde bekannt, daß der Kapitalist Park Yung Bok durch falsche Pfandbriefe und gefälschte Dokumente die südkoreanische Nation um 45 Millionen DM betrogen hatte (Japan Times vom 19. April). Anfang Mai wurde offenbar, daß eine Clique von Betrügern, bestehend aus den Direktoren der "Kumrok-Handels-Gesellschaft", verschiedenen Bankvorständen und führenden Agenten des Geheimdienstes KCIA über 20 Millionen DM veruntreut hatten.

DIE VOLKSKÄMPFE GEGEN DIE PARK-CHUNG-HEE-CLIQUE

Gegen diese unwürdigen Verhältnisse richtet sich der Kampf des koreanischen Volkes unter Führung der 1964 gegründeten marxistisch-leninistischen Revolutionären Wiedervereinigungspartei (RWP). Den Charakter und die Ziele der südkoreanischen Revolution erläuterte Kim Il Sung, der Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea, 1970 auf dem 5. Parteitag der Partei der Arbeit Koreas: "Die südkoreanische Revolution ist eine nationale Befreiungsrevolution, die gegen die USA-imperialistischen Aggressoren gerichtet ist, und gleichzeitig eine volksdemokratische Revolution, die gegen die Helfershelfer des USA-Imperialismus – die Großgrundbesitzer, die Kompradorenbourgeoisie, die reaktionären bürokratischen Beamten – und ihre faschistische Herrschaft gerichtet ist. Die Hauptaufgabe dieser Revolution besteht darin, die aggressiven Kräfte des USA-Imperialismus aus Südkorea zu vertreiben, seine Kolonialherrschaft zu liquidieren, die militärfaschistische Diktatur zu stürzen, eine fortschrittliche Gesellschaftsordnung zu errichten und damit eine demokratische Entwicklung der südkoreanischen Gesellschaft zu erreichen." Auf dieser Linie führt die illegale Revolutionäre Wiedervereinigungspartei, die heute mit ihren Grundeinheiten und Massenorganisationen im ganzen Land verbreitet ist, die Kämpfe seit 1964. Sie leitete auch die Kämpfe 1964 bis 65 gegen den Japan-Korea-Vertrag, der die Reinvasion des japanischen Imperialismus ermöglichte. Neben der Revolutionären Wiedervereinigungspartei gibt es in jeder Stadt und in jedem Dorf mindestens eine illegale Organisation, die gegen die Verbrecherbande in Seoul kämpft. Im letzten Oktober und November flammten die Kämpfe der Studenten wieder auf, trotz dem seit Oktober 1972 verhängten Kriegsrecht. Als die Kämpfe der Studenten trotz dem Januarerlaß, der jegliche Opposition gegen die Verbrecherbande in Seoul unter hohe Zuchthausstrafen stellte, nicht aufhörten, stellte Park am 3. April durch das Notstandsdekret Nr. 4 jegliche Opposition, die irgendwie gegen die Politik der Regierung gerichtet ist, unter Todesstrafe und ließ in einer großangelegten Menschenjagd weit über 1 000 Personen verhaften, darunter auch die nun Verurteilten. Aber natürlich läßt sich der Widerstand des Volkes auch durch solch brutalen Terror nicht unterdrücken. Am 11. April fand in Kwangju eine große Demonstration statt, und auch in Pusan, Taegu, Taejon, Chonju und anderen Städten gingen die Kämpfe weiter.

DIE FOLTER DES GEHEIMDIENSTES

Wie brutal der koreanische Geheimdienst mit den Verhafteten und den politischen Gefangenen umgeht, schilderte der Pfarrer Schneiß von der Ostasienmission, der kürzlich aus Südkorea zurückkehrte (siehe Frankfurter Rundschau vom 20. Mai). Er berichtet unter anderem davon, daß dem Herausgeber einer christlichen Zeitung bei den Verhören beide Beine gebrochen wurden, eine Studentin der EWHA-Frauenuniversität auf eine tierische und perverse Art zu Tode gefoltert wurde. Ein Student der Yonsei-Universität wurde nach Angaben des japanischen Magazins "Sekai" durch Elektrofolter getötet. Professor Choi Jong-Kil, der schon 1967 durch die CIA-Banditen aus der Bundesrepublik entführt wurde, war während eines Verhörs zum Fenster hinausgeworfen worden.

DAS JAPANISCH-KOREANISCHE VERHÄLTNIS

In dem selben Prozeß, in dem 14 der Angeklagten zum Tode verurteilt wurden, wurden auch zwei japanische Staatsbürger zu jeweils 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wer nun von der japanischen Regierung erwartete, daß sie sich für die Rechte der zwei Japaner einsetzt, wurde enttäuscht. Man verwies auf die ehemalige Rolle Japans als Kolonialmacht in Korea von 1910 bis 1945 und meinte zynisch, daß man sich nun nicht schon wieder in die inneren Angelegenheiten Koreas einmischen wolle. Die selbe Antwort hatte Tanaka schon einmal gegeben, als nämlich die Park-Clique den im letzten Jahr aus seinem Tokioer Exil entführten Oppositionsführer Kim Dae Jung vor Gericht zerrte, obwohl die Park-Bande der Tanaka-Regierung in einem Kuhhandel versprochen hatte, Kim Dae Jung die volle Freiheit zu geben.

In Wirklichkeit jedoch mischt sich der japanische Imperialismus nicht nur in die inneren Angelegenheiten Südkoreas ein, sondern er ist neben dem US-Imperialismus der wahre Gebieter in Südkorea. 1973 stammten 97 % des neu ins Land hereinkommenden ausländischen Kapitals von Japan. Damit überrundete Japan die USA in der Gesamtsumme der Investitionen (nach AMPO Nr. 8/1973).

DIE ROLLE DER BUNDESREPUBLIK

Der dritte Herr und Gebieter in Südkorea ist die Bundesrepublik. Jahr für Jahr schickt die Bundesregierung zig Millionen DM nach Seoul, die zur direkten Stütze des Regimes und zur Verlängerung der Diktatur und Knechtschaft führen. So hat erst Ende März der Herr Staatssekretär Karl-Heinz Sohn vom "Entwicklungshilfe"ministerium mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Tai Wan Son einen Vertrag abgeschlossen über eine Bonner Hilfe in Höhe von 30 Millionen DM. Dieses Geld soll dazu verwendet werden, die mit riesigem Propagandarummel betriebene "Neue Dorfbewegung" etwas gerade zu biegen, die totalen Schiffbruch erlitten hatte.

Die Bundeswehr bildet südkoreanische Offiziere für ihre Verbrechen am koreanischen Volke aus. So ist der Fall des Hauptmanns Bum Young Lee in Münsingen bekannt geworden. Die Bundesregierung erlaubt dem südkoreanischen Geheimdienst (KCIA) sein Gangsterwesen offen in Westdeutschland zu treiben, fortschrittliche Südkoreaner einzuschüchtern und zu verschleppen. Sie gewährt sogar den nachweislich an dem Entführungsversuch des Frankfurter Dozenten Kim beteiligten KCIA-Agenten Hang Young Taek, Lim Sung Hoo, Li Jung Rip diplomatischen Schutz.

1967 half der Druck der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik und der ganzen Welt die aus Westdeutschland entführten Koreaner zu befreien. Nur der internationalen Solidarität war der Erfolg zu verdanken. Setzen wir uns auch dieses Mal wieder mit aller Kraft für die Freilassung der verurteilten Patrioten ein!

Weg mit den Todesurteilen!

Freiheit für die 53 koreanischen Patrioten!

Nieder mit der Park-Chung-Hee-Clique!

Schluß mit der Bonner Hilfe für die Mörderbande in Seoul!

– L.H. –

Der Tan-Sam-Eisenbahnbau

EIN BEISPIEL REVOLUTIONÄRER ENTWICKLUNGSHILFE DER VR CHINA

Durch einen 1969 geschlossenen Vertrag zwischen der Regierung der Volksrepublik China und den ostafrikanischen Ländern Tansania und Sambia hat die VR China die Finanzierung des Baus einer Eisenbahnlinie von der Hauptstadt Tanzanias, Dar es Salaam, bis zur Stadt Kapiri Mposhi in Sambia mit 1 859 km Länge übernommen. Dazu gewährte sie einen zinslosen Kredit von 1,6 Milliarden DM, der erst ab 1983 im Zeitraum von 30 Jahren zurückgezahlt werden muß. Weiter arbeiten 15 000 chinesische Ingenieure, Techniker und Arbeiter am Bau der "Tan-Sam-Eisenbahn" mit. Obwohl ihre Fertigstellung auf Ende 1977 geplant war, rechnet man heute im November 1974 schon damit.

Nachdem die Staaten Tansania und Sambia Anfang der 60 iger Jahre ihre Unabhängigkeit erlangten, bestand weiterhin eine starke Abhängigkeit seitens Sambias bezüglich der Transportwege für sein Kupfer, welches 95 % seiner Gesamtexporte bildet, gegenüber dem rassistischen Staat Rhodesien (Zimbabwe) und den portugiesischen Kolonialisten in Angola und Mozambique. Die früheren Kolonialisten hatten ein Eisenbahnnetz nur zum Süden und Westen her entwickelt. Zwar bestanden in früheren Zeiten auch Pläne der Imperialisten, eine Bahnverbindung von der Ostküste her zu bauen, jedoch lehnte man sie u. a. seitens der Weltbank ab, wegen des geringen Handels in diesem Gebiet als auch wegen möglicher Konkurrenz zu bestehenden Bahnverbindungen. Nachdem 1965 die weißen Kolonialisten des ehemaligen Südrhodesiens einseitig ihre Unabhängigkeit vom britischen Kolonialismus erklärten, entschloß sich die Regierung von Sambia in Zusammenarbeit mit Tansania, den Bau einer solchen Bahnverbindung in die Wege zu leiten, um aus der rassistischen und kolonialistischen Umklammerung auszubrechen. Nachdem die Weltbank wiederum die Finanzierung ablehnte, wurde 1967 ein Vertrag mit der VR China abgeschlossen.

Aufgrund dieses Vertrages wurden die Bauarbeiten 1970 in Dar es-Salaam begonnen. Das gewährte Darlehen, das beide Länder je zur Hälfte tragen, wird entsprechend oben genannter Bedingungen , entsprechend dem 4. Prinzip diesen Ländern "helfen, allmählich auf die eigene Kraft gestützt, die unabhängige Entwicklung (ihrer) Wirtschaft zu realisieren". Weiter hat das Projekt auch Bedeutung für die Unterstützung, die Sambia und Tansania dem Kampf der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe und in den portugiesischen Kolonien Angola und Mozambique gewähren. Denn als 1973 die Rassisten Rhodesiens wegen der Unterstützung Sambias für den Befreiungskampf in deren Land die Grenze für den Transport des Kupfers schlossen, um Druck auszuüben, war es durch den Fortschritt des Bahnbaus als auch mit Hilfe von Lastwagen möglich, den größten Teil schon über Tansania zu verschiffen. Als die Rassisten aufgrund ihres Devisenverlustes die Grenze wieder öffneten (jährlich zur Zeit 400 Mill. DM), lehnte Sambia den weiteren Transport über Rhodesien ab und ließ seinerseits die Grenze geschlossen. So können nun auch die Befreiungsbewegungen die Bahnlinien, die für den Nachschub der Kolonialisten von Bedeutung sind, angreifen. Deshalb ist – wie die Tan-Sam-Eisenbahn zeigt – die chinesische Entwicklungshilfe an Entwicklungsländer nicht nur ein Warenaustausch, "sondern auch eine wichtige Form der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und für die völlige Unabhängigkeit" (Peking Rundschau vom 2.5.1972).

Heute arbeiten an der Fertigstellung 15 000 Chinesen und 35 000 Afrikaner völlig gleichberechtigt und ohne jegliche Privilegien zusammen. Anders als die westlichen Entwicklungshelfer helfen die Chinesen aktiv bei allen Arbeiten mit. Während der gemeinsamen Arbeit geben sie den afrikanischen Arbeitern ihr Wissen weiter und bilden damit afrikanische Facharbeiter und Techniker aus, so daß die Afrikaner die Bahn nach deren Fertigstellung selbst in Betrieb halten können, ohne von ausländischer Hilfe abhängig zu sein.

Beim Bau der Bahn verlassen sich die Chinesen vor allem auf die menschliche Arbeitskraft und nicht auf teure, komplizierte Maschinen. Damit sind viele Arbeitsplätze geschaffen worden und das Geld für teure Maschinen bleibt im Land. Chinesische Ärzte helfen kostenlos den Kranken in den Dörfern. In den Wohnorten der Chinesen gibt es natürlich auch keine afrikanischen Diener und Köche und auch keine komfortablen Luxusvillen.

Arbeiter, Techniker und Ingenieure fahren jeden Tag gemeinsam auf Lastwagen zur Arbeitsstelle und zurück. Obwohl die Bahn durch 22 Tunnels, über 300 Brücken, über Steigungen von mehr als 10 % und durch malariaverseuchte Sümpfe führt, konnte schom am 27.8.1973 die sambesische Grenzstadt Tunduma 2 Jahre (!) vor dem geplanten Termin erreicht werden. Voraussichtlich wird im Oktober dieses Jahres die gesamte Bahn fertiggestellt sein. "Daß wir mit unserer Arbeit so gut vorankommen, danken wir vor allem der tatkräftigen Mitarbeit des tansanischen und sambischen Volkes und seiner Regierungen." (chin.Leiter einer Eisenbahnbaustelle; n.Stern, Nr.39,1973)

Die laufenden Baukosten für die Bahn werden aus den Erträgen der Waren gedeckt, die auf Kredit aus China importiert werden. Da die Kreditrückzahlungen erst 1983 beginnen, importieren diese Länder Güter, ohne daß sich diese Importe negativ auf die Zahlungsbilanz auswirken könnten. Die arbeitsintensiven Verfahren sind aufgrund des Devisenmangels dieser beiden Entwicklungsländer ebenso vorteilhaft, da keine teuren Kapitalimporte getätigt werden müssen. Teilweise kann auch die Rückzahlung der Kredite in Warenlieferungen erfolgen.



15 000 Chinesen und 35 000 Afrikaner arbeiten gleichberechtigt zusammen.



Entlang der Bahnlinie entstehen große Entwicklungsgebiete. In Tansania wurden im fruchtbaren Tal des Kilumbero schon mehr als 30 genossenschaftlich arbeitende Dörfer gegründet. Im Südosten wird es möglich sein, 400 Mill. t Kohle abzubauen, wodurch der Aufbau einer eigenständigen Industrie gefördert wird. In Sambia wird die Ausbeutung von Manganlagern bei Mhushi und die Entwicklung eines abgelegenen Viehzuchtgebietes möglich. Von den Chinesen werden entlang der Strecke viele Gemüsefelder zu ihrer Ernährung angelegt, was oft die Grundlage einer Kultivierung des Landes bildet. Ebenso spart man die Kosten für den Unterhalt der Entwicklungshelfer.

Parallel zum Bahnbau bauen die US-Imperialisten in Tansania eine Straße, mit der sie um Monate zurückhängen. Diese verlassen sich auf die Perfektion ihrer Technik und nicht entsprechend den Bedingungen auf die schöpferische Kraft der Arbeiter. Da diese hier nicht ihre Ausbildungszeit bezahlt bekommen, sind sie interessiert, diese möglichst zu verkürzen. So kommt es oft zu unzureichender Bedienung dieser hochkomplizierten Maschinen. In rassistischer Arroganz und in Verachtung gegenüber diesem Volk sagte ein amerikanischer Straßenbauingenieur: "Daß wir mit unserer Arbeit so im Rückstand sind, liegt vor allem daran, daß diese verdammten Schwarzen uns unsere Maschinen dauernd kaputtfahren. Die schwarzen Bastarde fahren wie die Idioten, man sollte sie kastrieren." (Stern Nr.39,1973)

Die Völker der Entwicklungsländer haben aber auch wie in diesem Fall gezeigt, daß sie, gestützt auf ihre eigene Kraft, und in Zusammenarbeit bei gegenseitiger Respektierung und Achtung zu den größten Leistungen fähig sind. Daß die VR China, selbst ein Entwicklungsland, den anderen Entwicklungsländern solch eine Hilfe gibt, liegt daran, daß China ein sozialistisches Land ist und gar kein Interesse an Ausbeutung und Bevormundung haben kann. Für den Imperialismus ist dagegen Ausbeutung und Bevormundung ein Prinzip der Entwicklungshilfe.

B.K., Heidelberg

Aufruf zur Chile-Solidarität

AUFRUF ZUR CHILE-WOCHE UND ZUR ZENTRALEN CHILE-DEMONSTRATION AM 14.SEPTEMBER IN FRANKFURT

Am 11.September 1973 stürzte das chilenische Militär mit Hilfe des CIA in einem blutigen Putsch die Regierung der Unidad Popular. Während dieser Regierung hatte eine starke revolutionäre Entwicklung eingesetzt. Die Arbeiter besetzten die Fabriken. Sie organisierten die Produktion und die Verteilung der Waren selbst, indem sie begannen, sich ihre eigenen Machtorgane zu schaffen. Die armen Landarbeiter versuchten, das Land gemeinsam unter eigener Planung zu bebauen. Gegen diese Bewegung, die den Aufbau des Sozialismus vorantreiben wollte, richtete sich der Putsch der Junta.

Heute leben aufgrund der wirtschaftlichen Maßnahmen der Junta, wie Zurückgabe der besetzten Betriebe an die alten Besitzer, Preistreiberei und Lohnstop, die Arbeiter und Bauern unter dem Existenzminimum. Um diese äußerste Ausbeutung abzusichern, ist die Junta gezwungen, die Arbeiterklasse in völliger Rechtlosigkeit zu halten.
Mit grauenhaften Methoden werden Arbeiter, Bauern, Angestellte und Intellektuelle mit Hilfe amerikanischer und brasilianischer Experten, sowie ehemaligen SS-Offizieren, eingekerkert, verfolgt, gefoltert und ermordet, wobei durch den Aufbau eines Repressionsapparates seit Anfang 1974 die Unterdrückung gezielter verläuft.
Die von der Junta unterdrückten Massen sind jedoch nicht bereit, sich diesem politischen und sozialen Joch zu unterwerfen. Inzwischen sind in Chile im Untergrund Widerstandskomitees entstanden, die versuchen, den Widerstand zu organisieren. Vereinzelte Streik- und Flugblattaktionen, Boykottmaßnahmen in der Produktion oder die Zerstörung von militärischen Objekten sind die ersten Ansätze.
Die Militärdiktatur übt die Unterdrückung in Chile aus, um die Bedingungen für Investitionen insbesondere des ausländischen Kapitals zu schaffen. Aus diesem Grund haben z. B. die Farbwerke Hoechst den Putsch des Militärs ausdrücklich begrüßt. Die BRD-Regierung hat schon während der Regierung der Unidad Popular die Interessen dieser deutschen Konzerne vertreten. Sie nimmt auch jetzt eine doppelzüngige Haltung ein, indem sie einerseits den Putsch gelegentlich "moralisch" verurteilt, andererseits ständig alles tut, um die Junta finanziell zu unterstützen. Der Sturz der Junta wird dadurch erleichtert, daß es gelingt, die Unterstützung durch die BRD-Regierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse abzublocken.

Freiheit für alle politischen Gefangenen in Chile
Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse
Für die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung der chilenischen Arbeiter, Angestellten und Bauern
Freiheit für den chilenischen Gewerkschaftsverband CUT
Für uneingeschränkte Aufnahme aller Flüchtlinge in die BRD
Freie politische Betätigung für alle politischen Flüchtlinge in der BRD
Nieder mit der Militärjunta
Solidarität mit dem chilenischen Widerstand

Für den Erfolg des Widerstandes ist es von großer Bedeutung, inwieweit es gelingt, die Junta wirtschaftlich, politisch und diplomatisch zu isolieren und den entstehenden chilenischen Widerstand international durch eine breite Solidaritätsbewegung zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund stellt sich in der Bundesrepublik die Aufgabe, gerade im Hinblick auf den 11. September, alle unsere Energien zusammenzufassen, um unsere Solidarität mit dem chilenischen Widerstand nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen.
In England, Italien, Holland und Australien (1 Stunde Lohn für Chile, Boykott militärischer Produktion für Chile) haben Arbeiter und Angestellte beispielhaft gezeigt, wie man den chilenischen Widerstand aktiv unterstützt. Wir rufen die Gewerkschaftsmitglieder auf, solche Aktionen zu diskutieren und ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.
Die unterzeichnenden westdeutschen Chile-Komitees rufen deshalb zur Durchführung einer Chile-Woche vor dem 11. September auf, an deren Ende als Höhepunkt eine nationale Demonstration stattfinden soll. Die Chile-Komitees fordern alle Parteien und politischen Organisationen, Gewerkschaften, kirchliche Verbände und humanitäre Organisationen auf, alles in ihren Kräften stehende zu tun, am 14.9.1974 eine einheitliche Demonstration durchzuführen.
Chile-Komitee Aachen, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Esslingen, Freiburg, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Frankfurt, Saarbrücken, Wolfsburg, Chile-Aktiv Göttingen, KELA Frankfurt, FOLA München.
Dieser Aufruf wird ferner unterstützt vom Chile-Komitee Berlin.

AUFRUF DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

Der Kommunistische Bund Westdeutschland begrüßt die Initiative und den Aufruf der Chile-Komitees zur Durchführung einer Chile-Woche und einer zentralen Demonstration in Frankfurt. Auch in zahlreichen anderen Ländern werden am 14.September zentrale Demonstrationen durchgeführt gegen die chilenische Militärjunta. Diese Demonstrationen unterstützen den Widerstandskampf der chilenischen Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes, tragen zur Isolierung der Militärjunta bei und erschweren der internationalen Bourgeoisie ihre schmutzigen Geschäfte mit der Militärjunta auf dem Rücken des chilenischen Volkes und der Völker der Welt. Sie dienen auch dem Klassenkampf im eigenen Land.
Der blutige Sieg der Militärjunta hat das chilenische Volk in seinem Kampf für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht und den Sieg des Sozialismus zurückgeworfen. Er hat diesen Kampf jedoch nicht beendet. Heute wird in Chile der Widerstand gegen die Militärjunta organisiert. Dieser Widerstand wird dann erfolgreich sein und schließlich zu einem Sieg über die Militärjunta, dieses Werkzeug der chilenischen Bourgeoisie und des US-Imperialismus, führen, wenn die chilenische Arbeiterklasse die Lehren aus ihrer Niederlage im letzten September zieht: die Arbeiterklasse kann sich sozial nur befreien, wenn sie den bürgerlichen Staatsapparat zerbricht und ihre eigene politische Macht errichtet. Eine fortschrittliche Regierung kann diese revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse erleichtern, aber keineswegs ersetzen. Wenn sie sich der Arbeiterklasse hierbei in den Weg stellt, dann wird sie zu einem Hemmnis der Revolution.
Die Erfahrungen der chilenischen Arbeiterklasse sind von internationaler Bedeutung. Sie widerlegen eindeutig den sogenannten friedlichen Weg zum Sozialismus und zeigen, daß der Sieg über die Bourgeoisie nicht anders errungen werden kann als durch die Entfaltung der revolutionären Demokratie und die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats mit seiner Bürokratie, seiner Justiz und seiner Armee.
Die chilenische Arbeiterklasse hat in der Zeit vor dem Putsch damit begonnen, demokratische Organe aufzubauen, um mit ihrer Hilfe die Konterrevolution niederzuschlagen und die politische Macht zu erobern. Dies ist ihr zunächst nicht gelungen. Die Ziele der chilenischen Arbeiterklasse bleiben jedoch gleich. Diese Ziele sind gerecht und richtig: bewaffnete Volksmacht, Sozialismus.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland fordert alle fortschrittlichen Organisationen auf, auf Grundlage der von den Chile-Komitees vorgeschlagenen Minimalplattform an der geplanten Chile-Woche und an der zentralen Demonstration teilzunehmen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland hält diese Minimalplattform für geeignet, um auf ihrer Grundlage einheitliche Aktivitäten zu entwickeln und die zentrale Demonstration durchzuführen.

Wie bisher tritt der Kommunistische Bund Westdeutschland dafür ein, daß sich die Solidarität mit der chilenischen Arbeiterklasse und dem chilenischen Volk auch auf die Ziele des Kampfes erstreckt. Deshalb entfaltet er eine selbständige Agitation und Propaganda auf Grundlage der Losungen:
Für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht in Chile!
Für den Sieg des Sozialismus!
Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland fordert alle Einheiten der Organisation, alle Massenorganisationen und alle befreundeten Organisationen auf, unverzüglich an die Vorbereitung der Chile-Woche und der zentralen Demonstration in Frankfurt heranzugehen, lokale Aktionseinheiten auf Grundlage des Aufrufs der Chile-Komitees zu bilden und eine selbständige Agitation und Propaganda auf Grundlage unserer weitergehenden Losungen zu entfalten.

Zentrales Komitee des KBW
–Ständiger Ausschuß–

Stadt Heidelberg · 69 Heidelberg 1 · Postfach 1020

An das
Komitee "Solidarität mit Chile"
-z.Hd.v.Herrn Peter
Fehrenbach-
c/o Buchhandl.Rupp Grunow

69 Heidelberg 1
Friedrich-Ebert-Anlage 48

Amt für öffentliche Ordnung
Vangerowstr. 2
Herrn Lerche 2
704

Ihr Antrag vom 28.6.1974 ler-gu 69 Heidelberg 4. Juli 1974

Straßensammlung zugunsten des "Widerstandskampfes des chilenischen Volkes"

Der Antrag vom 28.6.1974 auf Erteilung einer Sammlungsgenehmigung zugunsten des "Widerstandskampfes des chilenischen Volkes" wird abgelehnt.

Gründe:

Am 28.6.1974 beantragte das Komitee "Solidarität mit Chile" die Erteilung einer Sammlungsgenehmigung für eine Straßensammlung zugunsten des Widerstandskampfes des chilenischen Volkes.

Gemäß § 2 Sammlungsgesetz für Baden-Württemberg vom 13.1.1969 (Ges.Bl.S.1) dürfen Sammlungserlaubnisse nur erteilt werden, wenn keine Gefahr besteht, daß durch die Sammlung oder durch Verwendung des Sammlungsertrages Recht- oder Ordnung verletzt wird. Da der Sammlungserlös für kämpferische Maßnahmen und nicht für friedliche und humanitäre Zwecke verwendet werden soll, liegt ein Verstoß gegen Artikel 26 Grundgesetz vor. Nach Artikel 26 Grundgesetz sind nämlich Handlungen, die geignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig. Adressat dieser Norm sind nicht nur sämtliche staatlichen Organe, sondern auch jede Privatperson. Kriegerische Handlungen, gleichgültig von wem und aus welchem Grund sie begangen werden, stören das friedliche Zusammenleben der Völker. Es liegt deshalb ein Verstoß gegen Recht und Ordnung vor, so daß dem Antrag gemäß § 2 Sammlungsgesetz nicht stattzugeben war.

Es wird dem Sammlungsveranstalter anheim gestellt, nachzuweisen, daß der Sammlungserlös für friedliche und humanitäre Zwecke verwendet werden soll. In diesem Fall könnte eine Sammlungserlaubnis erteilt werden.

Sammlungsverbote

Überall in der Bundesrepublik versuchen die staatlichen Behörden das Sammlungsrecht aufzuheben, um die Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker zu behindern. Zugleich sind diese Sammlungsverbote ein Lehrstück über den Charakter des Grundgesetzes. Es wird nämlich in den Begründungen gesagt, die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker störe das friedliche Zusammenleben der Völker, diese Unterstützung verstoße somit gegen das Grundgesetz. Das ist die gleiche Argumentationslinie wie bei den Freisprüchen faschistischer Kriegsverbrecher, denen zugebilligt wird, im Rahmen von damals gültigem Recht gehandelt zu haben. Recht ist das herrschende Recht, das herrschende Recht ist das Recht der herrschenden Klasse. Wer gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, muß notwendig gegen die herrschende Rechtsordnung der ausbeutenden und unterdrückenden Klasse kämpfen. Mit diesen Sammlungsverboten zeigt die imperialistische Kapitalistenklasse in Westdeutschland durch ihre Staatsorgane offen, daß sie sich das Recht auf Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker anmaßt und keine Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker gegen den Imperialismus dulden will.
In der Begründung der Sammlungsverbote ist deutlich erkennbar, daß die Imperialisten und ihre Staatsdiener auf eine Illegalisierung nicht nur von Sammlungen, sondern der gesamten antiimperialistischen Solidaritätsbewegung zielen.
Diesen frechen Angriffen wird allenorts offen begegnet. In vielen Orten wurden die Sammlungen für den Befreiungskampf des Volkes von Chile, für den Kampf des Volkes von Kambodscha, für das kämpfende Volk von Oman und andere mehr trotz Verboten offen auf der Straße durchgeführt. Die Sammlungen wurden offen angekündigt. Viele Menschen spendeten trotz der Angriffe der Polizei, die Spendenerlöse wurden mutig gegenüber den räuberischen Zugriffen der Polizei verteidigt.

Red.

Proteste gegen Mannheimer Urteile

1970 hatten 2 000 Menschen in Heidelberg gegen eine Konferenz demonstriert, an der der Kriegsverbrecher McNamara teilnahm und auf der unter dem Vorwand der Entwicklungshilfe kolonialistische Projekte wie der Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in Mocambique besprochen wurden. **Die Staatsmacht hatte versucht, diese gerechte Demonstration zu unterdrücken und folglich kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten. 1972 wurden mehrere Teilnehmer der Demonstration, die in den ersten Reihen gewesen waren, zu Gefängnisstrafen verurteilt auf Bewährung. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, der Bundesgerichtshof gab dieser Revision statt. In der Revisionsverhandlung wurde bei 5 der 7 Angeklagten, darunter 4 leitende Mitglieder des KBW, das Strafmaß fast verdoppelt (8 bis 12 Monate) und die Bewährung gestrichen. Gegen dieses Urteil ist zwar noch Revision beim Bundesgerichtshof möglich, aber auf das Urteil des Bundesgerichtshofes geht ja die Erhöhung des Strafmaßes und die Streichung der Bewährung zurück. Wir fordern die Aufhebung des Urteils und die Einstellung des Verfahrens.**
Die KVZ haben mehrere Protest- und Solidaritätserklärungen erreicht, darunter vom AStA der Universität Kiel, von der Mannheimer Ortsgruppe der KPD/ML, vom Studentenverband der Fach- und Ingenieurschulen (SVI) und die folgenden, z. T. in Auszügen abgedruckten Erklärungen:

RESOLUTION

Die Teilnehmer des Proseminars Lethen, "Spontaneismus und Volkstümlichkeit" am FB 16 der Freien Universität Berlin solidarisieren sich mit den Angeklagten der Revisionsverhandlung im Cabora-Bassa-Prozeß vor dem Mannheimer Landgericht.
Wir stimmen den Angeklagten Hildebrandt, Schmierer, Braunbehrens, Noth, Kräuter, Steffens und Tesarz zu, wenn sie diesen Prozeß als politischen Gesinnungsprozeß bezeichnen, der von der bürgerlichen Klassenjustiz einzig und allein geführt wird, um unter dem Deckmantel eines Strafprozesses und einer erneuten Verhandlung, leitende Genossen einer kommunistischen Organisation ins Gefängnis zu bringen.
Wir erklären, daß die Aktion der Genossen gegen den Bau des Cabora-Bassa-Staudammes und den Besuch des Imperialisten McNamara 1970 in Heidelberg gerecht waren und von uns in ihrer Stoßrichtung unterstützt werden.
Wir verbinden diese Solidaritätserklärung mit der Aufforderung an alle kommunistischen, revolutionären und fortschrittlichen Organisationen und Zeitungen über diesen, wie auch über alle anderen Kommunistenprozesse ausführlich zu berichten, ohne Ansehen der Organisationszugehörigkeit der jeweilig Verfolgten!
Der Verfall der liberalen Öffentlichkeit, wie er erst kürzlich im Falle des Polizeimordes an Günter Routhier deutlich sichtbar geworden ist, kann nur beantwortet werden durch die Entfaltung einer proletarischen Öffentlichkeit, d. h. konkret durch den Aufbau der kommunistischen Presse. Freiheit für alle Angeklagten und politischen Gefangenen der bürgerlichen Klassenjustiz!
Berlin, den 10.7.1974

einstimmig angenommen von ca. 25 Studenten und dem Dozenten bei einer Enthaltung.

ANTRAG IM VDS

Folgender Antrag ist auf der letzten Zentralratssitzung des VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) verabschiedet worden (Antragsteller AStA Uni Kiel, K-Fraktion):
Die Revisionsverhandlung im Cabora-Bassa-Prozeß gegen leitende KBW-Genossen ist am 1.7.1974 mit dem Urteil beendet worden. Das Mannheimer Landgericht hat fast in vollem Umfang den Anträgen der Staatsanwaltschaft Heidelberg entsprochen, das Strafmaß gegenüber dem ersten Verfahren im Jahre 1972 fast verdoppelt und in fünf von sieben Fällen die Bewährung gestrichen. Das Terrorurteil: 12 Monate Gefängnis ohne Bewährung für den Genossen Dietrich Hildebrandt, 8 Monate ohne Bewährung für die Genossen Joscha Schmierer, Burkhart Braunbehrens, Jochen Noth, Uwe Kräuter und 5 Monate auf drei Jahre Bewährung für die Genossen Claudia Stecher und Peter Tesarz.
Hier sollte eine Organisation getroffen werden, durch die Neuaufwärmung eines bereits Jahre zurückliegenden Verfahrens gegen einzelne ihrer führenden Mitglieder.
Der Zentralrat des VDS ist empört über dieses Urteil der Justiz und verurteilt diesen erneuten Versuch, durch Terrormaßnahmen die fortschrittliche Bewegung in der BRD insgesamt einzuschüchtern. Der Vorstand des VDS wird beauftragt, unverzüglich alle ASten über diese Maßnahme des bürgerlichen Staaten zu informieren und zu Solidaritätsaktionen aufzurufen.

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG

Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt hiermit ihre Solidarität mit den sieben Mitgliedern des KBW und seiner Massenorganisationen, Hildebrandt, Schmierer, B.Braunbehrens, J.Noth, U.Kräuter, C.Steffens und P.Tesarz, die in der Revisionsverhandlung im Cabora-Bassa-Prozeß vor dem Landgericht Mannheim zu Gefängnisstrafen zwischen 5 und 12 Monaten verurteilt wurden. Die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen dieses neuerliche politische Gesinnungsurteil der bürgerlichen Klassenjustiz. ...
Die KPD ist bereit, gemeinsam mit anderen fortschrittlichen und antiimperialistischen Organisationen für den Aufbau einer Solidaritätsfront gegen diesen Angriff der Bourgeoisie mit Hilfe der bürgerlichen Klassenjustiz nach allen Kräften zu kämpfen.
WEG MIT DEN GESINNUNGSURTEILEN GEGEN HILDEBRANDT, SCHMIERER, BRAUNBEHRENS, NOTH, KRÄUTER, STEFFENS UND TESARZ!
KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
KAMPF DER KRIMINALISIERUNG UND ILLEGALISIERUNG KOMMUNISTISCHER UND ANTIIMPERIALISTISCHER ORGANISATIONEN!
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Ständiger Ausschuß des Politbüros des ZK der KPD
i.A. B.Schönberg